

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement: Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Bestellungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Rußland, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Besen- und Verlesungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt: die erste Zeile 20 Pf., die zweite 10 Pf., die dritte 5 Pf., die vierte 3 Pf., die fünfte 2 Pf., die sechste 1 Pf. Jede Zeile über 15 Buchstaben zählt für zwei Zeilen. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Erscheint täglich außer Montags.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 13. Juli 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Großes Reinmachen im Ovamboland.

II.

Das Land der Ovambos liegt im Norden unserer südwestafrikanischen Kolonie. Mitten durch das Land geht die deutsch-portugiesische Grenze, so daß ein Teil der Ovambos der deutschen Einflusssphäre entrückt ist. Außerdem fühlt sich dieses Volk sehr unabhängig, und kümmert sich jedenfalls herzlich wenig um die willkürliche Grenzregulierung zwischen Deutschland und Portugal. Der Versuch einer vollständigen Unterwerfung der auf diesem Gebiete wohnenden Ovambos würde auch deren Stammesbrüder der portugiesischen Kolonie auf den Kriegspfad rufen, ein fortwährendes Wechseln über die Grenze wäre die Folge. Und das umso mehr, als der stärkste und reichste Stamm der Ovambos mit seinen 80- bis 100.000 Seelen auf beiden Seiten der Grenze seine „Werften“ aufgeschlagen hat. Da liegt die Annahme sehr nahe, daß die diplomatischen Machenschaften Deutschlands, die jetzt um Marokko im Gange sind, darauf hinauslaufen, das ganze Stammesgebiet der Ovambos deutsch-südwestafrika anzugliedern. Dabei müßte in erster Linie England auf die kleine portugiesische Republik einen Druck ausüben. Ob England dazu bereit sein würde, läßt sich jetzt nicht sagen. Tatsache ist, daß von einer Abtretung der portugiesischen Kolonien an England schon des öfteren gesprochen worden ist.

Aber selbst wenn man von dieser Seite der Ovambo-Frage absteht, so liefert sie noch genug Anlaß, das deutsche Volk auf die gefährlichen Auswüchse des neuesten Kolonialismus aufmerksam zu machen.

Ueber die Zahl der Ovambos, die in 10 bis 13 Stämme zerfallen, gehen die Angaben ziemlich weit auseinander. Letztere gibt sie auf 300.000 an. Die Stammeshäuptlinge haben zwar despotische Gewalt, dem einfachen Ovambo erscheint aber jeder europäische Eindringling als Feind. Bis jetzt haben sich in dem Lande nur Missionare der rheinischen, der katholisch-deutschen und der finnischen Mission dauernd dort niederlassen können. Von der südwestafrikanischen Schutztruppe sind nur ganz vereinzelte Vorposten in das Ovamboland gemacht worden. Für den Handel wie für den sonstigen Verkehr aus deutsch-südwestafrika war das Land bisher gesperrt.

Aber die Farmer im Damaraland und die Diamanteninteressenten von Lüderitzbucht haben, wie die „Koloniale Zeitschrift“ schreibt, die kräftigen Arbeitshände der Ovambos sehr nötig. Die Lüderitzer Minenkammer hat sich beim Kolonialamt beschwert, daß die Portugiesen in dem deutschen Bereiche des Ovambolandes Arbeiterrekrutierungen vorgenommen hätten. Ob das richtig ist, wird sich kaum feststellen lassen; sicher ist aber, daß das Verlangen, die Ovambos zwangsweise zur Arbeit in die südwestafrikanische Kolonie transportieren zu können, ein Hauptgrund für „das große Reinmachen im Ovamboland“ ist. Dazu kommt dann, daß unkontrollierbare Meldungen von Goldfunden und Diamantfeldern im Ovambogebiete die Spekulations- und Ausbeutungslust der deutschen Kolonialkapitalisten anreizen, da sie aus dem alten Kolonialgebiete nicht mehr viel herauszuholen können. Sie behaupten daher, daß durch die sagenhaften Goldfunde im Ovambogebiete zahlreiche Schürfer aus aller Herren Länder über die portugiesische Grenze gekommen seien, die unter die Kontrolle der deutschen Verwaltung gestellt werden müßten.

Zu diesen beiden Hauptgründen, die unseren Kolonialkapitalismus veranlassen, ein „großes Reinmachen im Ovamboland“ herbeizuführen, kommt als drittes treibendes Element auch noch der Betätigungsdrang des Kolonialmilitarismus. Nach Niederwerfung des Herero- und Gontentotten-Aufstandes herrscht in Südwestafrika eine kirchhofsähnliche Ruhe. Offiziere und Reiter der Schutztruppe führen in den öden Garnisonen und Posten der Sand- und Steinwüste ein trostloses langweiliges Leben. Wie bei allen unter gleichen Verhältnissen lebenden Kolonialtruppen erhofft man auch hier von einer kriegerischen Expedition Abwechslung und Zerstreuung. Vielen Angehörigen des deutschen Offizierkorps hat der südwestafrikanische Krieg Avancement und Auszeichnungen gebracht. Die mit ihm verbundenen Gefahren nimmt man als zu den Betriebsbedingungen des Berufsstandes gehörig gern in den Kauf. Gerade in letzter Zeit hört man wieder Klagen über Stockungen in der Beförderungsmaschinerie. Was Wunder, daß auch die Militärdirekte offen oder im geheimen auf irgend einen kriegerischen Konflikt hinstreben. Ein Kampf mit den streitbaren Ovambos ist sicher ein gesundes Fresco für unsere Kolonialmilitaristen, denen es „schon auf der Seele brannte“, wie Herr Garden es auszudrücken beliebt, daß sich in Ovamboland „sein Reiter zeige, der selbstherrlichen Pantu-Hauptlingen den Spott aus Augen und Mundwinkel triebe.“

Die ersten Vorbereitungen für das große Reinmachen im Ovamboland sind schon getroffen. Ende Juni ist der Schutztruppenmajor Franke nach längerem Aufenthalt in Europa nach Südwestafrika zurückgekehrt. Der Offizier, der bisher am meisten Fühlung mit den Ovambos gehabt hat, nimmt bestimmte Anweisungen des Kolonialamtes mit, die eine „Ausschließung“ des Ovambolandes bezwecken. Eine halb-offizielle

Korrespondenz gab als Grund für die „Ausschließung“ an, daß den portugiesischen Uebergriffen im Ovamboland ein Ende gemacht werden müsse. Wir haben aber nachgewiesen, welche Ursachen für die Ovambo-Kampagne ausschlaggebend sind, obgleich diese Gründe offiziell nur so beiläufig erwähnt werden. Wichtig ist noch, daß die offizielle Auslassung von einer „genaueren Festlegung der portugiesischen Grenze“ und von Errichtung einiger Garnisonen der Schutztruppe spricht.

Mit dieser Mission des Majors Franke sieht offenbar in Zusammenhang der Auftrag der Reichsregierung an ein Vantkonfession, eine neue Kolonialanleihe in Höhe von 34 Millionen Mark aufzunehmen, wodurch sich beiläufig unsere Kolonialschulden auf 132,1 Millionen Mark erhöhen, für deren Verzinsung usw. natürlich die deutschen Steuerzahler aufzukommen haben.

In einer der letzten Sitzungen des südwestafrikanischen Landesrates hat man sich ebenfalls mit der Ovambofrage beschäftigt. Natürlich spielte dabei wieder die Frage des „Arbeiterersatzes“ eine Hauptrolle, dann aber auch die Aufzucht der südwestafrikanischen Viehzucht durch Ovamborinder und die Befestigung des Landes im allgemeinen. Der Gouverneur Dr. Seih sprach sich gegen eine „sofortige“ Befestigung aus. Das ist erklärlich, denn ohne vorbereitende Bahnbauten ist ein Vorgehen im Ovamboland überhaupt nicht möglich. Ein breiter Sandsteppengürtel mit größeren oder kleineren „Pfannen“, d. h. Seen oder richtiger Sümpfen mit salzhaltigem Brackwasser trennt Ovamboland von den besiedelten Distrikten Südwestafrikas.

Ein Transport von Truppen nach und von größeren Arbeiterkolonnen aus Ovamboland ist erst mit der Bahn möglich. Daher soll die Nordbahn über Dabi, Tjumb oder Grootfontein in beschleunigtem Tempo in das Ovamboland hineingebaut werden, wozu zunächst einmal die 34 Millionen der neuen Kolonialanleihe nötig sind. Ob diese Summe in dieser wasserarmen und für den Bahnbau äußerst ungünstigen Gegend ausreichen wird, ist sehr fraglich. Ist diese Voraussetzung aber erfüllt, so hat Herr Dr. Seih nichts gegen eine Befestigung des Ovambolandes einzuwenden. Der Herr Gouverneur rechnet mit unfehlbarer Sicherheit auf einen Aufstand, da die Vantneger sich nicht so ohne weiteres ihr Land wegklammern lassen. Daher müsse die Befestigung mit starker Macht erfolgen. Wegen der Gefährlichkeit des Klimas — alle Europäer werden von Malaria, sehr häufig auch vom Schwarzwasserfieber befallen — müßten zu dauernder Befestigung des Landes mehrere Kompagnien schwarzer Soldaten angeworben werden.

Bisher bestand die südwestafrikanische Schutztruppe nur aus Weihen, nach der Ansicht des Herrn Seih, der als Gouverneur natürlich am besten wissen muß, wie die Ovambofrage „gelöst“ werden soll, werden ihr nun auch noch schwarze Truppen angegliedert werden. Daß diese Reorganisation — etwa in der halben Stärke der auch aus Schwarzen bestehenden ostafrikanischen Schutztruppe — eine Erhöhung des jährlichen Reichszuschusses für Südwestafrika bedeuten wird, versteht sich am Rande; ganz abgesehen von den einmaligen Ausgaben, die eine solche Reorganisation verursacht.

So wird uns also „das große Reinmachen im Ovamboland“ zunächst einen kostspieligen Bahnbau, dann aber mit tödlicher Sicherheit einen kosten- und verlustreichen Kolonialkrieg und eine Vermehrung der Schutztruppe bringen. Damit ist die Sache aber nicht abgetan, wie wir in einem Schlußartikel nachweisen werden.

Die Marokkoaffäre.

Die Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland nehmen ihren Fortgang. Gestern fand zwischen dem Herrn v. Kiderlen-Wächter und Cambon wieder eine Unterredung von längerer Dauer statt. Offizielle Mitteilungen sind nicht erfolgt.

Von den verschiedenen Kombinationen verdient nur eine Auslassung der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ Beachtung, die oft offiziös inspiriert ist. Das Blatt schreibt:

„Hier verläutet in gut unterrichteten Kreisen, daß die englische Regierung der Ansicht sei, die jetzige Situation sei geeignet, die Möglichkeit einer allgemeinen Aussprache zwischen Deutschland, England und Frankreich zu schaffen. Die englische Regierung hält eine solche eingehende Aussprache für wünschenswert. In den Kreis der Fragen, die zur Erörterung kommen, werden folgende aufgenommen werden: Zwischen Deutschland und Frankreich die Frage Abgrenzung zwischen Kamerun und Französisch-Kongo, zwischen England und Deutschland die persönliche Frage, und zwischen Deutschland, England und Frankreich die Marokko-Frage und die Bagdad-Bahn. Man hofft, daß es gelingen werde, die Verhandlungen auf diese breite Basis zu stellen. Was den englischen Standpunkt in der Marokkofrage betrifft, so erwartet man zunächst das Resultat der französisch-deutschen Verhandlungen, und wird dann zu dem Ergebnis Stellung nehmen. Die englische Regierung gibt offen ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß England durch den Vertrag von 1904 gewisse Rechte in Marokko nur zugunsten Frankreichs abgetreten hat, und daß es Frankreich nicht erlaube, ohne Zustimmung Englands diese Rechte an einen Dritten zu übertragen. Ein deutsch-französisches Uebereinkommen bedürfte daher nach dieser Auffassung der englischen Genehmigung.“

Auch diese Nachricht spricht dafür, daß man sich auf längere Verhandlungen gefaßt machen muß.

Die offiziöse französische Telegraphenagentur meldet aus Agadir:

Der Kreuzer „Berlin“ ist hier angekommen. Der Kommandant ging an Land, wechselte Besuche mit dem Rascha der Stadt und hatte mit ihm Unterredungen über die Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Eingeborenen der Umgebung sind ruhig; sie erwarten, daß der Rascha Befehle ihnen Anweisungen geben wird, welche Haltung sie zu beobachten haben.

Die Franzosen bestätigen jetzt ebenso die Ruhe in Agadir wie vordem die deutschen Offiziere die Ruhe in Fez. Recht haben sowohl die deutschen als die französischen Offiziere. Unruhe verursachen nur die europäischen Eingriffe. Deshalb wäre es auch vernünftiger, die deutschen Offiziere begäben sich nicht allzu häufig an Land. Das wird für die Aufrechterhaltung der (natürlich nicht gestörten) „Ordnung“ wohl das zweckmäßigste sein.

Ein Gruß den französischen Kampfgenossen!

Dem Protestmeeting der französischen Parteigenossen hat der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie folgende telegraphische Kundgebung übermittelt:

Das Klassenbewußte Proletariat Deutschlands sendet den sozialistischen Arbeitern Frankreichs brüderliche Grüße. Der französischen Sozialdemokratie versichern wir, daß die deutsche Arbeiterklasse gegen die verbrecherischen Kriegshetze im eigenen Lande mit der gleichen Energie Front macht, die das französische Proletariat beweist, indem es auf dem heutigen Meeting der Seine-Föderation die verbrecherischen Kriegstreiber der Chauvinisten verdammt, gegen den Imperialismus und für den Frieden votiert. Es lebe die internationale völkervereinende Sozialdemokratie!

Verschärfung des spanisch-französischen Konflikts in Elkar.

Paris, 12. Juli. Die „Agence Havas“ meldet aus Elkar vom 10. d. M.: Oberst Schvestre hat sich geweigert, den marokkanischen Soldaten, die in ihre Heimat zurückkehren wollen, die ihnen abgenommenen Waffen zurückzugeben und mehrere Briefe des französischen Leutnants Thiriet, des Instruktors der scharifischen Mahalla, welche darauf Bezug hatten, unbeantwortet gelassen. Große Erregung herrscht infolgedessen unter den Soldaten des Raschen, die auf die spanischen Patrouillen schießen wollen, welche sich bis auf hundert Schritte den Schildwachen des Lagers von Bouznah nähern. Man fürchtet, sie nicht mehr zurückhalten zu können, ebensowenig wie die Bewohner der Stadt, die empört sind, daß die Spanier in alle Winkel eindringen. Mehrere Soldaten des Raschen sind von den Spaniern angegriffen und durch hohen Sold festgehalten worden.

Das zweifelhafte provokatorische Auftreten des Oberst Schvestre hat jetzt zu diplomatischen Verhandlungen zwischen der französischen und spanischen Regierung geführt. Spanien hat auch wieder einige hundert Soldaten in Larraich landen lassen.

Mulay Hafid und Frankreich.

Paris, 12. Juli. (Meldung der „Agence Havas“.) Mulay Hafid hat an seine Leute in Tanger ein Schreiben gerichtet, in dem er der Erhebung der Berberstämme, der Ereignisse von Melines und der Belagerung Erwähnung tut, die er in vergeblicher Erwartung der Hilfe durch die Hanj zu erdulden hatte. Der Sultan erklärt, die fremde Hilfe, die er anrufen mußte, widerspreche in keiner Weise dem Gesetz, das ihm nur verbiete, zu fremder Einmischung seine Zuflucht zu nehmen, wenn fremde Mächte sie ihm aus eigener Einschätzung anböten. Man müsse auch der Vollkommenheit der Kriegsmittel der Franzosen, ihrer Industrie und anderen Erwägungen gleicher Art Rechnung tragen. Er habe die Aufrechterhaltung der Truppen sühnen lassen, die sie zerstreuten. Gene, die seine Autorität eingeseht habe, seien als Sieger in Melines eingezogen, hätten die Ruhe wiederhergestellt und die Aufständler in der Umgebung zerstreut. Der Sultan fordert seine Leute in Tanger auf, an der Freude teilzunehmen, die durch die von Frankreich gesandte Hilfe hervorgerufen sei, und bittet Gott, den Schutz fortbauern zu lassen, den Frankreich Marokko angebrachte lasse.

Der „Panther“ ist noch nicht auf der Heimfahrt.

London, 12. Juli. Aus Teneriffa meldet der „Daily Telegraph“: Das deutsche Kanonenboot „Panther“ fuhr am Montag von Teneriffa 120 Meilen nach Norden, um mit der „Berlin“ in Agadir drahtlos zu verkehren, und kehrte darauf nach Teneriffa zurück, um die inzwischen eingetroffene amtliche deutsche Briefpost an Bord zu nehmen.

Klerikale Ethik.

Der Streit im Aerialen Lager zwischen der Kopschen und der hauptsächlich durch den Kardinal Fischer und die „Kölnische Volkszeitung“ vertretenen sogenannten Kölnischen Richtung nimmt seinen Fortgang und treibt immer schönere Blüten. Auf die vorgestern von uns mitgeteilten Anschuldigungen der „Kölnischen Volkszeitung“ antwortet der Dominikanerpater H. M. Weiß mit einer langen Erklärung, in der er die Meinung des Aerialen Aerialen Blattes, daß es sich doch eigentlich in dem beiderseitigen Konflikt nur um nebensächliche Differenzpunkte handle, energisch zurückweist und in folgender spöttischen Weise den Unterschied zwischen seiner Auffassung und jener der „Köln. Volksztg.“ hervorhebt:

Über hier fähelt es sich eben nicht um Bedeutungsloze Nebenbegriffe, sondern um Grundfragen von allgemeiner Bedeutung. Hier stehen zwei sehr weit von einander abweichende Richtungen einander gegenüber. Daher die Festigkeit, die sich, sicher nicht von beiden der Sache, in diesen Streit hineingemischt hat. Daher das System der Verallgemeinerung, das die Ankläger befolgen. Sie glauben, in jedem meiner Worte ihr ganzes System getroffen sehen zu müssen. Daher das Misstrauen, das auch hier wie immer den Schelm spielt.

Natürlich bleibt der „Schelm“, die „Köln. Volksztg.“ die Antwort nicht schuldig. Sie beschuldigt (Nr. 586) den Dominikanerpater Weiß der Entstellung ihres Textes und der Verdächtigung der in Berlin Theologie studierenden katholischen Priester und fährt dann fort:

„Wenn solche Methoden bei uns überhand nehmen, so geht jedes Maß für die Dinge allmählich verloren und die blindeste Leidenschaftlichkeit muß alles zerlegen. Wächtern diejenigen, die es angeht, doch die Angriffe aus dem Ausland belehren, wo man seinen Anstand mehr nimmt, in freivolster Weise das ganze katholische Volk mit seinen Bischöfen aufs schlimmste zu verdächtigen. Jetzt müssen die deutschen Katholiken einmütig sein, alle ähnlichen Angriffe entschlossen abzuwehren, denn wenn die „Correspondance de Rome“ sich zum Organ ähnlicher Treibereien macht, ist wahrlich keine Zeit mehr zu verlieren. Sein oder Nichtsein unserer großen und bewährten Organisationen steht auf dem Spiel, und Frankreichs trauriges Schicksal zeigt uns, wohin einheitslose und zersplitterte katholische Völker führen.“

Wo sich solche günstige Gelegenheiten bieten, der kölnischen Richtung Niede zu verfechten, darf natürlich auch der bekannte literale Gegner des alten und jungen Spahn, der Reichsgraf v. Oppersdorff, nicht fehlen. Er richtet ein scharfes Schreiben gegen den Privatdozenten Dr. Franz Eöln in Bonn, der sich in der „Köln. Volksztg.“ abfällig über das Werk des Paters Weiß geäußert hat und das Berliner Blatt der katholischen Fachvereine, der beständig gegen die christlichen Gewerkschaften intrigierende „Arbeiter“ drückt schamlos die gepfeiferte Epistel des Grafen Oppersdorff ab.

Ein feines Konfession, diese frommen Brüder in Christo! In den überschwänglichsten Apologien preisen sie die veredelnde Wirkung der römisch-katholischen Ethik auf die Gemüter der Gläubigen; sie selbst aber, die führenden Vertreter dieser Ethik, hofenden sich auf das gehässige und beschuldigen sich gegenseitig aller möglichen Niederträchtigkeiten. Auch in anderen Parteien gibt es sicherlich Gegenstände und Rivalitätsstreitigkeiten; aber nirgends herrscht im gleichen Maße die Verleumdung, Verdächtigung und die feige Intrige als in den frommen Reihen des Zentrums.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Juli 1911.

Eine deutliche Zurechtweisung.

Die „Deutsche Tagesztg.“ kann sich nicht enthalten, dem konservativen Reichstagspräsidenten Grafen Schwerin-Löwitz nochmals zu verfechten, daß er sich gefälligst aller Einmischung in die von der konservativen Parteileitung befolgte Taktik enthalten möge, da er, wenn er auch erwählter konservativer Reichstagspräsident sei, doch nicht als kompetent angesehen werden könne, die Pläne des Heubrand'schen Generalstabes zu stören. Natürlich richtet die „Deutsche Tagesztg.“ diese Zurechtweisung nicht direkt an den Grafen Schwerin; sie hält vielmehr ihre „wohlwollende“ Ermahnung in eine gegen die liberale Presse gerichtete Polemik, in der sie den Liberalen vorwirft, daß sie den Neuzug der Grafen Schwerin-Löwitz über die „sehr unzerfrenliche Erscheinung“ eine viel zu große Bedeutung beigemessen hätten. Wörtlich schreibt das Wünderblatt:

„Graf Schwerin-Löwitz hat sicher, als er seine Treptower Rede hielt, sehr genau gewußt, daß in den erwähnten Punkten Meinungsverschiedenheiten innerhalb der konservativen Partei bestehen; und er hat sich wohl auch nur einen Augenblick daran gedacht, daß diese Meinungsverschiedenheiten, die nicht von heute und gestern datieren, durch seine Rede zu gunsten seines Standpunktes einfach erledigt werden könnten. Er hat ferner gewiß auch gar nicht daran gedacht, ja gar nicht daran denken können, mit dieser Rede der deutsch-konservativen Partei Direktiven zu geben. Alle diese Momente hat vielmehr erst die liberale Presse in die Angelegenheit hineingetragen; sie fallen aber schon deshalb fort, weil Graf Schwerin-Löwitz trotz seiner hervorragenden persönlichen Stellung in der konservativen Partei doch nicht der Parteileitung im engeren Sinne angehört.“

Es muß den um die konservative Sache hochverdienten alten Politiker und Parlamentarier empfindlich schmerzen, daß ihm hier von oben herab ohne jede Rücksichtnahme beschönigt wird, er sei für die eigentlichen Führer der konservativen Partei nur eine quantität négligeable.

Hanjabund-Kongress.

Die Leitung des Hanjabundes scheint sich durch die umfangreichen Austrittsmeldungen hervorragender Großindustrieller doch stärker brunnstigt zu fühlen, als sie offiziell zugibt, zumal von den konservativen und antimilitarischen Mittelstandsvereinsgründern gleichzeitig mit aller Kraft daran gearbeitet wird, die dem Hanjabund beigetretenen Mittelstandsvereinigungen zum Austritt aus dem Hanjabund und zum Anschluß an den geplanten Reichsdeutschen Mittelstandsverband zu bewegen. Das Präsidium des Hanjabundes beabsichtigt deshalb nach einer Mitteilung an seine Zweigvereine zum Herbst einen Kongress einzuberufen, auf dem besonders Handwerks- und Kleinhandelsfragen beraten werden sollen.

Die Verlogenheit der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“.

Der Fall Macdonald gestaltet sich immer mehr zu einer Wohlstellung der Regierung Bethmann Hollweg. Um die Konservativen günstig zu stimmen und ihren Groll gegen Wilhelm II. zu befähigen, hat sie in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ erklären müssen, das Zusammenreffen Macdonalds mit Wilhelm II. sei nicht auf den Wunsch des letzteren zurückzuführen. Nun war es für Nichtmonarchisten ja ein heiteres Schauspiel zu sehen, wie nötig die Regierung Wilhelm II. nachträglich unter Anraten zu stellen sucht. Aber dies Vergnügen veranlaßt uns noch lange nicht, dem Kanzlerblatt zu gestatten, durch bewusste falsche Darstellungen die deutsche Öffentlichkeit irre zu führen. Das hat die „Nordd. Allg. Ztg.“ aber immer wieder getan. Auf

unserer Feststellung, daß im Artikel der „Socialist Review“ Macdonald selbst erklärt hat, daß die Zusammenkunft auf Wilhelm II. Wunsch erfolgt sei, hat sie geantwortet, daß der Artikel von Macdonald herrühre. Sie berief sich dabei auf einen Brief Macdonalds an die „Times“, in welchem er ausdrücklich dagegen protestiert habe, als der Verfasser des Artikels bezeichnet zu werden. Die „Nordd. Allg.“ will damit offenbar den Eindruck erwecken, als habe Macdonald in dem Briefe seine Autorität des Artikels bestritten. Das ist eine dreiste und bewusste Irreführung. Die betreffende Notiz der „Times“ vom 30. Juni läßt nicht den geringsten Zweifel darüber zu, daß Macdonald ganz im Gegenteil sich als Verfasser des Artikels bekannte. Er wies lebhaftig darauf hin, daß es „unfair“ gewesen sei, seinen Namen zu nennen, da der Artikel anonym erschienen war. Es bleibt also trotz aller offiziellen Abkennungsbemühungen dabei, daß Macdonald selber schwarz auf weiß erklärt hat, der Kaiser habe den Wunsch ausgesprochen, ihm zu begegnen.

Nebrigens bedurfte es zur Feststellung der Tatsache, daß der betreffende Artikel von Macdonald stamme, nicht seiner eigenen Bestätigung in den „Times“. Der Artikel ist gar nicht völlig anonym, sondern mit „Der Herausgeber“ bezeichnet, und jeder, der mit den sozialistischen Verhältnissen in England näher vertraut ist, weiß, daß Macdonald der Herausgeber der „Socialist Review“ ist.

Um die Verlogenheit der „Nordd. Allg. Ztg.“ offenkundig zu belegen, geben wir den Brief Macdonalds im Original wieder.

The Emperor William and Mr. Ramsay Macdonald.

In our issue of Wednesday we stated, on the authority of a news agency, that Mr. Ramsay Macdonald had referred at length in the July number of the Socialist Review to his recent invitation to lunch with the German Emperor. Mr. Macdonald now writes to us to point out that the article in question was anonymous and that the mention of his name, which we regret, as the author of it was therefore „unfair.“

Die Wahlkreiseinteilung für die elsass-lothringischen Landtagswahlen.

die am Sonnabend veröffentlicht worden ist, entspricht im großen ganzen dem Entwurfe, den die Regierung schon der Reichstagskommission für die elsass-lothringische Verfassungsvorlage vorgelegt hatte und gegen den die nationalistische Reichspress und die Presse des Zentrums in Elsass-Lothringen so wütend Sturm lief. Der schon jenem Entwurfe zugrunde liegende Gedanke der Schaffung eines besonderen Wahlkreises für jeden der 60 Abgeordneten (unter Anrechnung an die Kantonsgrenzen, bei rund 30 000 Einwohnern für den Wahlkreis) geht nun konsequenter durchgeführt, so daß es keinen Wahlkreis mehr gibt, der mehr als einen Abgeordneten wählt, während nach dem im März d. J. der Reichstagskommission vertraulich mitgeteilten ersten Entwurfe die Stadt Straßburg innerhalb der Umwallung in einem Wahlkreise 4 Abgeordnete wählen sollte, Colmar-Neubreisach in einem Wahlkreise 2 und Metz-Stadt in einem Wahlkreise 2. Jetzt sind auch diese drei Städte in sovieler Wahlkreise eingeteilt, als nach der Bevölkerungszahl Abgeordnete zu wählen sind. Für Mülhausen war dies schon in dem ersten Entwurfe der Fall. Dieser ist, abgesehen von Colmar, für ganz Oberelsaß unüberändert beibehalten. Vom Standpunkte der Wahlgerechtigkeit aus müssen diese Änderungen, nachdem der Proporz einmal gefallen war, als Verbesserungen bezeichnet werden, wenngleich unbedeutend ist, daß die gouvernementale Wahlgeometrie in Straßburg, wie schon vorher in Mülhausen und auch sonst da und dort, im Lande ganz entschieden einseitig und zugunsten der Liberalen gearbeitet hat.

Glücklicherweise liegen die allgemeinen politischen Verhältnisse im Lande so, daß die Bäume des regierungsfremden Liberalismus trotzdem nicht in den Himmel wachsen werden. Alle gouvernementale Wahlkreiszerstückelung wird nicht verhindern, daß in den Kreisen Mülhausen und Straßburg mindestens je zwei Mandate der Sozialdemokratie zufallen, zu denen noch mindestens zwei sonst im Lande treten, so daß ein halbes Duzend Mandate als Mindeststärke der Partei gewiß ist. Ein weiteres halbes Duzend ist durch die Sozialdemokratie ernstlich „gefährdet“, wie man im bürgerlichen Wahlfargon zu sagen pflegt, so daß die Partei wenigstens nicht ohne alle Aussicht auf Erfolg trotz der gouvernementalen Wahlkreisgeometrie um die 15 Mandate kämpft, die ihr nach dem Reichstagswahlergebnisse von 1907 von Rechts wegen zustehen würden und die sie bei Anwendung eines gerechten Verhältniswahlsystems auch glänzend geholt haben würde.

Die hieral-nationalistische Presse Elsass-Lothringens fährt fort, die Wahlkreiseinteilung als einen Akt der Vergünstigung für die Liberalen und die Sozialdemokraten zu denunzieren, was, soweit unsere Partei in Betracht kommt, durch die einfache Verwahrlosung der Straßen in den verschiedenen städtischen Wahlkreisen von Mülhausen und Straßburg ad absurdum geführt wird. Dieses Geschrei bezwecke, solange der angelegte Wandels Entwurf nicht Gehör war, diesen mit seinem Urheber bei der Reichsregierung zu diskreditieren; jetzt läuft der unehrliche Lärm umgedreht darauf hinaus, die elsass-lothringische Sozialdemokratie als das gouvernementale Schökind beim Volke in Mißkredit zu bringen, um bei den Wahlen selber ein wenig besser abzuschneiden.

Das dürfte jedoch seine größeren Schwierigkeiten haben. So leicht, wie die Reichsregierung gegen ihre Schwächlinge in Elsass-Lothringen, läßt sich das elsass-lothringische Volk nicht gegen die Sozialdemokratie ins Bodstorn jagen. Es wird das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht gegen seine wirklichen Feinde gebrauchen — und das sind in erster Reihe die schwarzen Volksbetrüger.

Gegen den „inneren Feind“.

Der Kreislerverband Duedlinburg wendet sich in seinem Jahresbericht mit großer Energie gegen die Behauptung, daß die Kriegervereine Politik treiben. Gleich darauf heißt es aber:

„Aber niemand kann es ihnen verwehren, wenn sie gegen die Sozialdemokratie vorgehen und zur Zeit der Wahlen ihre Mitglieder auffordern, einmütig gegen sie ihre Stimmzettel abzugeben. Das zu tun, ist nicht nur ihr gutes Recht, sondern die Erfüllung ihrer vaterländischen Pflicht, die jedes einzelne Mitglied eines Kriegervereins bei seinem Eintritt in diesen freiwillig übernommen hat. Wie es jedes Soldaten Ehrenpflicht ist, den König und das Vaterland gegen den äußeren Feind zu schützen und zu verteidigen, so ist es jedes nationalgesinnten Mannes und vor allen Dingen jedes alten Soldaten Ehrenpflicht, den Kampf gegen den inneren Feind zu führen, der noch weit gefährlicher ist als jener. Der äußere Feind stellt sich zu ehrlichem Kampfe in offener, freier Schlacht und kämpft mit ehrlichen Waffen. Des inneren Feindes Waffen aber sind Falschheit und Hinterlist, Verleumdung und Lüge, Woffen, die umso gefährlicher sind, als ihnen schwer beizukommen ist. Darum muß der Kampf der Kriegervereine gegen die Unsturzpartei ununterbrochen und mit Nachdruck geführt werden, und darum ist es die Pflicht jedes einzelnen Mitgliedes, bei den Wahlen seinen Stimmzettel gegen die Unsturzpartei abzugeben.“

Der „Krieger“, das amtliche Organ der Kriegervereine, bringt diese famose Auslegung an leitender Stelle, vermute ich, damit sich die anderen Kreisverbände danach richten. Ueber den Vortritt der Falschheit und Hinterlist, der Verleumdung und Lüge mit verborgenen Kriegervereinen zu rechten, hat keinen Sinn. Ueber die Kriegervereine als unter amtlicher Aufsicht stehende Vereine dürfen immerhin gut tun, sich bei den kommenden Wahlen etwas vorsichtig zu halten. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages war im vorigen Jahre ernstlich daran, eine Wahl für ungültig zu erklären, weil in dem Eingreifen der Kriegervereine eine amtliche Wahlbeeinflussung zu erblicken sei. Der künftige Reichstag wird bestimmt anders zusammengesetzt sein, und es könnte einem Erlornen der Kriegervereine dann recht leicht passieren, daß er aus dem Reichstag wieder herausfliegt, sobald festgestellt wird, daß sich die „Krieger“ etwa allzu eifrig am Kampf beteiligt haben.

Der Entwurf eines Petroleum-Monopols.

soß, wie verlautet, dem im nächsten Jahre zusammentretenden Reichstago vom Bundesrat vorgelegt werden. Bei den diesjährigen Staatsberatungen wurde im Reichstag schon beantragt, im Interesse der deutschen Konsumenten ein Verkaufsmonopol für Petroleum zu schaffen, da der Kampf zwischen dem amerikanischen und österreichischen Petroleum in den letzten Jahren Formen angenommen hat, die befürchten lassen, daß die Amerikaner den Petroleummarkt völlig beherrschen und dem deutschen Nationalvermögen große Schädigungen zufügen werden.

Das Reichs-Viehseuchengesetz.

wird, wie eine hiesige Korrespondenz berichtet, im Frühjahr des nächsten Jahres in Kraft gesetzt werden, nachdem das preussische Ausführungsgesetz vom Landtage noch kurz vor Schluß der Session verabschiedet worden war. Es werden bei Inkrafttreten des Gesetzes beinahe drei Jahre verlossen sein, seitdem der Reichstag dieses Gesetz angenommen hat. Die Ausarbeitung der Ausführungsgesetze für die einzelnen Bundesstaaten hatte diese Zeit in Anspruch genommen. Die meisten Bundesstaaten haben bisher Ausführungsgesetze erlassen, die kleineren Bundesstaaten werden dies noch in diesem Herbst tun. Im Herbst wird auch der Bundesrat die Ausführungsbestimmungen zum Reichs-Viehseuchengesetz festlegen, nachdem die dieshalb befragten Organisationen ihre Gutachten im Laufe des Frühjahres abgegeben hatten.

Ein befangener Gerichtsaffessor.

Der Danziger Gerichtsaffessor Warmbrunn beschuldigte Beamtlich am 1. Juni als Vorsitzender des Schöffengerichts die Sozialdemokratie der Förderung des Meineides. Es war selbstverständlich, daß jeder Sozialdemokrat den Herrn hiernach als Richter wegen Befangenheit ablehnen mußte. Das geschah auch, aber bereits im ersten Falle stellte das Gericht ohne weiteres fest, daß Warmbrunn politisch so befangen sei, daß er nicht in politischen Prozessen als Richter antreten könne! Bald darauf wurde er von seinen Funktionen als Strafrichter enthoben und an das Zivilgericht versetzt.

Wir, Bürgermeister und Senat . . .

Eine Anzahl Lehrer und andere Beamte der Stadt Wismar in Mecklenburg hatten sich zu einer Einkaufsvereinigung zusammengetan, die den Zweck verfolgte, Waren so billig wie möglich einzukaufen und sie unter Umgehung des Zwischenhandels an die Mitglieder zum Selbstkostenpreise wieder abzugeben. Der am Ort bestehende Handelsverein wandte sich deshalb an den Rat mit einer Eingabe, in der er darlegte, daß es ein Unbeing sei, wenn Beamte, die von den Steuern der Bürger befreit würden, bei auswärtigen Geschäften käuften, die zu den Läden der Stadt nichts beitragen. Der Rat von Wismar ist darauf dem Kleinhandel beizugehen und hat den Beamten verboten, ihre Waren von außerhalb zu beziehen. Daß die betreffende Behörde auch die Gehälter der Beamten mit dem teureren einheimischen Warenbezug in Uebereinstimmung gebracht hat, darüber verlautet nichts. Die geübteste Maßnahme hat in den Kreisen der betroffenen keinen Beamten um so größere Erregung hervorgerufen, als eine ganze Anzahl pensionierter Bürgermeister und Pastoren Wismars ihre Pensionen ungehindert außerhalb Wismars verzehren.

Württemberg und Preußen.

In der über 30 000 Einwohner zählenden ehemaligen Reichsstadt Ehlingen hat vom 8. bis 11. Juli das fünfte württembergische Arbeiterfängerfest stattgefunden. Die Behandlung des Festes durch Behörden und Bürgerschaft steht in auffallendem Gegensatz zu den in Preußen beliebten Methoden, wo die Arbeiterfänger- und Arbeiterturner-Organisationen geschäftige Verlosungen zu erdulden haben. In Ehlingen waren wohl keine 50 Häuser zu finden, die nicht fliegen- und Quirlandoltsmud trugen. Städtische und staatliche Gebäude machten dabei keine Ausnahme. Die beiden Rathäuser und die Schulen waren zu Ehren der Arbeiter am Kosten der Stadt herrlich geschmückt. Am Montagnachmittag waren sämtliche Schulen aus Anlaß des Arbeiterfängerfestes geschlossen. Von den staatlichen Gebäuden hatten das Bahnhofs- und das Postgebäude Festmud angelegt. In den Zugängen zur Stadt waren von der Stadtverwaltung Ehrenportalen mit schöner Ausstattung und elektrischer Beleuchtung errichtet. Der Oberbürgermeister Dr. Mäuberger, Chef der Polizei und national-liberaler Landtagsabgeordneter, hielt am Hauptfesttage eine Rede, in der er die Gäste namens der Stadtverwaltung begrüßte und der Arbeiterfänger seine Anerkennung über die Pflege idealer Güter aussprach. Die Angriffe auf das Fest und seine Person, an denen es im national-liberalen und konservativen Lager nicht gefehlt hat, wies er mit der Bemerkung zurück, daß es zu den schönsten Aufgaben eines Oberbürgermeisters gehöre, die Angehörigen einer so großen Klasse wie die des Arbeiterstandes, an einem so schönen Feste zu bewillkommen. Vorschriften, wie er sich dieser Aufgabe entledige, lasse er sich nicht machen, solange sein Handeln mit seiner inneren Ueberzeugung im Einklang stehe.

Die Leidensgeschichte eines Soldaten.

wurde in einer Verhandlung vor dem Dresdener Kriegsgericht aufgerollt. Wegen Schlägverletzung, Fahnenflucht und Preisgabe von Dienstgegenständen war der Soldat Wolf vom 103. Infanterieregiment in Bautzen angeklagt. Glückliche Tage hat der bedauernswerte Angeklagte noch nie gesehen. Er ist unehelich geboren und von fremden Leuten großgezogen worden. Elternliebe hat er nie kennen gelernt. Man hatte ihn mehr des Viehweides wegen als aus Liebe in Pflege genommen. Dazu kommt, daß dieses unglückliche Menschenkind von Geburt einen schiefen Mund hat. Wolf ist dadurch nicht nur entstellt, sondern es ist ihm außerdem nicht möglich, deutlich zu sprechen. Schon als Kind hat man sich immer über ihn lustig gemacht. In der Lezere hat man ihn fast täglich wegen seines schiefen Mundes geärgert und ausgelacht; er ist dann schließlich fortgelaufen. Nachdem er einige Zeit als Arbeitsbursche tätig war, wurde er zum Militär eingezogen. Als Soldat hatte er auch keine frohe Stunde, fortwährend wurde er wegen seines Geburtsfehlers gehänselt und mußte allerlei Ausdrücke hören. Oft hat er wegen seiner unglücklichen Lage geweint, bis er anfang schließlich zu werden. Eines Tags kam die Katastrophe. Er hatte seine Schließung nicht erfüllt und als er abends in die Kaserne kam, hatte er sehr viel an seinen Dienstschafen zu tun; schließlich mußte er auch noch länger als sonst Gemeine puyen. Dabei hat nun der Unteroffizier fortwährend an ihm herumgenörgelt und gedroht, ihn noch unglücklicher zu machen. Das veranlaßte Wolf

zu der Verfügung: „Ich laß' mich nicht mehr ver-
albern!“ Wegen dieser „Achtungsverletzung“ wurde dem Ange-
klagten nun Angst gemacht und in diesem Stadium ent-
fernte er sich von der Truppe. Schon nach einigen Tagen
erfolgte seine Festnahme. Er wurde auf den Geisteszustand
untersucht und der ärztliche Sachverständige kam zu dem Schluß,
daß Wolf geistig minderwertig ist. Die Fahnenflucht habe
er in einem Angstzustande begangen, der die freie
Willensbestimmung ausschloß. Außerdem sei W. mit
Rücksicht auf seine geistige und körperliche Ge-
sanlung dienstunbrauchbar; die Entlassung stehe bevor.
Das Gericht nahm nur unerlaubte Entfernung an und erkannte —
Strafe muß doch einmal sein, auf sechs Wochen mittleren
Arrest! —

Oesterreich-Ungarn.

Obstruktion.

Budapest, 12. Juli. Im Abgeordnetenhaus stand heute
die Wehrvorlage auf der Tagesordnung. Die Kosuth-
partei und die Justipartei begannen gemeinsam mit
der technischen Obstruktion, so daß zur Wehrvorlage
kein Redner sprechen konnte.

Schweiz.

Das Zeugnisverbot des Bundesrates.

Bern, 10. Juli. (Sig. Ver.) Wir berichteten kürzlich von einem
neuen Prozeß gegen die sozialdemokratische
„Berne Tagewacht“, den der Sekretär Burgi vom Eisenbahn-
departement auf Veranlassung seines Chefs, des Bundesrates Forrer,
anstellen mußte und in dem dann die als Zeugen vorgeladenen
Bundesbeamten auf Befehl des Bundesrates die Zeugenaussage
verweigern mußten. Der eine Zeuge, Dr. Schumacher, wurde
hierauf wegen Zeugnisverweigerung vom Berner Gerichts-
präsidenten Dr. Blösch zu drei Tagen Gefängnis und zweijähriger
Einführung in die Bürgerschaft verurteilt. Dieses Urteil ist jetzt auf
eingelegten Rekurs hin vom Berner Obergericht aufgehoben
worden, aber mehr aus formalen Gründen und ohne Entscheidung
der Frage, ob der Bundesbeamte Dr. Schumacher ein Recht auf
Zeugnisverweigerung geltend machen kann. Der Prozeß geht nun
vor dem ordentlichen Gericht weiter, wobei neue Ueberraschungen
nicht ausgeschlossen sind.

Frankreich.

Der Verrat an den Eisenbahnern.

Paris, 11. Juli. Deputiertenkammer. Jaurès brachte seinen
Antrag betreffend die Einrichtung eines Disziplinarrats für
die Absetzung von Eisenbahnangestellten ein. So-
gleich brachte ein ebenso heftiger Lärm wie gestern los. Darauf
verließ Jaurès die Tribüne mit der Erklärung: Solange die
Radikalen nicht den Antrag der Sozialisten be-
sprechen wollen, werden sie ihr Budget nicht be-
kommen. (Bewegung.) Jaurès betrat dann die Tribüne
wieder und erklärte, sein Antrag würde es ermöglichen,
aus der Verlegenheit herauszukommen, in der sich die Radikalen
in Bezug auf die Wiedereinstellung der entlassenen Eisenbahn-
beamten befänden. Ministerpräsident Caillaux erwiderte, er
widersehe sich der Ueberweisung des Antrages an eine Kommission
nicht, aber er könne nicht zulassen, daß die Kammer einen Antrag
annähme, dessen Knappheit schon eine Gefahr bedeute. Schließlich
stellte der Ministerpräsident die Vertrauensfrage zu der
Ueberweisung an die Kommission. Die Ueberweisung wurde
mit 420 gegen 89 Stimmen angenommen.

Strafenlandgebungen.

Paris, 12. Juli. Der Verband der Syndikate des
Seine-Departements hat heute einen Aufruf angeschlossen, in dem
das Proletariat aufgefordert wird, am 14. Juli, dem Tag des
Nationalfestes Strafenlandgebungen zu veranstalten und
dadurch an den Kampf zu erinnern, den das Volk gegen die
herrschende Klasse führen müsse, um ein wenig bessere
Daseinsbedingungen zu erlangen.

Eine Meuterei.

Algier, 12. Juli. Im diesigen Arsenal weigerten sich die
Soldaten mit der Begründung, daß sie als sehr angestrengt
würden, ihren Dienst zu verrichten. Zwei Abteilungsleiter wurden mit
30 Tagen Gefängnis, die übrigen Soldaten mit 14 Tagen
Arrest bestraft.

Belgien.

Die Manifestation vom 15. August.

Man schreibt uns aus Brüssel:
In seiner Mittwochsitzung hat der Generalrat der
belgischen Arbeiterpartei über die liberale Beteili-
gung an der Augustmanifestation der Ar-
beiterpartei beraten und nach längerer Debatte seine
Zustimmung zu dem Vorschlag der liberalen Vereinigungen
ausgesprochen, für die Vorbereitungen der Kundgebung für
das allgemeine Wahlrecht und gegen den Schul-
schein ein aus beiden Lagern zusammengesetztes Komitee zu
wählen. Die mit 39 gegen eine Stimme und vier Stimmen-
enthaltenungen angenommene Resolution stellt fest, daß die
Arbeiterpartei bei der Manifestation für das Wahlrecht aus-
drücklich für die sozialistische Formel: Wahlrecht vom
21. Lebensjahre bei sechsmonatiger Aufenthaltspflicht,
demonstriert. Dieses an sich selbstverständliche Betonen der
sozialistischen Wahlrechtsforderung ist bei der Mani-
festation mit den Liberalen um so mehr am Platze, als diese
für ein höheres Wahlalter — vom 25. Jahre an — und für
eine einjährige Aufenthaltspflicht sind. Das Komitee wird
aus 7 Sozialisten und 7 Liberalen zusammengesetzt werden.
Nach beiläufigen Schätzungen der bisherigen Anmel-
dungen dürfte die Wahlrechtsmanifestation eine Masse von
150 000 bis 200 000 Demonstranten in der Hauptstadt
Belgiens zusammenführen. Es muß selbstverständlich für
eine große Anzahl Extrazüge vorgelugt werden. — Das
Parteiorgan erließ einen Aufruf an die Parteigenossen,
sich zum Ordnungsdienst zu melden. Es werden 1000 Ordner
für die sozialistische Beteiligung benötigt. Aller Voraussicht
nach wird die Kundgebung wohl zu dem Großartigsten ge-
hören, was Belgien je an Parteitagen erlebt hat.
Die Amerikaner haben sich, etwas spät, zu einer Art
Gegendemonstration entschlossen. In Löwen, der
Stadt Schollaerts, wird, nicht zuletzt zu Ehren dieses Opfers
der Opposition, am 22. August eine Herkule Kundgebung
stattfinden, zu der alle Herkulen Organisationen des Landes
eingeladen werden. Die Hauptache wird dabei wohl sein,
für die künftigen Wahlen ein bißchen Stimmung zu machen,
nach der gegenwärtigen Leibarbeitsmelodie der Herkulen
Blätter: der Staat ist in Gefahr.

England.

Der Statthalter von Ägypten gestorben.

London, 12. Juli. Der bisherige diplomatische Agent Groß-
britanniens in Ägypten, Sir Eldon Gorst, ist heute früh
gestorben.

Türkei.

Der Aufstand in Albanien.

Konstantinopel, 12. Juli. Eine Depesche des Oberkommandanten
von Albanien von vorgestern meldet neue Angriffe der von
zahlreichen Montenegro unterstüzten Aufständischen gegen die
Truppen der 4. Division. Am Abend des 10. Juli erfolgte ein An-
griff auf die Truppen, die die Höhen von Selce besetzt halten.
Die Aufständischen wurden zurückgeschlagen. Von den
Kavassoren sind einige samt ihren Pferden über die montene-
grinische Grenze gegangen.

Aus der Partei.

Louis Cohn (Breslau) †

Der Redtor der Sozialdemokratie, Kaufmann und Zeitungs-
verleger Louis Cohn ist gestern, 89 Jahre alt, in Breslau gestorben.
Cohn ist sehr spät der Partei als Mitglied beigetreten, trotzdem ist
mit seinem Leben ein gut Stück Parteigeschichte verbunden. Louis
Cohn, der wegen seiner rastlosen „Wahlarbeit“ für die demokratischen
Ideen, in Breslau allgemein „Der Wähler Cohn“ genannt
wurde, hat bereits 1848 als Kämpfer auf den Barricaden und auf
der damaligen äußersten bürgerlichen Linien gestanden. Seine
politische Haupttätigkeit fiel in das letzte Jahrzehnt des vorigen
Jahrhunderts. 1866 kam es innerhalb der Breslauer Fortschritt-
partei zu offenen Differenzen, als die „Demokraten“ Dr. Julius
Stein und Dr. Worig Elmer eine Petition an den König vor-
legten, Oesterreich den Krieg zu erklären. Louis Cohn und eine
Anzahl anderer wittlicher Demokraten erklärten sich mit größter
Entschiedenheit gegen diese Petition. Da Louis Cohn sah, daß das
Bürgertum die demokratischen Ideen immer mehr verlor und in
großen Scharen ins nationalliberale Lager abzuwandte, so ver-
anlaßte er, daß eine Anzahl Breslauer Arbeiter im Januar 1867
eine Arbeiterversammlung einberiefen. In dieser Ver-
sammlung war von Sozialdemokratie noch keine Rede. Die Arbeiter
fühlten aber bereits instinktiv, daß sie politisch enttäuscht und wirt-
schaftlich ausgebeutet werden. In dieser Versammlung trat zum
ersten Male unter späterer Genosse, Sattler Julius Kräder, weiland
Reichstagsabgeordneter für Breslau, als Redner auf. Diesem so-
wohl als auch den anderen Arbeitern, die als Redner auftraten,
dämmerte wohl etwas vom Arbeiterlassenkampf, die Anshauungen
waren aber noch sehr unklar. In dieser ersten Breslauer Arbeiter-
versammlung wurde beschlossen, einen „Breslauer Arbeiterverein“
zu gründen. Maschinenbauer Julius Scheil, den auch schon lange
der lähliche Rosen deckt, wurde zum Vorsitzenden und Louis Cohn zum
stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Der Breslauer Verein war
wohl nicht sozialdemokratisch, aber ganz entschieden demokratisch; er
wurde von dem „liberalen“ Surrabürgertum sehr bald mit großem
Misstrauen angesehen. Als nach dem deutsch-österreichischen Kriege
das Ministerium Widmark für die Kriegsausgaben Indemnität im
Preussischen Abgeordnetenhaus verlangte, da trat besamlich der
alte Demokrat Dr. Johann Jacoby in einer ewig denkwürdigen Rede
mit größter Schärfe gegen den Antrag auf; er war der einzige Ab-
geordnete, der gegen den Antrag sprach und stimmte. Dr. Bres-
lauer Arbeiterverein stellte sich aber sofort in einer Erklärung tük-
haltlos auf seinen Jacoby. Die bereits erwähnten Demokraten
Dr. Stein, Dr. Elmer und Genossen, die in dem Bres-
lauer Arbeiterverein bisweilen Vorträge gehalten hatten,
erklärten, daß sie zwischen sich und dem Breslauer
Arbeiterverein das Nischtuch zer schneiden müßten. Louis Cohn stand
jedoch treu und fest zur Fahne Jacoby's. Erst im Spätsommer 1868
kam Friedrich nach Breslau. Diejenige gelang es, zu bewirken, daß
der Breslauer Arbeiterverein aufgelöst und eine Mitgliedschaft des
Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in Breslau
begründet wurde. Louis Cohn trat dieser Mitgliedschaft nicht
bei, er blieb aber in stetiger geistiger Fühlung mit seinen
einstigen Freunden. Da das Bürgertum in Breslau immer
mehr nach rechts abrückte, so wählte er sozialdemokratisch.
Unter dem Sozialistengesetz hat er vielen ausgewiesenen Genossen
geholfen. Er ist auch sonst ungemein wohlthätig gewesen. Mitte
der 1880er Jahre wurde er von sozialdemokratischen Pionieren
wegen Majestätsbeleidigung denunziert und von Breslauer Richtern
zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Seine demokratische
Gesinnung soll damals erlösend ins Gewicht gefallen sein. Die
lange Gefängnisstrafe, die Cohn im späten Alter erlitt, hat natur-
gemäß auf seinen Gesundheitszustand sehr ungnstig gewirkt. Als
Cohn aus dem Gefängnis kam, hat er sich unserer Partei an-
geschlossen. Er ist im Jahre 1904 auf dem Bremer Parteitag als
Delegierter für Breslau erschienen. Mit dem alten, braven, ehr-
lichen „Wähler Cohn“ ist ein gutes Stück Breslauer Parteigeschichte
dahingegangen. Die Breslauer Parteigenossen werden zweifellos
sein Andenken in Ehren halten.

Ueber die künftige Gestaltung der gesamtösterreichischen Partei- verhältnisse

schreibt Genosse Otto Bauer in der neuesten Nummer des
„Kampf“ unter dem Titel „In neuen Formen“. Er legt zunächst
dar, daß die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich weder mit der
alten („tschecho-slawischen“), separatistischen, noch mit der neuen
 („tschechischen“), zentralistischen tschechischen Sozialdemokratie brechen
kann. Sei die erste auch die Feindin der genitralen Gewerkschaften,
so sei sie, wie die Wahlen gezeigt, doch die politische Partei des
Klassenbewußten, sozialdemokratischen tschechischen Proletariats; die
neue Partei hingegen, der die alte vorwirft, die politische Bewegung
der tschechischen Arbeiter gespalten zu haben, sei zu diesem Schritt
durch den Ausschluß der gewerkschaftlichen Zentralisten aus der alten
tschechischen Sozialdemokratie gezwungen worden. Darum und weil
sie die Einheit der Gewerkschaftsbewegung vertritt, kann die deutsche
Partei nicht mit ihr brechen, wie die alte tschechische Partei, wie
aber sogar manche deutsche Genossen es verlangen. Hierbei wendet
sich Bauer auch gegen die den Arbeitern wenig verständliche Diplo-
matie der Wiener Parteileitung.

Dann beweist der Artikel, daß die internationale Zusammenfassung
aller nationalen Zweige der österreichischen Sozialdemokratie in der
Zat schon aufgehört hat, zu bestehen — was durch das Nicht-
zustandekommen eines einheitlichen Verbandes im neuen Parlament
noch außen hin nur befestigt wird. Die Voraussetzung einer Er-
neuerung der österreichischen Internationale sei die Beilegung oder
wenigstens die weitest mögliche Einigung des Gewerkschafts-
streites. Da an eine Zurückführung der autonomistischen
organisierten (abgespalteten) Arbeiter in die Zentralverbände nicht
zu denken sei, wie die äußerst geringfügigen „Erfolge“ der tschechischen
Zentralisten bei den Wahlen erweisen haben, könne der Friedens-
schluß nur so erzielt werden, daß das gespaltene tschechische Gebiet
den Autonomisten, das deutsche aber — mit den dort arbeitenden
Tschechen — den Zentralverbänden zugeteilt werde. So würde auch
erreicht, daß in jedem Betrieb nur eine sozialistische Organisation
dem Unternehmer gegenüberstände, was die Kraft des Proletariats
ganz bedeutend stärken müßte.

Wir referieren hier bloß über Bauers Artikel, über den wohl
nicht nur in Oesterreich ein lebhafter Meinungsaustrausch einsehen
dürfte.

Die deutschböhmische Sozialdemokratie zieht aus ihren
schweren Niederlagen in Nordböhmen die Lehren. Im „Kampf“ be-
tonen die unermüdet lätige Abgeordnete Genosse Seliger die
brennende Notwendigkeit, die Organisation so zu stärken, daß sie
auch dem gewalttätigsten Terrorismus von Kapital, Regierung und
Selbstverwaltungsbehörden gewachsen ist. Dazu fordert er die
schleunige Errichtung von Bezirkssekretariaten, an denen es zumeist
noch fehlt und alle Kraftaufwendung für die Ausbreitung der Partei-
presse. Die Landesparteivertretung beschloß, schon zum Herbst ein
Sekretariat für ihre Arbeiter zu errichten. Im Anschluß an den im
Herbst fälligen deutsch-österreichischen Parteitag soll ein deutsch-
böhmischer Landesparteitag abgehalten werden, der sich
namentlich mit der Einwirkung der Herausgabe des Parteitageblattes
in Reichenberg auf den Plan des in ganz Deutschböhmen gemein-
samen Parteitageblattes zu befassen haben wird.

Genosse Bauer fordert von dem deutsch-österreichischen Parteitag,
daß er unverzüglich ein nationales österreichisches Programm aufstelle, da

es bergeblick sei, noch auf das Zustandekommen eines gemeinsamen
Nationalitätenprogramms aller österreichischen sozialdemokratischen
Parteien zu warten.

Von der schweizerischen Parteipresse. Als Redakteur der vom
1. Oktober ab als sozialdemokratisches Tagesblatt erscheinenden „Sch-
weizerischen Arbeiter-Zeitung“ in St. Gallen, die jetzt wöchentlich
einmal erscheint, wurde der gegenwärtige Redakteur der „Schweizerischen
Typographia“, Genosse Müller, gewählt.

Sozialistische Fortschritte in Australien. Professor B. T. Mills,
Verfasser eines vielgelesenen Werkes „Der Kampf um das Dasein“, der
eine eifrige Propagandatätigkeit entfaltet, hatte in Melbourne
einen Aufruf erlassen, daß 500 Personen für intensive Agitation sich
melden sollten. Er erbat Geldzeichnungen, die wöchentlich 500 M.
sichern sollten. Binnen kurzer Zeit haben sich bereits 800 gemeldet,
und die geforderten 25 Pfund pro Woche waren schon um einige
Überschritten.

Jugendbewegung.

Eine Jugendfeier und ihre Folgen.

Am Donnerstag fand in Hagen in Westfalen eine
„sozialdemokratische“ Frühlings- und Konfirmationsfeier statt, zu der
auch einige Schulleute erschienen waren. Unser überfelder Bruder-
organ, die „Freie Presse“ berichtete über diese Feier. Es hieß
da u. a.:

„Die Begrüßungsansprache hielt Genosse Eng-Barmen. Er
hieß die erschienenen, insbesondere die Vertreter der Hagen-
er Schulbehörden — es waren erschienen Fortbildungsschuldirektor
Köppe, Kreisinspektor Stordure und Rektor Altem — herzlich
willkommen und zeigte in kurzen Worten, was die Arbeiterjugend
erlebe.“

Darüber geriet nun das Dortmunder nationalliberale Unter-
nehmerblatt rein auf dem Häuschen. Es brachte einen fulminanten
Artikel, worin es u. a. hieß:

„Es ist an und für sich schon ein starkes Stück, daß die
Sozialdemokratie das Fest der Konfirmation dazu mißbraucht, in
die unreifen Köpfe kaum der Schule entwachsener Kinder
revolutionäre Ideen hineinzupflanzen, so muß es geradezu pein-
liches Befremden erregen, daß höhere Schulbeamte als offizielle
Gäste bei der ausgesprochen sozialdemokratischen Veranstaltung
zugesen sind.“

Der Artikel der „Dortmunder Zeitung“ gab dann der
„Empörung“ der „national denkenden Kreise“ Hagens Ausdruck.
Schließlich bekam die vorgesetzte Behörde der Lehrer einen deut-
lichen Wink:

„Während man seitens der Behörden im allgemeinen in letzter
Zeit mit erfreulichem Nachdruck bemüht war, die Jugend vor den
verderblichen Einflüssen sozialdemokratischer Hagarbeit zu be-
wahren, zeigen sich hier in Hagen pruchliche Staatsbeamte in doch
immerhin autoritärer Stellung über jene Festerebungen glatt
hinweg und geben durch ihre offizielle Beteiligung einer Ver-
anstaltung der staatsfeindlichen Sozialdemokratie gewissermaßen
die behördliche Weisung.“

Ein Hagenener Rektor sandte der „Dortmunder Zeitung“ eine
Zuschrift, worauf wieder geantwortet wurde. Dätten sich die Lehrer
unterrichtet wollen, hieß es, so hätten sie „insognito“ in die sozial-
demokratische Veranstaltung gehen können. Dann hieß es weiter:

„Daß der Besuch der sozialdemokratischen Frühlings- und
Konfirmationsfeier auf Veranlassung des Hagenener Oberbürger-
meisters geschah, der zugleich freisinniger Reichstagsabgeordneter
ist, ließ die Sache erst recht nicht unbedenklich erscheinen, im Hin-
blick auf die allgemeine freisinnig-sozialdemokratische Verberberung
anlässlich der bevorstehenden Reichstagswahlen, die wohl auch den
Hagenern nicht ganz unbekannt ist.“

Dieser mit einem Anflug von Komik ausgestattete Helzug
führte zur Klage, wobei sich die „Dortmunder Zeitung“ am Ende
nicht ganz so „tapsch“ benahm wie zu Beginn des Kampfes. Die
klagenden Schulmänner brachten als Ausdeute der Gerichtsverhand-
lung vor der Dortmunder Strafkammer eine „Er-
klärung“ des Redakteurs der „Dortmunder Zeitung“ mit heim,
in der es hieß:

„Der Artikel der Nummer 208 der „Dortmunder Zeitung“ vom
Sonntag, den 22. April 1911, mit der Ueberschrift „Sonderbare
Jugendbildner“ ist von mir nur im Interesse der nationalen Sache
gebracht worden, ohne daran zu denken, die drei Herren, Kreis-
schulinspektor Schulrat Stordure, Rektor Altem und Fortbildungs-
schuldirektor Köppe, persönlich zu verächtigen. Aus der Gerichts-
verhandlung hat sich ergeben, daß die drei genannten Herren in
bester Absicht die Versammlung besucht haben, um die Be-
strebungen und den Zweck der Versammlungen kennen zu lernen
und um eventuell entsprechende Maßnahmen beantragen zu
können. Herr v. Trüßler erkennt auf Grund der Verhandlung
dieses als zutreffend an und erklärt sich bereit, ebenfalls die
Kosten des Verfahrens zu tragen, wenn die Strafanträge zurück-
genommen sind.“

Offentlich ist die Tragikomödie nun zu Ende.

Aus der Frauenbewegung.

Mittelstandspolitik.

Die Handwerkskammern sind beständig auf der Suche nach
neuen — Weitzogzahlern. Aus diesem Grunde wollen sie auch die
Schneiderinnen in Guben als vollberechtigte Innungsmitglieder
aufnehmen. Dabei verfolgen sie aber auch noch einen anderen
zweckmäßigen Plan. Sie wollen der Konfektionsindustrie Schwierig-
keiten bereiten, wohl in der unsinnigen Annahme, dadurch der Maß-
schneidererei einen neuen Aufschwung zu geben.

In der Provinz läuft diese Art Mittelstandspolitik auch auf eine
Schädigung der unbedeutendsten Kreise hinaus, die nicht in der Lage
sind, sich Maßkleider leisten zu können. Ein Erlaß des Handelsministers
hat bestimmt, daß zulässig die Bestimmungen der Gewerbeordnung
sowohl bei männlichen als auch bei weiblichen Gewerbetreibenden An-
wendung zu finden haben. Danach wird in den sogenannten Handwerks-
berufen, wie Schneiderinnen, Modistinnen usw. eine dreijährige Lehrzeit,
Abschluß schriftlicher Lehrverträge, die Gehilfinnen- und Meisterinnen-
prüfung vorgeschrieben. Das Gesetz über den Befähigungsnachweis,
wonach nur noch die Personen Lehrende halten dürfen, die die
Meister- resp. Meisterinnenprüfung abgelegt haben, hat schon einer
ganzen Reihe von Handwerkskammern Anlaß gegeben, die Damen-
schneidererei, das Buchdruck usw. als Handwerk im Sinne des Gesetzes
zu erklären. Eine große Anzahl von Gehilfinnen- und Meisterinnen-
prüfungen hat in einzelnen Bezirken bereits stattgefunden. Das
Gesetz bestimmt ausdrücklich, daß nach dem 1. Oktober 1913 zur
Meister- resp. Meisterinnenprüfung nur diejenigen Personen zu-
gelassen werden, die nach einer geordneten Lehrzeit von drei Jahren
die Gehilfinnenprüfung abgelegt haben. Es wird daher
befürchtet, daß nach dem Jahre 1913 es der Mehrzahl
der Handwerkerinnen unmöglich sein wird, die Meisterinnenprüfung ab-
zuliegen. Tritt dieser Umstand ein, so kann die Folge davon eine
erhebliche wirtschaftliche Schädigung sein. Die Verweigerung des
Rechtes, Lehramt zu halten und anzunehmen, kann in absehbarer
Zeit eine Katastrophe heraufbeschwören lassen, die zweifellos die In-
dustrie benachteiligt und die Konsumenten veranlassen kann, ihren
Bedarf vielleicht vom Auslande zu beziehen. Da zeigt sich der Sozen-
alistischer Mittelstandspolitik. Man nennt das bei uns „Schub
der nationalen Arbeit“!

Lesabende.

Warrenborf. Donnerstag, den 13. Juli, abends 8 Uhr, bei Lucas,
Königstr. 14.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Die Sperre über die Firma Gold-
Felm ist aufgehoben.
Deutscher Metallarbeiterverband,
Ortsverwaltung Berlin.

Die Unzufriedenheit bei der Großen Berliner wächst.

Der großen Protestversammlung des Fahrpersonals der Großen Berliner Straßenbahn, die am 27. Juni in den Säulenhallen der Brauerei Friedrichshagen stattfand, ist am Dienstagabend eine stark besuchte Versammlung der Arbeiter und Handwerker der Großen Berliner gefolgt. Der Deutsche Metallarbeiterverband und der Deutsche Transportarbeiterverband hatten alle auf den Depots, sowie im Ober- und Tiefbau und in den Werkstätten beschäftigten Arbeiter und Handwerker zu einer Versammlung nach den „Rustlerjulen“, Kaiser-Wilhelm-Straße, eingeladen, und die Arbeiter hatten seit Jahren keine so gutbesuchte Versammlung mehr gesehen. Dr. Drimann von der Sektion der Straßenbahner referierte. Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die der Referent eingehend behandelte, wurde erst vor kurzem im „Vorwärts“ (Nr. 146) berichtet. Sehr bezeichnend ist, daß Berlin erst an 34. Stelle unter den deutschen Städten in bezug auf die Lohnverhältnisse an Straßenbahnen steht. Vielleicht rangiert Berlin noch um einige Stufen tiefer, denn dem Straßenbahnerverband ist von manchen Orten noch nicht das einschlägige Material zur Verfügung gestellt worden. In der ersten Reihe stehen große Städte in Süddeutschland. Bei der städtischen Straßenbahn in Berlin, die nicht etwa als Musterbetrieb anzusehen ist, werden immer noch bessere Löhne bezahlt als bei der „Großen Berliner“, wo mancher Arbeiter mit einem Tagesverdienst von 3,25 M. zufrieden sein muß. Die Anfangslöhne der städtischen Straßenbahner sind um 10 Pf. pro Stunde höher als bei der „Großen Berliner“, die ihre Ausbeutungsfucht mit sogenannten Wohltätigkeitsvereinen zu verdecken sucht. Die große Mehrzahl der Arbeiter würde aber einen anständigen Lohn jeder Art von Wohltätigkeit vorziehen, wie der häufige Wechsel in den Stellen schon beweist. Noch fehlt den Arbeitern eine bessere Organisation, noch gehören zu viele dem von der Direktion gegründeten gelben Verein an, anstatt sich den freien Gewerkschaften anzuschließen, wo ihre Interessen die gebührende Vertretung finden.

Nach Drimanns Referat, das sehr beifällig aufgenommen wurde, hielten Otto Hande vom Deutschen Metallarbeiterverband und Kiedel vom Verband der Straßenbahner Ansprachen an die Versammelten und forderten sie auf, den Verbänden beizutreten. Nach einer kurzen Diskussion gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die Anwesenden die unbedingte Notwendigkeit der Verbesserung der bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse anerkennen und sich verpflichten, für die Ausbreitung der Organisation unter den Angestellten Sorge zu tragen.

Der Streik der Bau- und Arbeiterkutscher von Lichtenberg und Rummelsburg ist mit einem guten Erfolg für die Arbeiter beendet worden. Die Unternehmer in den Bau- und Arbeiterkutscherbetrieben, welche die Organisation — den Deutschen Transportarbeiterverband — vor dem Streik nicht anerkannten, sehen sich nun durch das einmütige und solidarische Verhalten der Bau- und Arbeiterkutscher von Groß-Berlin veranlaßt, mit Vertretern der Organisation zu verhandeln. Es fanden am Donnerstag und Sonnabend der vergangenen Woche Verhandlungen mit den Unternehmern statt. Das Resultat dieser Verhandlung ist kurz folgendes: Der Wochenlohn beträgt 33,50 M. für Kutscher (bisher 30,00 M.), für Arbeiter 30,00 M. (27,00 M.). Müssen die Kutscher und Arbeiter nach 7 Uhr abends besondere Arbeiten verrichten, so sind Ueberstunden mit 80 Pf. pro Stunde zu zahlen. (Vor dem Streik wurden Ueberstunden nicht bezahlt.) Der Lohn wird jetzt Sonnabends gezahlt (bisher Sonntags). Die Arbeitszeit beginnt morgens 7 1/2 Uhr und endet abends 7 Uhr. Während der Arbeitszeit sind den Kutschern und Arbeitern Pausen von insgesamt 2 Stunden zugestanden. (Vor dem Streik begann die Arbeitszeit in vielen Betrieben schon vor 6 Uhr morgens und Feiertags war erst sehr spät abends; auch waren Pausen bis dato nicht vorhanden.) Ruhen die Kutscher vor dem Streik jeden Sonntag und Feiertag arbeiten, so ist nun folgende Vereinbarung getroffen: Die Hälfte der Kutscher eines jeden Betriebes hat jeden zweiten Sonntag vollständig frei. Die notwendigen Arbeiten, wie Pferdeputzen, Geschirre reinigen, werden von den diensttuenden Kutschern mit erledigt. Maßregelungen wegen Durchführung dieser Vereinbarung und Zugehörigkeit zur Organisation dürfen in keinem Betriebe stattfinden. Diese Vereinbarungen gelten für Lichtenberg, Porphagen-Rummelsburg und einen Teil des Ostens für alle Arbeitgeber, welche dem Verein der Bau- und Arbeiterkutscher angehören. Zur Förderung der Organisation haben die Kutscher und Arbeiter eine Legitimationskarte eingeführt mit 12 Monatsfeldern. Soll die Karte eine Berechtigung haben, so muß jeder laufende Monat abgestempelt sein.

Deutsches Reich.

Die Herren Werkmeister.

Eine recht gepöhlte Zusammenkunft hielt dieser Tage der 52 000 Mitglieder zählende Deutsche Werkmeisterverband in Hofen ab. In den Unkosten dieser Tagung hatte sogar der dortige Magistrat 400 M. bewilligt. Der Leiter des Hofener Bezirksvereins, der die Versammlung begrüßte, erklärte in seiner Begrüßungsrede, daß die Verbandsinteressen nicht durch öffentliche große Diskussionen, sondern in freundschaftlich-kollegialem Verkehr erledigt werden müssen, und sprach hierauf dem Hauptvorstand den Dank dafür aus, daß er bewilligt habe, daß auch der Verbandsyndikus Dr. Werner zur Tagung kommen durfte. — Hierauf gab es noch eine ganze Reihe Begrüßungsreden. Am anderen Tage war Empfang der nachkommenden Gäste. Werner eine Besichtigung der Stadt, hierauf ein Festakt, bei dem das schöne Lied: „Brüder reicht die Hand zum Bunde“ gesungen, und von dem Verbandsvorsitzenden Herrn Vorthel-Rothbus ein Hoch auf den „obersten Werkmeister Wilhelm II.“ ausgebracht wurde. (Legteres wahrscheinlich, weil die Regelstreicher Wilhelm II. zu ihrem „Ehrenzeigemeister“ ernannt haben.) Auch eine Reihe staatlicher und städtischer „Spitzen“ waren erschienen, von denen der Hofener Eisenbahnpräsident Herr Schulze-Nikel in einer Rede den Werkmeistern empfahl, die Tugend zu üben, was den Herren sehr zu imponieren schien. In seiner Festrede betonte Syndikus Dr. Werner, daß das gesamte Vaterland Schaden habe, wenn der deutsche Werkmeister keine Kenntnisse ins Ausland trägt. — Auch ein eigenes „Gewerbegericht für kollegiale Rechtsprechung“ soll der Staat schaffen. Den Geselzentwurf über die Pensionsversicherung der Privatangestellten begrüßte der Redner „mit Freuden als einen glücklichen Anfang“ und betonte noch, daß der Werkmeister mit der Industrie Arm in Arm gehen müsse. Da eine Diskussion nicht beliebt wurde, hielt man die Tagesordnung für erledigt und wiederum mit dem feinsinnigen Liede: — „In einem kleinen Grunde“ schloß die Veranstaltung. Selbstredend gab es dann noch bei Braten und Wein Konzert und Koast und mehrere „gemüthliche Beisammenseins“.

Schnurrige Räuze, diese Herren. Wie sagt doch der geschäftige Höllekalaber: Du kannst im Großen nichts verrichten und fängst es nun im Kleinen an.

Streiks im Transportgewerbe.

In Chemnitz haben die bei der Müllabfuhrgefellschaft beschäftigten Kutscher und Wärfahrer die Arbeit am 10. d. Mts. niedergelegt. — Die Holzplazarbeiter in Sedenburg i. Ostr. sowie in Ruh i. Ostr. streiken. Ingesamt stehen über 400 Holzplazarbeiter, die dem deutschen Transportarbeiterverbande angeschlossen sind, im Abwehrstreik. — Da die Unternehmer alles mögliche versuchen werden, Arbeitswillige für vorgenannte Orte anzuwerben, wird dringend erlucht, Ruhezugehalten.

Auch die Hamburger Buchdrucker nahmen, wie uns erst nachträglich bekannt wird, in einer außerordentlichen Generalversammlung Stellung zu der Bauvorkehrungsfrage resp. dem Konflikt in Berlin. Sie nahmen mit 253 gegen 186 Stimmen folgende Resolution an:

„Die heutige zahlreich besuchte Versammlung der Hamburger Kollegen nimmt Kenntnis von den Vorgängen in den Berliner Zeitungsbetrieben und den Ursachen, welche diese Vorkommnisse möglich machten. Sie erklärt hierzu folgendes: 1. Das Verhalten der Berliner Rotationsmaschinenmeister war nicht klug und einwandfrei. Ramentlich hätten sie — trotz der berechtigten Erregung über das Tarifamturteil unter drei — schon aus allgemeinen taktischen Gründen die Kündigungzeit innehalten müssen. 2. Die Verichterstattung des „Korrespondent“ über die Vorfälle war einseitig in höchst bedauerlicher Weise. Die Versammlung verlangt, daß die Kollegen im Reich objektiv aufgestellt werden und daß infolgedessen nicht absichtlich alles unterschlagen wird, was zugunsten der anderen Partei spricht. 3. Als den eigentlichen Anlaß zu dem folgenschwersten Zusammenstoß betrachtet die Versammlung das Urteil des Tarifamtes vom 9. Juni unter 3. — Sie erklärt diese Entscheidung als in jeder Weise unhaltbar und durch keine tarifliche Bestimmung gerechtfertigt. Das Tarifamt hat die Pflicht, die Vertrauensleute vor Maßregelungen zu schützen, aber in keiner Weise das Recht, sich selbst als Maßregelungsinstanz zu etablieren. Eine solche Annahme weisen die Versammelten auf das Entschiedenste zurück und sprechen gleichzeitig den Gehilfenmitgliedern des Tarifamts die Fähigkeit ab, die Interessen ihrer Mandatgeber in würdiger Weise zu vertreten, zumal das vorliegende Urteil nur die Krone einer langen Reihe von unentschiedlichen und unmöglichen Entscheidungen des jetzigen Tarifamtes darstellt. Vom Zentralvorstand wird erwartet, daß er seinen ganzen Einfluß geltend macht, um die Entscheidung unter 3 einer gründlichen Revision zu unterziehen.“

Da die Zahl der Anwesenden auf 650 angegeben wird, hat sich beinahe ein Drittel der Erschienenen durch Nichtabstimmen der Stellungnahme enthalten.

Die Verhandlungen im Hamburger Holzgewerbe abermals gescheitert?

Wie wir schon mitteilten, waren für den 7. Juli durch den Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Engel Verhandlungen in die Wege geleitet. Dieselben müssen wiederum als gescheitert betrachtet werden. Die Arbeitervertreter gaben dort folgende Erklärung ab:

„Die Arbeitervertreter erklären sich zu der Frage, den zu richtenden paritätischen Arbeitsnachweis der Patriotischen Gesellschaft zu unterstellen, grundsätzlich zustimmend, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt werden: Im Regulator des Nachweises muß berücksichtigt werden a) daß der Arbeitsnachweis als Bestandteil des Vertrages gilt und obligatorisch ist; b) daß die Arbeitsvermittlung von beiderseitigen Organisationen gestellt und aus Fachkreisen entnommen werden; c) daß in der Aufsichtskommission des Nachweises die beiderseitigen Parteien gleich stark vertreten sind, unter einem von der Patriotischen Gesellschaft zu stellenden Vorsitzenden.“

In einer Versammlung der Unternehmer meinte die Zeitung des Arbeitgeber-Schutzverbandes, daß sie nicht in der Lage sei, auf Grund der von den Vertretern des Holzarbeiterverbandes gemachten Vorschläge weiter verhandeln zu können, und daß darum der Arbeitgeber-Schutzverband die Verhandlungen als gescheitert betrachten müsse. In den Reihen der Unternehmer herrscht über diesen Standpunkt des Arbeitgeber-Schutzverbandes begriffliche Aufregung. Die Zahl derjenigen, die den Kampf nicht mehr mitmachen wollen, ist um ein weiteres Duzend gestiegen. In der Versammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes wurde allerdings gegen wenige Stimmen beschlossen, den Kampf mit allen Mitteln fortzusetzen, nachdem Herr Wolfsonn gegen diejenigen gewütet hatte, die den Standpunkt des Arbeitgeber-Schutzverbandes nicht teilen.

Der Kampf wird also auf beiden Seiten vorläufig noch mit aller Entschiedenheit fortgesetzt, doch ist zu erwarten, daß die Reihen der Unternehmer sich auch weiter ganz bedenklich lichten werden, während die Geschlossenheit der Arbeiter nichts zu wünschen übrig läßt.

Nachdem schon vor einigen Wochen der Arbeitgeber-Schutzverband in den Hamburger bürgerlichen Zeitungen eine Belohnung ausgesetzt hatte für diejenigen, die Personen zur Anzeige bringen, die die lieben Arbeitswilligen belästigen, erklärt jetzt der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie* folgenden Aufruf in den Hamburger Blättern:

„Die Verhandlungen Arbeitswilliger auf offener Straße durch Streikende nehmen in letzter Zeit immer größeren Umfang an. Leider ist es bisher nur selten gelungen, die Namen dieser Streikenden festzustellen, wie wiederum bei dem Ueberfall in der Alfenstraße am 30. Juni, 6 Uhr morgens, wo zwei Arbeitswillige in schwerster Weise mißhandelt worden sind. Wir sehen daher für denjenigen, der uns einen der bei diesem Ueberfall beteiligten Uebelthäter benachrichtigt, eine Belohnung von 100 M. aus. Gleichzeitig fordern wir die Hamburgische Bevölkerung auf, sich künftig an der Festnahme derartiger Uebelthäter tatkräftig zu beteiligen.“

Glockengießerwall 2, II. Ballhof.
Hamburger Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie.“

Die Holzarbeiter sind empört darüber, daß man ihnen alle möglichen Rohheiten andichtet! In Wirklichkeit ist selten ein Kampf mit solcher Ruhe geführt worden, wie das in Hamburg gegenwärtig der Fall ist. Die unwahren Behauptungen, die in den Hamburger Nachrichten immer wieder über Mißhandlungen Arbeitswilliger aufgestellt worden sind, sind beweislos geblieben und entspricht es ganz den Ansichten des Reichsverbandes, wenn er in solcher Weise verläßt, die Öffentlichkeit gegen die Streikenden einzunehmen. Die Holzarbeiter werden sich hierdurch nicht beirren lassen; sie führen den Kampf mit aller Entschiedenheit weiter, doch bitten sie die deutsche Arbeiterschaft dringend, auch ferner den Zugang nach Hamburg fernzuhalten.

Ein Fabrikdirektor über die Taktik der Streikleitung beim Chemnitzer Formerstreik.

In einem Streikprozeß, in dem sich im Verzugverfahren ein Rouleur wegen Verleitung eines Streikbrechers zu verantworten hatte, wurde auch der Fabrikdirektor Ruppert als Zeuge vernommen. Der 68 Jahre alte Herr benutzte diese Gelegenheit, sich mal kräftig über die verruchten Sozialdemokraten auszusprechen, die er für den Streik verantwortlich machte. Er schimpfte weiblich über die „Herren im Volkshause“, die die Arbeiter und schließlich auch die Rouleure angestachelt und in den Streik getrieben hätten. Und schließlich rühmte er — unbewußt vielleicht, jedenfalls aber ungewollt — die Taktik, die die Streikleitung bei diesem Kampfe beobachtet hatte, mit folgenden Worten: „Das war sehr fein eingefädelt von den Herren Sozialdemokraten; die wollten uns mit der Wegnahme der Rouleure kassieren, und das ist ihnen auch gelungen!“ Vorher hatte er in bewoglichen Worten die Situation geschildert. Danach war noch eine größere Anzahl Maschinen zu liefern, Guß war noch vorhanden und die Fertigmacher hätten gut noch einige Wochen arbeiten können. Um diese Zeitpunkte hätte der Kampf sich verlängert. Da griff aber die Streikleitung ein und nahm die Fertigmacher aus den Betrieben heraus. Das war die Antwort auf die Absperrung, die die Fabrikanten in ihrem Uebermut über 50 Proz. der Metallarbeiter verhängt hatten, um so zu erzwängen, daß die Rouleure bedingungslos wieder in die Betriebe gehen sollten. Daß dieser Schlag überaus geschickt von der Streikleitung pariert worden war, das gab nun der Herr Direktor Ruppert als Zeuge in dünnen Worten zu. Als aber die Streikleitung seinerzeit diese praktische Maßregel ergriffen hatte, da meinten die von den Fabrikanten inspirierten Zeitungen heuchlerisch, daß dadurch doch die Kasse des Metallarbeiterverbandes unnötig belastet werde!

Die Leipziger Polizei und der Brothofkott.

Im Leipziger Väterstreik übt der Brothofkott vom Kerger der Innungsbrüder gute Wirkung aus, so daß bis jetzt 128 Vätermeister bewilligt haben, die zusammen 164 Gesellen und 57 Lehrlinge beschäftigen.

Nun hängen die Vätermeister auf Anweisung ihres Innungsvorstandes in ihren Läden gefällige Plakate aus, auf denen der Bevölkerung die unwahre Mitteilung gemacht wird, die Forderungen der Streikenden seien bewilligt. Volkserhellungen werden sich mit diesem Trick der Vätermeister beschäftigen und darauf jedenfalls die richtige Antwort erteilen. — Auch einige Polizeibeamte glaubten den Vätermeistern in ihrer Not beistehen zu müssen und nahmen mehrere Flugblattverteiler mit zur Wache, um die Flugblätter zu konfiszieren; die Freude der Vätermeister über diese erwünschte Hilfe der Polizei war aber von sehr kurzer Dauer, denn noch ehe die Befehle der Streikleitung an der Polizeibehörde abging, erschien im Streikbureau ein Kriminalbeamter mit den konfiszierten Flugblättern, wobei er bemerkte, seine Behörde lasse höflich um Entschuldigung bitten, denn die betreffenden Beamten hätten irrtümlich gehandelt und etwas ausgeführt, wozu sie keinen Auftrag erhalten hätten. Einem Vätermeister, der das Innungsbureau an telephonierte, daß er so hart bedrängt würde, daß er bewilligen müsse, wurde vom Innungsbureau die Antwort: „Es steht so schon für die Meister so schlecht und wenn Sie noch bewilligen, dann fallen die übrigen Meister alle um. Warten Sie bis morgen, wo die Innungsversammlung Gegenmaßregeln beschließen wird.“

Der Streik der Kohlenarbeiter und Fuhrleute in Augsburg ist nach einwöchiger Dauer mit einem Siege beendet worden. Die Kohlenfirmen mühten sich zu Verhandlungen mit der Organisation, dem Deutschen Transportarbeiterverband, bequemen. Es wurde ein Tarif abgeschlossen, der den Arbeitern eine erhebliche Verbesserung ihres Arbeitsverhältnisses bringt. An dem Ausgang des Kampfes änderte auch nichts der Umstand, daß sich die Stadtverwaltung auf Seiten der bestreikten Firmen stellte, indem sie den Transport von Kohlen für die städtische Straßenbahn, der verträglich den Kohlenfirmen obgelegen hätte, durch städtische Arbeiter besorgen ließ.

Ausland.

Die Diamantschleifer in Antwerpen streiken. Die Zahl der Ausständigen wird auf 3000 beziffert, hiervon sind 1800 Holländer. Die Ausständigen hielten am Dienstagabend eine Versammlung ab und durchzogen mit einem Musikchor an der Spitze die Straßen der Stadt.

Die Massenansperrung im Wagengewerbe Schwedens

ist am Montag, soweit es in der Nacht des Arbeitgeberverbandes stand, durchgeführt worden, nachdem auch der letzte Einigungsversuch des Vermittlungsbeamten gescheitert war. Die Einigungsversuche, die er schließlich noch gemacht hatte, konnte die Arbeiterschaft nicht, wie es gewünscht wurde, unverändert gutheißen, und mußte sie deshalb ablehnen. Das Unternehmertum hat diese Vorschläge unter allerlei Verlausfahrungen schließlich angenommen, aber das geschah offenbar nur, um sich den Anschein zu geben, daß die Unternehmer eigentlich nicht schuld seien an diesem ersten großen wirtschaftlichen Kampf nach dem Generallstreik von 1909. Die Absperrung scheint übrigens ein gut Stück hinter dem zurückgeblieben zu sein, was die Unternehmer planten. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß der Arbeitgeberverband durch die terroristischen Mittel, die er anzuwenden pflegt, namentlich durch den Materialhott, noch eine größere Zahl unbotmäßiger Arbeitgeber zwingt, ihre Leute zu entlassen. Bis jetzt wird in Stockholm und auch in einer Reihe anderer Orte noch auf einem mehr oder minder großen Teil der Bauten weitergearbeitet. So konnte am Montagmorgen festgesetzt werden, daß in den Stadtteilen Stockholm, wo die Bautätigkeit am lebhaftesten ist, nur auf 19 von 56 Arbeitsplätzen ausgesperrt war. Im Klempnerberuf haben sich die Arbeitgeber dort, nachdem erst kürzlich ein langfristiger Tarifvertrag abgeschlossen wurde, überhaupt nicht an dem Absperrungsbesehl der Unternehmerzentrale gehalten. Und im Räderberuf waren am Montag von den 1400 organisierten Arbeitern nur ungefähr 250 ausgesperrt. In der Unternehmerpresse war die Rede davon, daß die Absperrung 40 000 Mann umfassen werde, und zunächst rechnete man auch in der Arbeiterschaft mit einer ungefähr so hohen Zahl; kurz vor der Absperrung schrieb jedoch „Socialdemokraten“, daß sie vielleicht nicht viel mehr als 20 000 Mann umfassen werde. Dies scheint, wenigstens vorläufig, zuzutreffen; jedoch muß abgewartet werden, wie sich die Sache weiter entwickelt.

Letzte Nachrichten.

Explosionskatastrophe im Steinbruch.

Magenfurth (Särnten), 12. Juli. (B. G.) Eine schreckliche Katastrophe hat sich heute in dem bei Loehling am Wörther See gelegenen Steinbruch zugetragen. Ein mit dem Ausstemmen von Bohrlöchern beschäftigter Arbeiter kam in ein altes Bohrloch und schlug auf eine von früheren Sprengungen noch übriggebliebene intakte Dynamitpatrone. Die Wirkung war eine furchtbare. Dem Unglücklichen wurden beide Hüfte von der Gewalt der Explosion abgerissen und mehrere im Steinbruch beschäftigte andere Arbeiter erlitten gleichfalls schwere Verletzungen. Drei Arbeiter sind bereits ihren Verletzungen erlegen, die übrigen ringen mit dem Tode.

Ein 18 jähriger Mörder.

Klein-Landsbut, 12. Juli. (B. G.) Heute früh geschah hier eine entsetzliche Mordtat. Ein 18 Jahre alter Diensthoch erdrosselte ein 7 Jahre altes Mädchen mit einer Peitschenknur, als es sich seinem Vorhaben durch Schreien widersetzte. Er tötete das Kind und zerstückelte die Leiche. Bei seiner Verhaftung wäre er von der Volksmenge beinahe geknallt worden.

Zum Tode verurteilt.

München, 12. Juli. (B. G.) Nach zweitägiger Verhandlung verurteilte das hiesige Schwurgericht den 25 jährigen Tagelöhner Schmidl, der in der Nacht zum 2. Osterfeiertag die 49 jährige Prostituierte Konisa Huber in bestialischer Weise ermordete, zum Tode.

Verraubung der deutschen Post in Eger.

Eger, 12. Juli. (B. G.) Einem umfangreichen Postdiebstahl ist man auf dem hiesigen Bahnhof auf die Spur gekommen. Man fand eine große Anzahl Postbeutel der deutschen Post aufgeschnitten und aller Wertbriefe beraubt. Hauptächlich waren es Briefe aus Bayern und Süddeutschland, die den Dieben in die Hände fielen. Der Wert der entwendeten Briefe beziffert sich auf 15 000 bis 20 000 Mark. Von den Dieben fehlt bisher jede Spur.

Große Waldbrände in Amerika.

New York, 12. Juli. (B. T. B.) Aus Northbay (Ontario) wird gemeldet, daß in North Ontario Waldbrände wüten. In Torrance sind 30 Personen umgekommen. Viele wurden verletzt. Das Elend ist groß. Weitere Ortschaften wurden in North Michigan zerstört.

Abnahme der Hitze in Amerika.

New York, 12. Juli. (B. G.) Aus den Mittelweststaaten kommt die Nachricht, daß die Hitze nachläßt und das Wetter kühler wird. Auch in den meisten Neuenlandstaaten ist die Temperatur im Laufe des heutigen Vormittags gesunken, und es besteht Aussicht, daß die große Hitze nunmehr als überstanden betrachtet werden kann.

18. Deutscher Ortskrankenkassentag.

(Telegraphischer Bericht.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung der heutigen Schlußsitzung erbat sich Pollender-Weipzig das Wort zu einer

Erklärung in der Verlesung.

Er führte aus: Herr Frähdorf hat gestern eine interessante Rede gegen die Leipziger Ortskrankenkasse und gegen meine Person gehalten, die ich nicht ohne Erwiderung lassen kann. Er hat uns daran erinnert, daß wir unsern einigermassen günstigen Arztvertrag nur dem allgemeinen Kampf gegen die freie Arztwahl zu verdanken hätten. Wenn es aber nach Herrn Frähdorf ginge, dann würden wir in Leipzig wieder diesen Arztvertrag noch die ärztliche Familienversorgung haben. Herr Frähdorf sagt, daß jede Kasse sich das ihr passende System der Verarztung frei wählen könne. Er verzagt es aber, daß wir unsere eigenen Wege gegangen sind. Weil wir kein Evangelium nicht nachbeten, sollen wir sein säuberlich den Mund halten. Das ist die Freiheit, die er meint. (Stürmische Unterbrechungen. Zurufe: Wer ist er?) Nun Frähdorf! (Erneute Unterbrechungen. Zuruf: Herr Frähdorf!) Mein Verhalten auf der Internationalen Konferenz für Sozialversicherung im Haag soll deplaciert gewesen sein. (Sehr richtig! Vielfache Zustimmung.) Nun, mir hat Frähdorf hinterher das Zeugnis ausgestellt, daß ich mich verhältnismäßig gut im Haag verhalten hätte. Er möchte auch wissen, daß er es gewesen ist, der durch seine Aeußerungen meine Rede provoziert hat. Er hatte bei den ausländischen Delegierten die falsche Meinung erweckt, daß sämtliche angeschlossenen Kassen von der freien Arztwahl nichts wissen wollen. (Lebhafte Zustimmung.) Nun, vorläufig hat die Mehrheit der angeschlossenen Kassen die freie Arztwahl. (Widerspruch und Zurufe: Leider! Große Unruhe.) Nur im Interesse der Wahrheit habe ich mich damals zum Wort gemeldet, und ich habe dargelegt, daß die Frage nur so gestellt werden darf: Welches Arztssystem sich am besten mit der Fürsorge für den erwerbsunfähigen Arbeiter verträgt, und nicht so: In welcher Weise am wenigsten Ausgaben gemacht werden können. Nun vergleichen Sie aber, was der offizielle Bericht des Vorstandes sich über diesen Vorgang an objektiver Berichtserstattung geleistet hat. Ich werde meine Ansicht nach wie vor vertreten und denke nicht daran, sie anderen aufzudrängen. Ich glaube aber, daß es meine Pflicht war, die Erfahrungen der größten deutschen Ortskrankenkasse der Allgemeinheit zu unterbreiten. Das wird auch weiter geschehen, selbst auf die Gefahr hin, daß einmal ein illoyaler Gebrauch von meinen Aeußerungen gemacht wird. Die Behauptung eines Hallenser Delegierten ist aber falsch, daß irgendwelche Mittel des ärztlichen Kaufschonhonorars dem Leipziger Verband der Ärzte zugeführt worden sind. (Zuruf: Da werden Sie Euch nach fragen!) Jedenfalls wird niemand in der Lage sein, eine vertragswidrige Verwendung der Honorargelder zu beweisen. Richtig ist nur, daß die außerordentlich große Opfer an Zeit und Arbeit erfordernde Tätigkeit der ärztlichen Vertrauenskommission aus den Beiträgen gedeckt werden. Derartige Außenabrechnungen können künftig nur vermieden werden, wenn eine größere Duldsamkeit auch auf der anderen Seite Platz greift. (Rausche Gelächter.)

Vorsitzender Frähdorf: Die Aufnahme, die die Ausführungen des Herrn Pollender in der Versammlung gefunden haben, wird ihn wohl überzeugt haben, daß sie vom Krankenkassentag nicht geteilt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Es kommt lediglich darauf an, daß, wenn wir einmal im Kampfe stehen, nicht einer der unsrigen und in die Quere kommen darf. (Stürmischer Beifall.) Die freie Meinungsäußerung wird davon gar nicht berührt. Die Stellungnahme der ärztlichen Organe und der ärztlichen Presse und namentlich die Vermittlung des Herrn Pollender in den Arztblättern sollen ihn ein Beweis dafür sein, daß er sich auf einer falschen Fährte befindet. (Stürmischer Beifall.) Auch sollte es ihm zu denken geben, daß die Ärzte seine Ausführungen in Tausenden von Flugblättern verbreiten, um unter den Kassennmitgliedern, wie es in Halle geschehen ist, Verwirrung anzurichten. Das alles sollte ihn doch stutzig machen.

Ich habe gestern Herrn Pollender nur in aller Höflichkeit nahelegen wollen, derartige Quertreibereien zu unterlassen. (Erregte Zurufe bei den Leipziger Delegierten und stürmischer Beifall des Kongresses.)

Hierauf sprach Bureauvorstand Frenzel-Dresden über die neuen Vorschriften in der Reichsversicherungsordnung, die den Krankenkassen künftig die alljährliche Aufstellung von Haushaltsplänen zur Pflicht machen. Er empfiehlt, Richtlinien aufzustellen, die eine einheitliche und übersichtliche Finanzverwaltung der Krankenkassen ermöglichen.

Kleines Feuilleton.

Mailands Schulzweigen. Mailand reifert sich seinen Ruf, die moralische Hauptstadt Italiens zu sein, in erster Linie durch seine Schuleinrichtungen. Mit Turin und Genua ist es eine der wenigen italienischen Städte, die den Schulzwang auch wirklich durchzuführen. Die lombardische Hauptstadt gibt bei einer fast gleichen Bevölkerungsziffer wie Rom — ungefähr 800 000 Einwohner — für Unterrichts-zwecke jährlich über acht Millionen Lire aus, Rom dagegen nur über vier; Turin steht an zweiter Stelle mit etwas über fünf, hierauf kommen Genua mit drei, Neapel und Florenz mit je zwei Millionen.

In den italienischen Städten wird den Schülern der Gemeinde-schule fast durchweg ein warmer Imbiß verabreicht; in keiner anderen Stadt hat dieser Brauch jedoch so tief Wurzel gefaßt, wie in Mailand. Das Menu ist für jeden Tag der Woche festgelegt und sieht für die drei Unterklassen folgendermaßen aus: Montag je 300 Gramm Risotto, Dienstag 40 Gramm gekochtes Rindfleisch mit Gemüse, Mittwoch Risotto — am Donnerstag feiern sämtliche italienischen Schulen — Freitag je 200 Gramm Makaroni, Sonnabend Schmorfleisch mit Gemüse. In den drei oberen Klassen steigern sich die Rationen. Ich hatte kürzlich Gelegenheit, die 1000 Knaben und ebensovielen Mädchen umfassende Schule in der Via Giulia Romano zu besichtigen. Die Küchen und Speise-kammern in den luftigen Souterrains, denen sich die Baderäume anschließen, erregten meine Bewunderung. Mittels der vollkommensten Gas- und Dampfkocher wird innerhalb einer knappen Stunde die Massenfütterung in aller Bequämlichkeit vorbereitet. Schlag 12 Uhr macht sich die hungrige Schülerkaste im Säulenmarsch auf den Weg nach den Souterrains. An der Treppe angelangt, erhält jeder von zwei diensthabenden Genossen einen Löffel und eine Gabel ausgehändigt, etwas weiter von zwei anderen Befährten seine Ration Brot und einen Kaffee. So ausgerüstet marschieren die Hungerigen vor dem Koch vorbei, der der Reihe nach die ihm hingehörten Köpfe rasch füllt; dann nehmen die Gäste an endlosen Tischreihen Platz. Es fehlt jede Aufsicht, jeder muß sich selbst be-auffütigen und alle sich gegenseitig. Nur große Blöde an den Wänden rufen den jugendlichen Tischgenossen die Vorschriften in die Erinnerung, die sie auch unter sich einzuhalten haben. Die ganze Lehrerschaft, der Direktor an der Spitze, schöpft ihr Frühstück aus dem gemeinsamen Kessel.

Das Frühstück wird kostenlos verabreicht, jedoch wird den besser situierten Eltern anheimgestellt, der Schule eine sehr niedrig bemessene Entschädigung zukommen zu lassen. Im Jahre 1908 machten von diesem Recht ungefähr 83 Proz. der Schülerschaft Gebrauch, die Stadt hatte dann noch 838 558 Lire aufzuwenden.

Telegraphie in China. Auch dieses Land konnte sich der Macht des elektrischen Funkens nicht erwehren, doch sind die Widerstände,

Der nächste Punkt der Tagesordnung war die Entgegennahme des Berichts der vom Kongreß eingesetzten Kommissionen zur Beratung der Frage eines neuen

Tarifvertrages mit den Kassenbeamten.

Die geschäftsführende Kasse Dresden hatte dem Kongreß vorge-schlagen, den bestehenden Tarifvertrag mit der Organisation der Kassengestellten auf 2 Jahre zu suspendieren und bis zum Jahre 1913 überhaupt keinen Vertrag abzuschließen, sondern mit der Beamtenorganisation eine Musterdienstordnung aufzustellen und dem Kongreß zur Annahme zu empfehlen. 1913 soll dann auf der Grundlage einer Reihe von Vorschlägen die geschäftsführende Kasse mit der Organisation der Angestellten in Verhandlungen ein-treten über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages. Die Kom-mission ist sofort mit den Vertretern der Organisation der Be-amten in Verbindung getreten. Die Vertreter der Beamten-organisationen verlangten den Abschluß eines neuen Tarifver-trages und verlangten in Uebereinstimmung mit den Vorschlägen der geschäftsführenden Kasse eine Erhöhung des Jahresgehalts von 100 M. für jede Beamtenkategorie. Nur zwei Streitpunkte er-gaben sich, wie aus dem Bericht, der durch Justizrat Mayer-Frankenthal erstattet wurde, hervorging. Die Vertreter der Beamtenorganisation verlangten, daß die Anstellung von Kassen-beamten Sache der Tarifvertretung sein soll, und daß die Dienst-ordnung damit in Uebereinstimmung zu bringen ist. Sämtliche Mitglieder der Kommission waren aber der Ansicht, daß die An-stellung der Beamten Sache der Kassenverwaltung sein und bleiben muß. (Lebhafte Zustimmung.) Der zweite Streitpunkt betraf die Entlassung. Die Reichsversicherungsordnung bestimmt, daß vom 1. bis zum vollendeten 10½. Dienstjahre die Kündigung zulässig sein soll nach den Voraussetzungen des Bürgerlichen Gesetzbuches oder auf Grund anderer Vereinbarungen, und erst vom 11. Dienst-jahre soll eine Kündigung nur zugelassen sein, wenn wichtige Gründe dafür vorliegen. Die Reichsversicherungsordnung sieht also eine beschränkte lebenslängliche Anstellung erst vom 11. Dienst-jahre an vor, während die Organisation der Angestellten sie schon vom 1. aber mindestens vom 3. Dienstjahre an durch tarifartige Vereinbarung verlangt. Die Kommission war übereinstimmend der Ansicht, daß diese über die Grundzüge der Reichsversicherungs-ordnung hinausgehende Forderung für die Kassen und namentlich für die größeren Kassen unannehmbar ist und aus den Verhand-lungen über einen Tarifvertrag ohne weiteres ausgeschlossen werden muß. (Lebhafte Zustimmung.) Aber im Hinblick auf den großen sozialpolitischen Wert eines Tarifvertrages wurde ein anderer Weg vorgeschlagen, und ein Arbeitgebervertreter machte folgenden Kompromißvorschlag: Die Kommission empfiehlt in erster Linie, die Verhandlungen über eine neue Tarifgemeinschaft bereit-willigst fortzusetzen, wenn die Verbände der Angestellten sich bereit-finden, ihre beiden Forderungen aufzugeben. Schon auf Grund dieses Beschlusses sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden. Natürlich muß dafür gesorgt werden, daß die Beschlüsse sich auf dem Boden der Reichsversicherungsordnung bewegen und mit den Forderungen der Aufsichtsbehörde im Einklang stehen. Die Ver-treter der Angestellten müssen erkennen, daß ihre Forderungen un-annehmbar sind und aufgegeben werden müssen, wenn ein Tarif-vertrag zustande kommen soll. Für den Fall, daß die Organi-sation der Beamten diesen Vorschlag nicht annehmen sollte, sollte in zweiter Linie eine Musterdienstordnung ausgearbeitet werden, die die von der geschäftsführenden Kasse vorgeschlagenen Zugestän-dnisse enthalten sollen. Die Kommission war der Meinung, daß der Vorschlag der geschäftsführenden Kasse, das Gehalt jeder Beamten-kategorie um 100 M. zu erhöhen, abzulehnen sei. Die Kommission beschloß weiter, sofort mit den Vertretern der Angestelltenorgani-sation in Verbindung zu treten, ob sie bereit seien, auf den ersten Vorschlag einzugehen. Daraufhin haben die Vertreter der Beamtenorganisation heute erklärt, daß sie natürlich zunächst ihre Organisation befragen müssen. Sie haben sich aber bereit erklärt, den Vorschlag der Kommission in ihren Verbänden zu vertreten. Auf Grund dieses Kompromisses ist daher ein Friede herbeigeführt worden. (Lebhafte Zustimmung.) Der Nebner schloß namens der Kommission und der Vertreter der Angestelltenorganisation mit der Bitte an den Kongreß, diese Frage ruhig und sachlich und ohne jede persönlichen Spizen zu behandeln. (Lebhafte Zustimmung.)

Vorsitzender Frähdorf: Ich füge mich der Meinung der Kommission, möchte aber bemerken, daß die Beamten, wie sie sich auch zu diesem Vorschlag stellen sollten, die Erhöhung der Ge-hälter unter allen Umständen bekommen sollen. (Beifall.)

Da Wortmeldungen zurückgezogen wurden, wurde ohne weitere Debatte der Vorschlag der Kommission einstimmig angenommen. Justizrat Mayer befürwortete weiter einen Antrag der ge-schäftsführenden Kasse auf schleunige Herstellung von Muster-satzungen für Ortskrankenkassen. Der Antrag wurde debotie-los angenommen, ebenso ein Antrag der Freien Vereinigung säch-sischer Ortskrankenkassen, beim Bundesrat dahin vorstellig zu wer-

den, daß beim Neudruck von Quittungsmarken für die Invaliden-versicherung Vierwochenmarken hergestellt und ausgedruckt werden. Schließlich wurde ein Antrag angenommen auf Einführung gleich-mäßiger Statistiken bei den Verbandskassen. Zum Ort der nächsten Tagung wurde Köln ge-wählt. Auf Vorschlag des Justizrats Mayer-Frankenthal soll der im September in Rom stattfindende Internationale Tuberkulose-kongreß durch Frähdorf, Döffe (Dresden) und Albert Kohn (Berlin) besichtigt werden. In den Vorstand wurden gewählt von den Arbeitgebervertretern Justizrat Mayer-Frankenthal, Landner-Dresden, Kommerzienrat Simon-Berlin, Sieberts-Düsseldorf, von den Arbeitnehmern Brachel-Köln, Frähdorf-Dresden, Graf-Frankfurt a. M., Albert Kohn-Berlin, Wittl-Rüchsen, Wittke-Breslau, Wittrod-Hamburg und Brück-Stettin. Zum Vorsitzenden wurde Frähdorf wieder ge-wählt, zu seinem Stellvertreter Landner. Die Ortskrankenkasse Dresden wurde auch für die nächsten vier Jahre mit der Geschäfts-führung betraut. — Damit war die Tagesordnung des Kongresses erledigt. Im Schlußwort betonte der Vorsitzende Frähdorf: Öffentlich haben die Behörden aus unseren Verhandlungen ent-nommen, daß das nicht der Wahrheit entspricht, was die Gegner des Zentralverbandes über ihn verbreiten. Der Zentralverband ist durchaus objektiv. Er ist frei von jeder Parteilichkeit. Eine Politik aber will er treiben: eine wirkliche Sozialpolitik. (Stür-mischer Beifall.) In diesem Bestreben finden sich Arbeitgeber, Ar-beitnehmer und Beamte zusammen. Wo ist in unseren Verhand-lungen eine Differenz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zutage getreten? Die Präsenzliste zeigt, daß die Arbeitgeber relativ eine reichliche Vertretung gefunden haben. Es zeigt sich daher, wie unberechtigt alle Angriffe gegen den Zentralverband sind. Aber es gibt Kreise in Deutschland, denen es ein Dorn im Auge ist, daß wir hier friedlich zusammenarbeiten. Wir aber wollen einmütig bleiben wie bisher, dann werden bei der Reichs-versicherungssaktion weder Reaktion noch Bureaokratie auf ihre Rechnung kommen. Damit schloß der Kongreß.

den, daß beim Neudruck von Quittungsmarken für die Invaliden-versicherung Vierwochenmarken hergestellt und ausgedruckt werden. Schließlich wurde ein Antrag angenommen auf Einführung gleich-mäßiger Statistiken bei den Verbandskassen. Zum Ort der nächsten Tagung wurde Köln ge-wählt.

Auf Vorschlag des Justizrats Mayer-Frankenthal soll der im September in Rom stattfindende Internationale Tuberkulose-kongreß durch Frähdorf, Döffe (Dresden) und Albert Kohn (Berlin) besichtigt werden.

In den Vorstand wurden gewählt von den Arbeitgebervertretern Justizrat Mayer-Frankenthal, Landner-Dresden, Kommerzienrat Simon-Berlin, Sieberts-Düsseldorf, von den Arbeitnehmern Brachel-Köln, Frähdorf-Dresden, Graf-Frankfurt a. M., Albert Kohn-Berlin, Wittl-Rüchsen, Wittke-Breslau, Wittrod-Hamburg und Brück-Stettin. Zum Vorsitzenden wurde Frähdorf wieder ge-wählt, zu seinem Stellvertreter Landner. Die Ortskrankenkasse Dresden wurde auch für die nächsten vier Jahre mit der Geschäfts-führung betraut. — Damit war die Tagesordnung des Kongresses erledigt. Im Schlußwort betonte der Vorsitzende Frähdorf: Öffentlich haben die Behörden aus unseren Verhandlungen ent-nommen, daß das nicht der Wahrheit entspricht, was die Gegner des Zentralverbandes über ihn verbreiten. Der Zentralverband ist durchaus objektiv. Er ist frei von jeder Parteilichkeit. Eine Politik aber will er treiben: eine wirkliche Sozialpolitik. (Stür-mischer Beifall.) In diesem Bestreben finden sich Arbeitgeber, Ar-beitnehmer und Beamte zusammen. Wo ist in unseren Verhand-lungen eine Differenz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zutage getreten? Die Präsenzliste zeigt, daß die Arbeitgeber relativ eine reichliche Vertretung gefunden haben. Es zeigt sich daher, wie unberechtigt alle Angriffe gegen den Zentralverband sind. Aber es gibt Kreise in Deutschland, denen es ein Dorn im Auge ist, daß wir hier friedlich zusammenarbeiten. Wir aber wollen einmütig bleiben wie bisher, dann werden bei der Reichs-versicherungssaktion weder Reaktion noch Bureaokratie auf ihre Rechnung kommen. Damit schloß der Kongreß.

12. Generalversammlung des Lagerhalter- und Lagerhalterinnen-Verbandes.

München, 10. Juli 1911.

Ueber den Punkt

Tarifverhandlungen mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine

referierte Friedemann-Leipzig. Der Redner betonte die Eigenart des Berufs, aus der sich eine besondere Geschichte der Tarifbewegung ergebe. Die Lagerhalter als Genossenschaftler sind an besondere Rücksichten gebunden, während andere Gewerkschaftler sich auf ihre Stärke verlassen können. Zunächst handle es sich in der Hauptsache um die Erneuerung der Leipziger Resolution, in der infolge des geringen Entgegenkommens des Vorstandes des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine die Ablehnung des Arbeits- und Dienstvertrages ausgesprochen ist. Die gegenwärtig vorliegenden Anträge, die auf Aufhebung dieser Resolution abzielen, beantragt der Referent abzulehnen. Die vom Verband auf-genommene Statistik über Lohn und Arbeitszeit beweise klar und deutlich, daß auch nach Aufhebung der Resolution für die Kollegen in kleineren Vereinen keine Besserung erzielt werden würde. An der Hand von Details betonte Redner die Schwierigkeiten, die durch den jetzigen Zustand bestehen, die aber keineswegs aus durch einen Beschluß, wie es die Aufhebung der Leipziger Resolution wäre, beseitigt würden. Wenn von maßgebenden Kreisen des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine behauptet wird, durch die Forde-rungen der Lagerhalter würden die kleinen Konsumvereine kon-kurrenzunfähig gemacht, so müsse demgegenüber betont werden, daß in zahlreichen Fällen die Lagerhalter gerade mit Rücksicht auf die kleinen Vereine jahrelang mit ihren berechtigten Forderungen zurückgehalten haben. Alles habe aber seine Grenzen. Redner plädierte nochmals nachdrücklich für Aufrechterhaltung der Leipziger Resolution. Sollte eine Änderung vorgenommen werden, dann könnte es nur eine Verschärfung sein. (Beifall.) — In der Dis-kussion begründete die Antragsteller auf Aufhebung der Leipziger Resolution ihren Standpunkt damit, daß dann die Bahn frei würde für die Schaffung besserer Verhältnisse. — Die Mehrheit der Dis-kussionsredner stellte sich aber auf den Standpunkt des Referenten. Hierauf wurde die Leipziger Resolution mit 62 gegen 14 Stim-men erneuert.

Notizen.

Ein Reuterdenkmal wurde in Stadenhagen, dem Geburtsort des Dichters, vor dem Rathause enthüllt. Es stellt Reuter im Reiterstuhle sitzend dar. Auf einer Balustrade, die das Denkmal umgibt, sind Gestalten aus Reuters Werken verkörpert.

Die englische Tuberkulosekommission hat ihren Schlußbericht, der die Ergebnisse zehnjähriger wissenschaftlicher Untersuchungen zusammenfaßt, herausgegeben. Sie hat gefunden, daß der Tuberkelbazillus des Menschen und der des Rindes praktisch nicht zu unterscheiden sind; Säugtiere und Menschen können sich gegenseitig anstecken. Der Bazillus des Rindes wird ständig auf den Menschen übertragen, besonders durch Vermittlung der Milch, die vor allem für die Tuberkulose der Kinder verantwortlich ist; auch tuberkulöses Rind- und Schweinefleisch ist eine Quelle der An-steckung. (Die alte wissenschaftliche Streitfrage, ob die Rinder-tuberkulose auf den Menschen übertragbar ist, dürfte damit noch nicht endgültig entschieden sein.)

Ein neues Kunstmuseum in Kopenhagen. Der Großkaufmann Heinrich Hirschsprung hatte im Jahre 1902 dem dänischen Staat seine sehr wertvolle Sammlung von Gemälden, Aquarellmalereien und Handzeichnungen vermacht und zwar unter der Bedingung, daß dafür ein besonderes Gebäude errichtet werden sollte. Das ist jetzt geschehen, und die neue Kunstsammlung ist dem Publikum zugänglich gemacht worden. Das neue kleine Kunstmuseum (in der Nähe Dester Anlag) ist nicht nur in den Tages-stunden, sondern auch bei künstlicher Beleuchtung an den Sonnabend-abenden von 7—9 Uhr geöffnet. Die Sammlung bietet eine sehr reichhaltige Uebersicht über die dänische Malerei im 19. Jahrhundert, und neben der älteren ist auch die neue moderne Kunst vorzüglich vertreten.

die hier die Telegraphie zu überwinden hatte und zum Teil noch zu überwinden hat, von ganz besonderer Natur und scheinbar etwas eigenartig für das europäische Ohr. Als 1855 die russische Regierung der chinesischen vorgeschlagen hatte, Sibirien und China durch eine Telegraphenlinie zu verbinden, wurde dieser Vorschlag rund ab-gelehnt. Erst 1884 hat man sich in Peking dazu verstehen können, auf dem chinesischen Territorium eine Telegraphenlinie zu errichten, die in demselben Jahre bis zur Hauptstadt fortgeführt wurde. Aber diese Neuerung ist auf den heftigen Widerstand der einheimischen Bevölkerung gestoßen, die der geheimnisvollen Einrichtung eine teuflische Macht zutraute. Man glaubte z. B., daß sobald ein Schatten der Telegraphenstangen die Gräber der Vorfahren berührt, diese ihre heilige Ruhe nicht mehr genießen. Deshalb ging man mit Eifer daran, die telegraphischen Anlagen mit allen Mitteln zu zerstören. Diesem Eifer machte die chinesische Regierung ein Ende, indem sie auf jeder Telegraphenstange eine Bekanntmachung anbringen ließ, daß jede Beschädigung der Anlagen mit dem Tode bestraft werden würde.

Einem stilleren, vielleicht aber nicht minder gefährlichem Feind als die Rücksichtslosigkeit des Volkes, begegnet die Telegraphie in der Bescheidenheit der chinesischen Sprache. Diese Sprache besitzt be-sammlich kein Buchstabenalphabet, sondern nur bestimmte Wort-zeichen. Deshalb ist man in der chinesischen Telegraphie gezwungen, jedem Wortzeichen eine besondere Nummer zuzuordnen, die dann dem Telegrammensänger gedächelt und von diesem durch entsprechendes Wortzeichen übersetzt wird. Diese Nummern und die ihnen ent-sprechenden Zeichen werden in eine Tabelle geordnet, die nicht weniger als 9800 Nummern und Zeichen umfaßt. Da ist es wahrlich keine leichte Arbeit, eine empfangene Depesche zu ent-ziffern. Daß dieser Umstand der Entwicklung der Telegraphie ungeheure Hindernisse in den Weg legt, dürfte sich von selbst ver-stehen.

Wie man Seelforger gewinnt. In England herrscht seit Jahren ein Mangel an Geistlichen und vergebens suchen die Behörden nach einem Auswege, um das Bedürfnis der kleineren Gemeinden nach einem Pfarrer zu befriedigen. Dieser Mangel an Geistlichen hat aber bereits auch seine ambulanten Seiten entwickelt; wenn man die letzte Nummer der „Church Times“ durchblättert, findet man eine ganze Spalte von Anzeigen, in denen Seelforger gesucht werden. Wer aber glaubt, daß für die Ausübung dieses geistlichen Berufes religiöse Reigungen allein bestimmend seien, befindet sich jeden-falls im Widerspruch mit den Stadtvätern vieler englischen Ge-meinden, denn die Annoncen zeigen, daß anscheinend die Ver-ehrung weltlicher Gemäße für die Gemahungen der Gemeinden zur Erlangung eines Pfarrers von recht wesentlicher Bedeutung sind. Da list man z. B.: „Auffstehungsfeier gesucht. Entschloßener, gutbürgerlicher Mann. Täglich Abendmahl; Sonntag Abend-mahl mit Chorgesang. Arbeiterbevölkerung. Kein Ueue-

Zum nächsten Punkt Die Konsumgenossenschaften als Arbeitgeber und ihre Beziehungen zur modernen Arbeiterbewegung.

Präzisierte in lichtvollen Ausführungen Verbandsssekretär Döhne Leipzig die Stellung des Verbandes zur Genossenschaftsbewegung. Der Verbandstag fasste einstimmig folgende vom Sekretären vorgelegene Resolution:

Die 12. Generalversammlung des Verbandes der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands erkennt gern an, daß ein Teil der Konsumvereine bemüht ist, den sozialen Verpflichtungen, die sie als Arbeitgeber ihren Arbeitern und Angestellten gegenüber zu erfüllen haben, nachzukommen.

Die letzte vom Verband der Lagerhalter und Lagerhalterinnen angenommene Statistik zeigt jedoch, daß ein großer Teil der Konsumvereine seine soziale Pflicht als Arbeitgeber nicht erfüllt. Die 12. Generalversammlung des Verbandes der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands ist sich bewußt, daß die Konsumvereine im heutigen kapitalistischen Staatswesen im gewissen Sinne kapitalistisch geleitet werden müssen, um sich lebensfähig und leistungsfähig zu erhalten. Sie kann sich jedoch mit der Ansicht: „die Konsumgenossenschaften, wirtschaftlich gesprochen, nur als Krämmer zu betrachten“, nicht einverstanden erklären. Die Konsumgenossenschaften sollen im heutigen Wirtschaftsleben eine höher entwickelte Form der Warenvermittlung darstellen. Durch direkte Uebermittlung der täglichen Lebensbedürfnisse an die Konsumenten soll deren Kaufkraft erhöht werden.

Eine weitere Aufgabe der Konsumgenossenschaften muß aber sein, wertvolle soziale Arbeit durch Schaffung musterhafter Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu leisten. Deshalb fordert die 12. Generalversammlung des Verbandes der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands die Konsumgenossenschaften, die diese Aufgabe noch nicht erfüllen, auf, den Forderungen der Genossenschaften Rechnung zu tragen.

Sie begrüßt es dankbar, daß sowohl auf dem internationalen Kongress in Kopenhagen, wie auch auf dem Parteitag in Magdeburg die sozialdemokratische Partei ihre Mitglieder durch Annahme von Resolutionen verpflichtet hat, in diesem Sinne in ihren Vereinen zu tragen.

Die 12. Generalversammlung des Verbandes der Lagerhalter und Lagerhalterinnen verurteilt aufs schärfste das Verhalten einiger Konsumvereine, die ihren Lagerhaltern den Beitritt zu dem Lagerhalterverband verbieten, und fordert die Gewerkschafter auf, nur die Konsumgenossenschaft zu unterstützen, die das Koalitionsrecht ihrer Angestellten und Arbeiter respektiert.

In der Erkenntnis jedoch, daß innerhalb des heutigen, nach Konzentration der Erwerbs- und Wirtschaftsbetriebe drängenden Wirtschaftssystems keine Anergiegebilde von Konsumgenossenschaften werden ihre wirtschaftlichen noch ihre sozialen Aufgaben erfüllen können, verpflichten sich die Mitglieder des Verbandes der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands, allen Zersplitterungsversuchen der Konsumgenossenschaftsbewegung entgegenzutreten und die Schaffung großer leistungsfähiger Bezirkskonsumvereine zu fördern.

Soziales.

Sonderkrankungen von Arbeitern in Tischereien und Sägewerken.

Bei der Bearbeitung gewisser Holzarten ist durch den bei der Bearbeitung entstehenden Staub eine eigenartige Hauterkrankung beobachtet worden, die sogenannte Sattinholzerkrankung. Auf Veranlassung des preussischen Handelsministers hat sich das Reichsgesundheitsamt über diese Krankheit und ihre Ursachen im April amtlich geäußert. Das Gutachten wird im folgenden erschienenen Ministerialblatt veröffentlicht. Es geht dahin:

Eigene Erfahrungen über die in den letzten Jahren insbesondere in England, Island und in Oesterreich und im Deutschen Reich bei Holzarbeitern beobachtete, als Sattinholzerkrankung bezeichnete Gewerkerkrankung besitzt das Gesundheitsamt nicht. Auch hat es bisher keine Gelegenheit gehabt, eine Untersuchung oder botanische Bestimmung von Holzern vorzunehmen, bei deren Bearbeitung Fälle dieser meist als eine Entzündung der Haut, mitunter als eine entzündliche Reizung der Schleimhaut der Atmungs- oder Verdauungswege oder der Bindegewebe der Augen sich äußernden Krankheit vorgekommen sind.

Was die dem Gesundheitsamt aus der Literatur bekannt gewordenen Fälle dieser Sattinholzerkrankung anlangt, so finden sich in

den Mitteilungen über die Holzarten, auf welche die Erkrankungen jeweils zurückgeführt werden, folgende Angaben:

Die aus England von Jones berichteten Fälle (British Medical Journal 1904 Vol. 1 S. 1494) waren durch ostindisches Sattinholz verursacht.

Bei der in England im Jahre 1907 angestellten amtlichen Erhebung über das Vorkommen der in Rede stehenden Gewerkerkrankheit zeigte sich nach dem Sonderbericht von John Hay (Annual Report of the Chief Inspector of Factories and Workshops 1907 S. 266), daß namentlich die Bearbeitung von afrkanische m Buchsbäum zahlreich und zum Teil ernste Gesundheitsstörungen, vor allem eine entzündliche Reizung der Schleimhaut der Atmungswege zur Folge gehabt hatte. Ein gelegentliches Auftreten von Hautentzündung oder von Keizerscheinungen der Schleimhaut der Atmungswege oder der Augenbindegewebe wurde überdies von anderen englischen Berichterstattern bei der Bearbeitung zahlreicher Holzarten festgestellt; dabei handelte es sich um Teakholz, Olivenholz, Ebenholz, Magenta-Rosenholz, westindischen Buchsbäum, Kofuholz, Niesbuhholz, gewisse Arten von Mahagoniholz, Sabinholz aus Cuba, Vorneo-Rosenholz (ebenda S. 248).

Die von Gardiner ebenfalls aus England berichteten Erkrankungen („British Medical Journal“ 1908 Vol. 1 S. 1231) waren nach der Bearbeitung von Sattinholz aus Westafrika und Indien entstanden.

Von den aus Oesterreich bekannt gewordenen, indes nur vereinzelten Erkrankungen wurden die von Sternberg (Medizinische Klinik 1908 S. 479) mitgeteilten auf indisches Rosenholz, die von Oppenheim und von Walbon beobachteten (Wiener Arbeiten aus dem Gebiete der Sozialen Medizin 1910 S. 120) auf Sattinholz und Atlasholz zurückgeführt.

Auch im Deutschen Reich scheinen bisher nur wenige Fälle von Sattinholzerkrankung, die übrigens lediglich unter den Erscheinungen von Hautentzündungen verliefen, vorgekommen zu sein. Unter ihnen war der von Wechseltmann in der Deutschen Medizinischen Wochenschrift 1909 S. 1399 eingehend beschriebene Fall durch indisches Sattinholz verursacht. Ob es sich dabei indes um Fagara flava Krug-Urban, identisch mit Xanthoxylon cribrosum Sprengel, gehandelt hat, wie Wechseltmann annimmt, muß als recht zweifelhaft bezeichnet werden; denn das betreffende „indische Sattinholz“ stammte, wie aus den später noch zu besprechenden Angaben in den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten 1906 Band I S. 83 hervorgeht, aus Australien, und nur für das aus Jamaica kommende Sattinholz ist von dem botanischen Gewächsemanne Wechseltmann angegeben, daß es als Fagara flava zu bezeichnen sei. Letzterem tritt der erkrankte Tischler schließlich an einer solchen Ueberempfindlichkeit der Haut und an folgender Reizung zu Erregem, daß er später schon dann an Hautentzündung erkrankte, wenn er bloß Eisenholz bearbeitete, d. h. eine Holzart, bezüglich deren anscheinend noch niemals beobachtet ist, daß auch durch sie Sattinholzerkrankung herbeigeführt wird.

Ueber mehrere Fälle hat ferner Dr. Sieghelm berichtet (Berliner klinische Wochenschrift 1909 S. 2020); sie waren nach der Bearbeitung von Sattinholz entstanden, das von den Tischlern als frangolisches Domingoholz bezeichnet wird und aus Brasilien stammen sollte. Sobann sind von Gzimatia und Hagemann 12 Erkrankungen aus Brasilien mitgeteilt worden (Hygienische Rundschau 1910 Nr. 14), die nach der Bearbeitung von Moulsholz aus Deutsch-Ostafrika, das dem Teakholz sehr ähnlich sein soll, aufgetreten sind. Unter Moulsholz wird nach einer gelegentlichen Auskunft des Anstufes am Königl. Botanischen Museum in Dahlem bei Berlin, Professor Dr. Gilg, das Holz der Moracee Chlorophora excelsa (Weln.) Bth. et Hook verstanden, das in Ostafrika allgemein Moulsholz, in Westafrika Oduu oder Molo genannt wird. Anscheinend nicht verlässliche Versuche des hygienischen Instituts in Bremen mit dem Sägemehl des Holzes, mit dem gepulverten Holz sowie mit verschiedenen Auszügen aus Holz und Holz ergebnisse keine Anhaltspunkte für die aufreizenden Eigenschaften des ostafrikanischen Moulsholzes. Hiernach steht es noch nicht einwandfrei fest, daß das Holz von Chlorophora excelsa hautreizende Eigenschaften besitzt, insbesondere da die von Gzimatia und Hagemann erwähnten Arbeiter noch nicht von neuem mit Moulsholz sich zu befassen hatten und somit, wie die beiden Autoren selbst angeben, noch keine Gelegenheit für eine abermalige Erkrankung gegeben war. Auch in Bremen erkrankten nach den hierher gelangten Mitteilungen bei der Bearbeitung ostafrikanischen Moulsholzes die Arbeiter nur eines Betriebs an einer barmädischen und schmerzhaften Hautentzündung, während das nämliche Holz in einem anderen Betriebe verarbeitet werden konnte, ohne Gesundheits-

schäden an ihr sogar „einige der besten Jüge des englischen und amerikanischen Trade-Unionismus“. Man kann nur bedauern, daß nicht auch gleich gesagt wird, was er unter diesen „besten Jügen“ versteht. Den Aufschwung der deutschen Arbeiterklasse versteht er gern zu, nur führt er ihn eher auf den Einfluß der Gewerkschaft allein, oder eigentlich auf die Abkehr der deutschen Arbeiterklasse von der politischen Sozialdemokratie zurück. „Der Vorwurf, der noch vor fünfzehn Jahren unter den englischen und amerikanischen Lohnarbeitern allgemein war, daß ihre deutschen Brüder Krämmer seien, die für einen Hummellohn arbeiten und dabei ihre Zeit und Kraft in vergeblichen politischen Kämpfen vergeuden, kann nicht mehr länger aufrecht erhalten werden. Die effektive Kampfmittel, die den Interessen der Unternehmer- und privilegierten Klasse entgegensteht, ist die, welche die Gewerkschaften stellen.“ Der Sinn dieser Sätze erhält mehr die gewollte Bedeutung, wenn man weiß, daß die Gewerkschaft hier als im Gegensatz zur Sozialdemokratie stehend benutzt wird. Die Zentralverbände von heute überlassen es jedem ihrer Mitglieder (bei politischen Wahlen) zu stimmen wie es will. Sie häßeln nicht die Idee der politischen Partei oder Generalstreik am 1. Mai. . . Der Tag, wo die Parteiführer erklären konnten, die Gründung von Gewerkschaften sei zwecklos, daß der Fortschritt von der politischen Aktion allein abhängen müsse, daß das Streben der Gewerkschaft, ein absolutes legales Koalitionsrecht zu sichern, falsch sei und einen Eingriff in die Parteijurisdiktion bedeute, dieser Tag ist vollständig dahin. Der deutsche Arbeiter weiß es besser.“ In der Tat!

Kachdem Gompers die Steigerung der Löhne angeführt und über die Lebensmittelpreise (Berliner) Gewerkschaftsführer hat sprechen lassen, gibt er einem von diesen wieder das Wort: „Vor zwanzig Jahren erschienen nur sehr wenige unserer Klasse im Gehrock auf unsern Festen. Jetzt kommt dahin schon eine ganze Anzahl. . . Die Frauen und Töchter heiden sich viel besser und wissen sich zu helfen. Unsere Arbeiter im allgemeinen halten sich Tageszeitungen und besuchen mit ihren Familien regelmäßig Besprechungsböden, was ihnen früher nicht möglich war.“ Diese Fortschritte betrachtet der Präsident der A. F. of L. mit Recht als die Früchte der Tätigkeit der Gewerkschaften, als die Folge ihrer nachdringlichen Stärke und ihres Einflusses. Aber dieser Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und der daraus folgende nobilitäre Effekt auf die breiten Massen bedeuten eine vollständige Verletzung (Violation) des Evangeliums und Dogmas der sozialistischen Partei, wie sie von den Führern der alten Schule interpretiert wurden. Die Dinge gingen nicht in Uebereinstimmung mit dem Katastrophenschema seiner Propheten, das „Proletariat“ hätte tiefer und tiefer zu sinken. Die Verhältnisse müßten erst durch das Hebel der Konkurrenz notgedrungen schlechter werden, ehe sie jemals besser werden könnten. Aber gottlose Quertreiber (Interferenzen) bremsen die Räder, die die Arbeiter niederschleppen sollten, stützten die kapitalistische Maschine um und, wirklich, veranlassen sie, bessere Löhne, bessere Bedingungen — mit einem Wort, ein besseres Leben zu gewahren. Ein Generalstreik war die Form der endgültigen sozialen Explosion. Diese war begleitet von einer Rekonstruktion der diefermachen erschütterten Gesellschaft. Aber, im Gegenteil, gut geplante Streiks in Betrieben, die organisiert, um mit den Unternehmern in verständiger Weise zu unterhandeln, haben die Masse der arbeitenden Klassen Deutschlands gegenüber der Generalstreiktheorie der Politiker indifferent gemacht.“

Dem heiligen Adin war Fortuna überaus hold, denn hier fand Gompers, wie er wörtlich sagt, ein Interwiew, wie er ein

prüfen das Gesundheitsamt allerdings außerhande ist, bezüglich der Forderungen zu verurteilen.

Was die in den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten für 1909 (Band I S. 83) angegebenen Fälle von Sattinholzerkrankung betrifft, die auf Roachholz aus Australien zurückzuführen waren, so handelte es sich dabei um das von Wechseltmann (s. oben) ausführlich erörterte Vorkommen. Weiter sind in einer Monatsheft in Moskau nach dem Berichte von Pflanz (Medizinische Klinik 1908, S. 892) sämtliche Arbeiter, die mit Roachholz zu tun hatten, erkrankt; die einzelnen Arbeiter wurden verschiedentlich heftig befallen. Ueber die Abstammung des Holzes gab die hamburgische Firma, die es geliefert hatte, keine Auskunft.

Eine genaue botanische Bestimmung der Holzart, nach deren Bearbeitung die besprochenen Erkrankungen beobachtet worden sind, ist, soweit sie bekannt, in keinem einzigen Falle erfolgt; in einigen der in Betracht gezogenen Berichte ist vielmehr ausdrücklich bemerkt, daß über die wissenschaftliche Bezeichnung der Bäume, von denen das Holz stammte, nichts Sicheres in Erfahrung zu bringen war. Unter diesen Umständen ist das Gesundheitsamt nicht in der Lage, auch nur mit einiger Sicherheit den wissenschaftlichen Namen derjenigen Holzarten anzugeben, bei deren Bearbeitung man Gefahr läuft, von Sattinholzerkrankung befallen zu werden. Wie aus der einschlägigen Literatur hervorgeht, sind die Handelsnamen der Holzarten oft lediglich nach dem Herkunftsort des Materials oder mit Rücksicht auf eine für die technische Bearbeitung von Holzern zukommende wertvolle Eigenschaft, die aber mitunter in gleicher Weise mehrere Holzarten ganz verschiedener botanischer Zugehörigkeit besitzen, gewählt. Im allgemeinen kann daher aus dem Handelsnamen der Holzarten allein kein sicherer Rückschluß auf die Art der Pflanze, von der sie stammen, gezogen werden.

Immerhin sei angeführt, daß nach den in der Literatur hierüber gemachten botanischen Angaben, die auf ihre Zuverlässigkeit zu Herkunft der Holzarten, bei deren Bearbeitung Sattinholzerkrankung aufgetreten ist, folgendes sich ergibt:

Ostindisches Sattinholz stammt von Cloroxylon Swietenia (Bidie, British Medical Journal Vol. 1 1905 S. 74).

Sattinholz aus Jamaica von Fagara flava Krug-Urban, identisch mit Xanthoxylon cribrosum Sprengel (Deutsche Medizinische Wochenschrift 1909 S. 1399).

westindisches Mahagoniholz von Swietenia Mahagoni, westafrikanisches Mahagoniholz von Swietenia seu Khaya sonegalensis,

Rosenholz von Rhodorizia scorparia, afrikanischer Buchsbäum von Seroccephalus Diderichiae, ostindisches Teakholz von Tectona grandis,

Sattin- oder Atlasholz aus Guyana von Ferrolia guyanensis, Sattin- oder Atlasholz von den Antillen von Ferrolia variegata, afrikanisches Ebenholz von Diospyros,

Ebenholz von den Molukken von Maba ebenus, Marokko-Buchsbäum von Tabebuaya pentaphylla (vgl. Gzimatia und Hagemann, Hygienische Rundschau 1910 Nr. 14).

Im übrigen geht aus dem Vorgehenden hervor, daß ein erschöpfendes Verzeichnis solcher gesundheitsgefährlichen Holzarten nicht aufgestellt werden kann.

In den Literaturangaben über die Sattinholzerkrankung findet sich ferner übereinstimmend die Mitteilung, daß nicht alle Personen, die mit der Verarbeitung solcher Holzarten zu tun haben, erkranken, sondern nur solche, die eine besondere Empfindlichkeit gegenüber den in den Holzarten enthaltenen, noch sehr wenig erforschten Stoffen besitzen. Diese Wahrnehmung ist den bezüglich des Primelgitters gemachten Beobachtungen an die Seite zu stellen, denn nicht alle Personen, die mit der als Primula obconica bekannten Stierpflanze in Berührung gekommen sind, erkranken an Hautausschlag. Auch kann sie verglichen werden mit den betrefis der Entstehung von Erregem sonst gesammelten Erfahrungen, durch die es schon lange bekannt geworden ist, daß manche Personen nach der Quantierung mit bestimmten, insbesondere flüchtigen Stoffen regelmäßig erkranken, während andere keinerlei Schaden erleiden.“

Aus Industrie und Handel.

Der Weltverband der Stahlkönige.

Wahrscheinlich um die Aufmerksamkeit von den Ereignissen zweifellos weltumspannender Bedeutung abzulenken, ließ man in der Presse eine Notiz erscheinen, nach der die abgehaltene Konferenz der Stahlkönige eigentlich nur akademischen Wert

gutzubehaltenderes mit einem Gewerkschaftsführer sonst nirgends in Europa gehabt hat. Der pure Zufall brachte diese interessante Unterredung. Auf der Treppe begegnete er dem Sekretär der Holzarbeiter, ein gut informierter und intelligenter Mann. Dieser Beamte der hohelinden Kameraden in Köln muß in der Tat weit über den geistigen Durchschnitt hinaustragen, ansonsten ihm schwerlich eine derartig hohe Wertschätzung von einem Jankee zuteil geworden wäre. Allein dieses Lob wird begrifflich, wenn man seine Ursache kennt. Er erzählte Gompers nämlich: „Wir haben in Deutschland die nämlichen Streitigkeiten, wie Sie in geringerem Maße in Amerika mit den Führern der sozialistischen Partei haben. Ich las die gegen Sie gerichteten Angriffe im „Vorwärts“, in der Leipziger Volkszeitung“ und in der Neuen Zeit“. Aber was macht das? Die sozialistischen Zeitungen werden herausgegeben und die Partei wird geführt nicht von Arbeitern, sondern von sogenannten „Intellektuellen“, Professoren und andern von der gleichen Sorte, die nichts vom wirklichen Leben, von den Verhältnissen und Kämpfen der Arbeiter wissen. Diese Schreiber und Führer! Oh! Wir haben ständig Zwist mit ihnen wegen der Verteidigung der Gewerkschaften gegen ihre Entfremdung und Beherrschungsversuche. Die gleiche hitlere Taktik, die sie ihnen gegenüber gezeigt haben, wenden sie auch gegen Legien an. Warum? Weil er meint, für eine echte (true) Gewerkschaftsbewegung im Interesse der Arbeiterforderungen und der Förderung derselben einzustehen. Diese Schreiber konsultieren ihre Bücher und sind blind gemacht durch ihre Theorie. Mit einem Wort: Der Unterschied zwischen ihnen und uns ist: sie sind in den Wollen und wir auf sicherer Erde.“

Der Sekretär der Kölner Typographen Lud Gompers zu einem Besuch der Office des Tagesanzeigers (7) ein. Er berichtet darüber: „Ich begleierte ihn, nicht weil ich erwarrete, etwas Ungewöhnliches in einer Druckeret zu sehen, sondern eher, um ihn auf dem Weg um Auskunft anzugehen. Aber ich sah etwas Außerordentliches. Dieses außerordentliche Ding war nicht die Reinlichkeit, die Sauberkeit in jedem Raume . . ., noch war es die glänzende Politur des Granites an den Treppenhaukänden, noch war es der Kofaiblag des Fußbodens, noch die ausgezeichnete Einrichtung zur Belüftung und Ventilation. In jedem Departement sah die Einrichtung neu aus, und jedes Stück davon, so wurde mir berichtet, sei ein Modell in seiner Art, und alles, was zu sehen sei, wäre das Allerneueste. Aber das alles konnte nicht außerordentlich genannt werden. Wir haben einige feine Druckereten in jeder Stadt der Vereinigten Staaten. Aber was unser Land nicht hat, das hat die Kölner Zeitung: sie hat 131 Handseker . . . und nicht eine Schmaschine. Ein Stamm gesund und intelligent aussehender Leute ist es, der die Zeitung . . . herstellt. Sie setzen da aufrecht, am Schlasten, haben Letter um Letter heraus, gerade so wie wir die Leute in den Spekerien vor zwanzig Jahren zu sehen gewohnt waren. . . Und es gibt nicht eine Schmaschine in irgend einer Tageszeitung in Köln! Weil, die Leute sagen, sie seien zufrieden, der Geschäftsleiter sagt, er sei zufrieden, und warum sollten wir Amerikaner nicht zufrieden sein? Und ebenfalls zufrieden mag der Volkswirtschaftler sein, der seinen Beitrag zu illustrieren wünscht, daß verhältnismäßig hohe Löhne nicht noinenbigerweise hohe Produktionsbedingen. Seine authentische Information sagt, daß die Seper in den Remporter Morgenzeitungen im Zeitlaun im Minimum 31 Dollars per Woche haben; die Seher der Kölner Zeitung verdienen im Allord 12,50 Dollars und darüber — nicht sehr viel darüber. Ein Maschinenseher an einer Remporter Zeitung wird viermal mehr leisten als ein Seher der Kölner Zeitung.“

Gompers über die Verhältnisse in Europa und Amerika.*)

Von Fritz Kummer.

II.

Der Beschrift, vergleicht. Um den Wert oder Unwert der Arbeiterbewegung des europäischen Kontinents, die Güte oder Schlechtigkeit der Arbeiterverhältnisse Europas für das amerikanische Substrat in verständlicher Weise darzustellen zu können, müssen sie an denen Amerikas gemessen werden. Die Arbeits- und Lebensbedingungen und die Gewerkschaftsbewegung zweier Länder, nein zweier Kontinente, verglichen, ist eine ungeheuer schwierige Aufgabe. Sie bedingt gründliche Kenntnis der wirtschaftlichen Faktoren, der politischen Mächte, der Sitten usw. und es eignen wie des fremden Willens, verlangt größtmögliche Vorurteilsfreiheit, dann besonders Ziele und Verständnis für das Eigene wie für das Neue und einen unbedingten Ehrang nach Wahrheit. Und mit alledem werden die Schwierigkeiten noch nicht ganz gelöst werden können, wenn nicht eine scharfe Auffassungsgabe und feines Unterscheidungsvermögen dabei sind.

Ein fremdes Land findet man gewöhnlich anders, als es Kunde oder Vorstellung gemalt. Aber das durch Lesart und mündlichen Bericht geschaffene Bild wird durch die Einwirkung der rauhen Wirklichkeit bald verwischt, korrigiert, lebenswahr gemacht. Dies wird um so leichter geschehen, je elastischer, aufnahmefähiger der Geist und je weniger das persönliche Interesse an der Erhaltung der vorgefaßten Ansicht beteiligt ist.

Kurz vor der Abreise Gompers' nach Europa wurde in New York in einer von Bürgerlichen Reuten und Unionsmitgliedern gebildeten Abschiedsversammlung betont, Gompers werde trachten, in Europa die Arbeiterorganisationen in die Bahn der (Harmonie-)Politik der Federation of Labor zu bringen. Daß es mit der Ausföhrung dieses Vorhabens einige Schwierigkeiten hat, wird Gompers wohl schon auf der Gewerkschaftskonferenz in Paris gemerkt haben. Daß die die Harmonie entscheidend verworfende Politik der europäischen Gewerkschaften total unproduktiv, jedenfalls rückständig sei und an die des Trade-Unionismus bei weitem nicht heranzureichen könne, stand und steht bei jenen Versammlungsteilnehmern fest. Und wenn sie von Haus aus noch nicht dieser Meinung gewesen wären, so hätten sie es von den führenden Unionsleuten und arbeiterfreundlichen sämungeneladen Bourgeois jederzeit hören können. Gompers insonderheit hat diese Meinung jahrgeschmelang mit aller Verbe vertreten. Wenn er nun nach Europa ging, so konnte er schließlich nichts anders tun, als eine mit ihm alt gewordene Ansicht beweisen; er durfte nichts anders finden als das, was er über ein halbes Menschenalter gepredigt hatte. Gatte er sich und seine Politik desoweniger sollen? Was Wunder, wenn er alle Neußerungen und Tatsachen sammelte, die ihm Erfolg bei der Widerlegung der Hoffenverhuten Politik des europäischen Proletariats, oder besser der Sozialdemokratie zu versprechen schienen; was Wunder, wenn er an ihren Errungenschaften mit halb oder ganz geschlossenen Augen vorüberging. Wer die geistige Bilanzlage Gompers' kennt, wird ihm gerne mildernde Umstände zubilligen und sein Buch mit Rücksicht lesen.

Daß Gompers die deutsche Gewerkschaftsbewegung lobt, wurde schon im vorigen Artikel gesagt. Sein wertvollstes Auge

*) Siehe „Vorwärts“ Nr. 135.

habe. Nun kann die „Vossische Zeitung“ mitteilen, daß das Komitee, das die vorige Woche versammelten Stahl- und Eiseninteressenten aus der ganzen Welt eingesetzt haben, um ihrem Weltbund eine Organisation zu geben, sich schon in der nächsten Woche in Brüssel versammeln wird. Die die Brüsseler Blätter melden, wird dann das Statut durchberaten und der Zweck der Vereinigung näher festgelegt werden. — Die Eile der Industriellen läßt auf große Pläne schließen. Sicher kommen die Stahlkönige eher zu einem Weltbund und zu einer Welt herrschaft als die Preußen zu einem anständigen Wahlrecht.

D w e i !

Der Skandal mit dem Einfuhrschneidwerk rebelliert immer weitere Kreise. Der deutsche Müllerbund, der bisher mit den Agrariern durch die dünn ging, ist jetzt aus einem Paulus ein Saulus geworden. Seitdem die Müller den Segen der Ausfuhrprämienpolitik am eigenenbeutel unangenehm verspüren, ist es mit ihrer Gläubigkeit zu der einzig selig machenden Schnapsblodpolitik vorbei. Kürzlich hielt der Bund in Albed eine Versammlung ab, in der nach einem Referat des Mittelstandsdozents Fritzsch Leipzig folgende Resolution beschlossen wurde:

Der Zustand einer Getreideausfuhrbegünstigung in einem Lande, das nicht eigenes Getreide genug erndet, widerspricht der gesunden Vernunft der Volkswirtschaft. Zudem sind mit dieser Ausfuhrvergütung schwere Schäden verknüpft. So sind z. B. große Mengen sogenannter Kleie zollfrei zur Einfuhr gelangt, die stark mehlig und aus inländischem Getreide hergestellt waren, die gegen Zollvergütung ausgeführt wurden. Wir liefern auf solche Weise dem Auslande billiges Getreide auf Reichskosten und setzen dadurch sowohl die ausländische Landwirtschaft, die Mälerei in den Stand, unserer einheimischen Produktion eine vernichtende Konkurrenz zu bereiten. Solange daher nicht die Zollvergütung bei Ausfuhr einheimischen Getreides verlagert wird, sollte zum mindesten verlangt werden, daß die für ausgeführtes Getreide erteilten Einfuhrscheine wiederum nur zur zollfreien Einfuhr der gleichartigen Getreideart benutzt werden können und ihre Gültigkeitsdauer auf einen Monat beschränkt werden. Um bei drohender Kriegsgefahr die Ernährung des Landes von Getreide zu ver sichern, ist zu verlangen, daß, sobald die Getreideausfuhr das berechnigte Maß überschreitet, die Regierung ein Ausfuhrverbot erläßt.

Nun werden die Wähler wohl finden, daß Dr. Fritzsch bedenklich zur Sozialdemokratie neige und die Müller dem Umsturz Schleppeidienste leisten.

Eine Pleite. Die Pianofortefabrik Carl H. Hinze ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Passiven sollen 1 1/2 Millionen Mark betragen; die Aktiven sind nach Meldungen in der Presse so gering, daß nach Zahlung der Mieten, Löhne usw. kaum noch etwas übrig bleibt.

Preußen als Großaktionär in der Rheinschiffahrt.

Das Ende des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikates wirft seine Schatten voraus. Neben den Streitpunkten zwischen „reinen“ Zechen und „gemischten“ Betrieben ist es die Frage: kommt der preussische Fiskus ins Syndikat, die alle Interessenten in Spannung hält. Die staatliche Kohlenförderung hatte von Jahr zu Jahr starke Steigerungen aufzuweisen; die fiskalischen Zechen sind neben den englischen Kohleneinfuhren das Rückgrat der Augen-seiter des rheinisch-westfälischen Kohlenyndikates. Vorteil hat die Gesamtheit allerdings von der DUISBURGERSTELLUNG des preussischen Staates nicht gehabt, es ist sogar schon passiert, daß die Fiskal-zechen mit der Kohlenpreissteigerung dem Syndikat vorausleiten.

Trotzdem ist es natürlich von Bedeutung, ob der Staat in ein neues Kohlenyndikat eintreten wird. Das preussische Dreiklassenhaus hat ihm das zu tun nahegelegt.

Bisher hatten die fiskalischen Gruben ihre Kohlen ab Zechen verkauft, den Transport, die Verladung und das Zu-Markte-bringen den Verkäufern überlassen. Vor zwei Monaten hat der Fiskus nun einen siebenjährigen Transportvertrag mit einer großen Rheinschiffahrtsgesellschaft abgeschlossen. Es handelt sich um die Rhein- und Seeschiffahrtsgesellschaft in Köln. Die Rheintransportinteressen des Kohlenyndikates sind im Kohlenkontor vereinigt. Das Syndikat hat mit dieser Waffe den rheinischen Partikulierschiffern arg zugeführt. Seine Wirkungen machen sich bis Holland, wo auch widerpenfste Konkurrenten des Kohlenyndikates sitzen, deutlich bemerkbar.

Die Rhein- und Seeschiffahrts-Aktiengesellschaft in Köln hat seit Jahren eifrig Fusionspolitik getrieben. Die Aktien der Mannheimer Lagerhausgesellschaft brachte sie 1909 in ihre Hände; die Folge war eine Betriebsgemeinschaft. Dann erwarb sie die Aktienmajorität der Badischen Dampfschiffahrtsgesellschaft. Die Aktienmehrheit der Badischen Aktiengesellschaft für Rheinschiffahrt und Seetransport und die der Rheinischen Schiffahrts-Aktiengesellschaft vormals Fendel befindet sich jetzt ebenfalls in ihrer Hand. Die völlige Fusion wird nicht lange mehr auf sich warten lassen.

Der preussische Fiskus hat sich gleich bei dem Abschluß des Vertrages die Hälfte und noch eine Aktie des Unternehmens gesichert. Das Unternehmen ist damit faktisch in die Hände des preussischen Staates übergegangen!

Gegenüber dem Kohlenyndikat und seinem Kohlenkontor erwacht damit auch auf dem großen Transportwege des Rheines ein beachtenswerter Konkurrent. Tritt der Staat nun einem neuen Kohlenyndikat bei, so ist die gesamte Kohlen-Rheinschiffahrt in einer Organisation vereinigt.

Die Partikulierschiffer des Rheines, denen der Staat durch das neu geschaffene Betrachtungskontor aus ihrer Not helfen wollte, sind durch den Uebergang der Rhein- und Seeschiffahrts-Gesellschaft in fiskalischen Besitz, ihrer größten Hoffnung, durch den Transport fiskalischer Kohlen ihre Lage aufzubessern, beraubt worden.

Die Angelegenheit verdient die aufmerksamste Beachtung.

Getreidepreise an deutschen Fruchtmarkten.

Seit März steigt der Weizenpreis an den deutschen Fruchtmarkten von Monat zu Monat. Im Juni 1911 stellte sich der Durchschnittspreis für Roggen auf 16,44 M. gegen 16,80 im Mai. Für die einzelnen Getreidearten ergibt sich folgende Bewegung der Preise:

	Juni 1910	Mai 1911	Juni 1911
Durchschnittspreis für 1 Doppelzentner in Mark			
Weizen . .	18,89	19,81	19,90
Spelz . .	18,29	21,98	22,07
Roggen . .	13,55	16,30	16,44
Gerste . .	13,61	16,36	16,05
Hafer . .	14,43	17,98	17,94

Demnach sind seit einem Jahre die Preise um 1 M. bei Weizen, 2,78 M. bei Spelz, 2,89 M. bei Roggen, 1,44 M. bei Gerste und 3,51 M. bei Hafer gestiegen.

Verfassungen.

Der Zentralverband der Handangestellten — Ortsgruppe Berlin — hielt am Donnerstag abend seine Quartalsversammlung in den Industrie-Festhallen, Beuthstraße, ab. Hr. Krndt und Hr.

D u c k e erstatteten Bericht über die Tätigkeit der Verwaltung im zweiten Quartal 1911. Das Bureau, Michaeisstraße 1, wurde lebhaft in Anspruch genommen und vielfach Rat und Auskunft verlangt und bereitwillig gewährt. In sieben Fällen wurden durch den Rechtschutz, auf den die Mitglieder Anspruch haben, rückständige Löhne von insgesamt 348,88 M. gewonnen, die ohne Hilfe des Verbandes verloren gegangen wären. Die Vertretung vor Gericht hatte regelmäßig Hr. D u c k e übernommen. In zwei Fällen wurden die Klagen abgewiesen. Häufig genützte auch die Vermittlung des Verbandes ohne die Anrufung der Gerichte, um Vergleiche zugunsten der Mädchen abzuschließen und die Zahlung des Lohnes oder die Herausgabe von zurückbehaltenen Sachen oder Papieren oder die Uenderung von ausgestellten ungünstigen Zeugnissen zu veranlassen. — Die Zahl der Mitglieder ist von 1065 im 1. Quartal auf 1179 gestiegen. Neu eingetreten sind 148, ausgeschieden sind 41 Mitglieder. Ueber den Stand der Kasse wurde berichtet: Die Einnahmen im 2. Quartal betragen 1487,15 M., die Ausgaben 1717,90 M. Der Bestand der Kasse am 1. Juli 1911 (einschließlich Bestand vom letzten Quartal) belief sich auf 3024,88 M. Es fanden in der Berichtszeit 7 Versammlungen und 4 Sitzungen der Ortsverwaltung statt.

Hr. Krndt berichtete über einen Erfolg in der Kostgeldfrage für die Diensthöten. Der Zentralverband hatte Ende April an den Polizeipräsidenten als zuständige Stelle das Ersuchen gerichtet, den bisher üblichen Kostgeldsatz für die Diensthöten zu erhöhen. Nur auf 1,25 M. pro Tag hatten die Diensthöten Anspruch, wenn sie unberechtigterweise plötzlich entlassen wurden oder wenn die Herrschaft auf Reisen ging oder bei anderen Gelegenheiten, wenn das Mädchen selbst für die tägliche Kost zu sorgen hatte. Der Zentralverband trat dafür ein, daß dieser niedrige Satz erhöht werde, weil er den herrschenden Lebensverhältnissen schon längst nicht mehr entspricht. Vom Polizeipräsidenten ist nun kürzlich ein günstiger Bescheid auf das eingereichte Gesuch eingegangen; der Kostgeldsatz wurde auf 1,60 M. erhöht (inkl. 30 Pf. für Wohnung).

Diese 1,60 M. pro Tag verteilt der Polizeipräsident wie folgt:

	Männl. Diensthöten	Weibl. Diensthöten
Für Morgenkaffee . . .	0,15 M.	0,15 M.
„ Frühstück . . .	0,20 „	0,20 „
„ Mittagessen . . .	0,55 „	0,40 „
„ Nachmittagskaffee . . .	0,15 „	0,15 „
„ Abendessen . . .	0,40 „	0,40 „
„ Wohnung . . .	0,80 „	0,80 „
	1,75 M.	1,60 M.

So klein diese Verbesserung ist, so begrüßten die Versammelten sie doch als einen Erfolg ihres Verbandes. Dagegen kritisierten sie abfällig, daß die weiblichen Diensthöten mit einem geringeren oder kleineren Mittagessen sich begnügen sollen als die männlichen. Ueberdies ist ein Mittagessen für 55 Pf. schon recht schmal bemessen. Hervorgehoben wurde besonders, daß es sich dabei nur um ein Minimum handeln könne und daß die Mädchen bei Vereinbarungen mit der Herrschaft nach höheren Sätzen für die Verköstigung streben müßten. Für gewerbliche Arbeiterinnen ist der Kostgeldsatz seit längerer Zeit schon auf 2,10 M. festgesetzt worden, für einzelne Branchen auch etwas höher, zum Beispiel für Schneiderinnen auf 2,20 M. pro Tag.

Arbeiter-Verein „Die Naturfreunde“. Wanderausflug am Sonntag, den 17. Juli: I. Groß-Löris-Dubron-Friedersdorf. Abf. Oberlitz Bahnhof 6,45 Uhr vorm. II. Oberberg-Parsteiner See-Röster Eboritz. Abf. Stettiner Fernbahnhof 6 Uhr vorm. III. Hesperis-See-See-Bernau. Abf. Stettiner Bahnhof 6,06 Uhr vorm. IV. Friedrichshagen-Eienitz-See-Strausberg. Abf. Salsfischer Bahnhof 6,33 vorm. V. Zegel-See-Hennsdorf. Treffpunkt: Zegel (Halstation der Straßenbahn) 2 Uhr nachm.

Briefkasten der Redaktion.

Görlitz. Des erfordern Sie wohl durch die Redaktion der „Gazeta Robotnicza“, Kattowitz D.-Eckl, Beutenstr. 46. — R. D. Schottländer u. Co., Hansvolgelpfad Nr. 8-9, haben den Verlag des „Confectionar“. — F. Funke. Wiederholen Sie Ihre Anfrage.

Monopol-Albatros

König Sieger im deutschen Rundflug
Laitsch Sieger im Sachsenflug
Eyring Preisträger in Kiel — Münster — Köln
Dortmund — Halberstadt

sind die

Lehrer unserer Pilotenschule

Der neue Unterrichts-Kursus

beginnt am 20. Juli 1911. Honorar M. 2500.— voraus zahlbar. Der Unterricht wird individuell auf unseren bewährten Albatros-Doppeldeckern erteilt. Anmeldungen bis 17. d. Mts. erbeten. Befähigte Schüler haben Chancen, schon in diesem Herbst an den reich dotierten Konkurrenzen teilnehmen zu können. Wir stellen hierfür eventuell unsere Maschinen zur Verfügung.

Luft-Verkehrs-Gesellschaft m. b. H.

Telegramme: Luftverkehr-Berlin

Berlin W 3, Unter den Linden — Bristol Hotel

Telephon: Berlin Amt I, 11878-79

Arbeiter-Bildungsschule.

Donnerstag, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

im Schullokal, Grenadierstraße 37.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes, des Lehrerkollegiums und der Revisoren. — 2. Besprechung des Herbstlehrplanes. — 3. Anträge. — 4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Beiträge müssen bezahlt werden.

6/11*

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin, Hauptbüro: Col I, Amt 3, 1239. Charitéstraße 2. Col III, Amt 3, 1987.

Sonntag, den 16. Juli, vormittags 9 1/2 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Versammlung der Maschinenbauer Groß-Berlins.

Tages-Ordnung:

Die stellen sich die Maschinenbauer Groß-Berlins zur Gründung einer eigenen Branche? Referent: Kollege Adolf Cohen. Kollegen! Sorgt für Pünktlichkeit dieser Versammlung.

11/18

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Sektion I (Handelsarbeiter).

Kollegen Hausdiener, Packer, Lagerarbeiter, Kutscher usw. aus den Glas-, Kurz-, Spielwaren-, Uhren-, Beleuchtungs-, Galanterie-, Lederwaren-, Sprechmaschinen-, Export-, Alabaster-, Emaille-Betrieben.

Donnerstag, den 13. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Ritterjule“, Ritterstr. 75:

Branchen-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Karl Winkeln über: „Direkte und indirekte Steuern.“ 2. Diskussion. 3. Wahl von 32 Delegierten zur örtlichen Generalversammlung.

Kollegen und Kolleginnen! In Anbetracht der wirklich außerordentlich wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden, zu erscheinen.

Mit kollegialem Gruß

Die Branchenleitung. J. N.: Paul Kohlschmidt.

Amt III, Berliner No. 3559
Humor-Quartett
Gg. Treuer Kastanienallee 40

Für Mitteilung

wer lassen will, vereinbare Zahlung von 200-500 M. Aufschrift erbeten unter J. N. 5647 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 98/12*

Kauf schnell billige Vorortvarseilen unter „Günstig“, Postamt 61.

Stoffe

Famentuche, Rammingarne, Cheviot, La Qualit., Nr. 2., 3., 4.-M. Tuchlager Gesellschaft m. b. H., Gertraudenstr. 20-21, vis-à-vis Petrifische.

Tijningssax! *Wird auf die gewöhnlich gewöhnliche Raucher, die Goldfarb nicht verstehen*

Gesundheitstobak
J. Goldfarb
Preuss. Stargard.
D.R.P. 2.10632

Health snuff tobacco.
Tabac à priser de santé.
Tobako do zżywania dla zdrowia.
Tabacco da naso alla salute.

Phänomen-Gold Feinste Cigarette — Ueberall zu haben

Steck. 2, 3, 4, 5 Pf.

Cigarette

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, den 13. Juli.
Anfang 7 Uhr.
Neues königliches Opernhaus.
Die Weiltänzer.
Anfang 8 Uhr.
Leffing. Sommerpul. (Anfang 8 Uhr 20 Min.)
Komische Oper. Der verbotene Kuck.
Neues Schauspielhaus. Die teufliche Susanne.
Neues. Der Rodelzigeuner.
Thalia. Polnische Wirtshaus.
Schiller. Charlotteburg. Der dunkle Punkt.
Ensemble-Theater. Die dritte Eskadron. (Anfang 8.20 Uhr.)
Kleines. Rameau in Riga. — Korallen.
Neue. Kasernenluft. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Trianon. Das Prinzen. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Neues Operetten. Eine Million. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Friedrich-Wilhelms-Schauspielhaus. Badines Entführung.
Mitrasol. Hobeit amüsiert sich!
Solis Caprice. Die letzte Nacht.
Drei Frauenhüte. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Apollo. Spezialitäten.
Passage. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haberland. Spezialitäten.
Prater. Die drei Orangen. (Anf. 7 1/2 Uhr.)
Volgt. Goldene Jugend.
Wood. Leute von heute. — Die Haubergeige. — Spezialitäten.
Kaiser-Panorama. II. Julius: Indien. — Wanderung auf Bornholm.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Helgoland im Wechsel der Zeit.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 Mark, von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Passage-Panoptikum.
Die Neger-Riesin
Abomah, die größte Frau, die je gelebt.
Alles ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Toni Thoms
Jim u. Jam
The Hevaldos Comp.
u. d. Varieté-Festspiel-Prgr.

Metropol-Theater.
Hobeit amüsiert sich!
Operette in 3 Akten von R. Freund.
Musik von Rudolf Reson.
Im Saale geleitet vom Dir. R. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTERGARTEN
Die zuseherlosen Attraktionen!
LA TORTAJADA.
Die 7 Korinnas, klassische Tänze.
Kaufmanns Lady cycle troupe.
De Dio.
Charles Barons Burleske-Menagerie.
Tschin Maes 8 heil. Chungusen und eine Kette
hervorragender Kunstkräfte!

Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter.
Filiale Berlin III für die Wäsche-, Krawatten- und Korsettbranche.
Sonnabend, den 15. Juli, im „Schweizergarten“, Am Königstor:
Großes Sommerfest.
Großes Konzert. × Theater. × Spezialitäten-Vorstellungen. × Gr. Sommernachtsball.
Kaffeekechen. Karussell. Schanckel. Fackelzug für kleine und große Kinder.
Einlaßkarten kosten 30 Pf. — Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
Billetts sind an der Kasse zu haben. Alle Genossen und Bekannte sind freundlichst eingeladen.
NB. Am Donnerstag, den 20. Juli, abends 8 Uhr, findet in der Brauerei Bötzw. Am Prenzlauer Tor, eine öffentliche Versammlung aller Arbeiter, Arbeiterinnen und Heimarbeitersinnen der Wäschebranche statt, um zu der Tarifkündigung Stellung zu nehmen.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Parisiana-Ensemble.
3 Frauenhüte.
Die letzte Nacht.
Ein Fenster zu vermieten.
Das Strumpfband.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 102.
Täglich: Anfang 8 1/2 Uhr.
Kasernenluft.
Auf der Gartendüne: Es gibt nur ein Berlin. — Große Revue.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72. Ecke Alexanderstr.
Tägl. im herrlichen Naturgarten:
Goldene Jugend.
Gesangs-Vorstellung in 1 Akt.
Mittw.: Pohleys Miniaturtheater.
Franz Meißner in f. barock. Charakter-Typen „Herr Wichtigt.“
Anf. 7 1/2 Uhr. Sonntag 8 1/2 Uhr.

Volksgarten-Theater
Donnerstag, den 13. Juli:
Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Lilly Maritzka. Ernst Liseok. Lac Roels Arlette und Esra.
Der artische Brunnen.
Großes Brillant-Feuervort.

Neue Welt
Amerikanischer Vergnügungs-Park
Heute Elitetag. Großes Parade-Gala-Feuervort. Smeclrape, einzig exist. Schweinedressurakt. Schwimmbad. Teufelsrad, Wasserrutschbahn, Gebirgsbahn, Liebesmühle, Cake walk u. a. Interessante Volksbelustigungen.
Täglich großes Promenadenkonzert und Spezialitäten-Vorstellung.
Eintritt 25 Pf.
Am 17. Juli: Sommerfest des Deutschen Bachbinder-Verbandes.

Von der Michaelbrücke an der Michailstr. über die Heu! Jeden Freitag: Große volkstümliche Extrafahrt mit Musik nach Hellenwint. Abfahrt 9 Uhr früh, 2 1/2 Uhr nach. Preis hin u. zurück 35, Kinder 20 Pf. Fern. Sonntag, Abf. 2 1/2 u. u. Waltersdorfer Schloss, ein. Fahrt nur 40 Pf. Montag, Abf. 9 1/2 Uhr, nach Waltersdorf und Haderdorf. Beederlei Zachow, Tel. Amt 7 Nr. 6965.

Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnenstraße 16.
8 1/2 Uhr: Auf vielfachen Wunsch!
Stadt und Land
ab.: Der Viehhändler aus Oberstorr.
Hollstädt mit Gef. in 4 Akt. v. Kaiser.
Vorher: Die vorzügliche Spezialität.
Anfang 6 Uhr.

Luna-Park
Sensationelle Attraktionen!
Johnstowns Untergang, Cairo, Lachhaus, Hippodrom-Lehmann, Tanagra-Theater, Teufelsrad, Moulin rouge, Gebirgsbahn, Wasserrutschbahn, Mon Plastr u. v. a.
Sonnabend, den 15. Juli:
Elitetag.
Pracht-Feuervort
Apotheose: Eva am Beck.
Feenhafte Parkbeleuchtung.

Volgt-Theater
Gejundbrunnen, Badstraße 58.
Deute sowie täglich:
Goldene Jugend.
Dr. Lebensbild in Gef. u. Lang i. 8 Akt.
Gänzlich neue erstklassige Spezialitäten.
Kasseneröffnung 2. Anfang 4 Uhr.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
(Neue Woche vor ihrer Zierreise).
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr.
Sonntag, 16. Juli: Erstes Gastspiel Colar Junghänel mit seiner berühmten Decegen-Gesellschaft.

Max Kliems Sommer-Theater
Rudolf Krüger, Goldenheide 13-15.
Täglich: Erstklassige Theater- und Spezialitäten-Vorstellungen.
Beliebtester Theatergarten, bei ungenügender Witterung Schutz bietend.
Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfest.
Donnerstag: Elitetag.

Schweizer-Garten
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater, Spezialitäten, Kinematograph.
Jeden Mittwoch:
Kinderfest.
Anf. wochentags 5. Sonnt. 4 Uhr.

Moabiter Wintergarten
Artus-Hof
Perleberger Str. 26, Stendaler Str. 18
Theat. Karl Pirnau.
Montag, Dienstag, Donnerstag
Volktag
Spezialitäten — Theaterkonzert.
Entree nur 10 Pf.
Konzert 8 Uhr. Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Sommerspielzeit Direktion Mack.
Täglich 8 Uhr:
Badines Entführung.
Roman Operette i. 3 Akt. v. Alb. Rod. Auf. d. Hl. de Cristoforo. Anf. 8 Uhr.

Apollo Theater
8 Uhr:
Die grandiosen Spezialitäten.
9 1/2 Uhr:
Ensemble-Gastspiel
Harry Walden
in
Sein Herzensjunge.
Bauweise mit Gef. u. Lang in 2 Akt. von H. Redhardt und R. Schanger. Musik von B. Kolto.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichshagen
Eis-Arena.
Geöffnet v. 10 Uhr vorm. In der heißen Jahreszeit angenehm kühler Aufenthalt. Allabendlich:
D. prunkvolle Eisballett
Montreal
Die Stadt auf Schlittschuhen.
Zahlreiche Kunstausproduktionen.
Exquisite Restauration bis 1 Uhr nachts.
Bis 7 Uhr u. von 10 1/2 Uhr abds.: halbe Kassenpreise.

Café Bellevue.
Kummelsburg am See.
Inh.: G. Tempel.
Jeden Sonntag:
Spezialitäten-Vorstellung u. Garten-Konzert.
Jeden Sonnabend und Donnerstag:
Soireen der Hoffmanns Sänger

Nibles Fest-Säle
Donnewitzstraße 13.
Schöner Naturgarten.
Jeden Donnerstag:
Canzkränzchen
bei freiem Zutritt. C. Nible.
Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Bernau. Donnerstag, den 13. d. M., Jahlabend in den Familien Kofalen. Es wird jedem Genossen zur dringenden Pflicht gemacht, dort zu erscheinen.

Berliner Nachrichten.

Zur Beachtung für alle Kommunalwähler!

Die Liste der Kommunalwähler wird in jedem Jahre neu aufgestellt und zur Prüfung ausgelegt. In jedem Jahre sollten auch alle Wahlberechtigten sich wirklich prüfen, denn nur so leicht können in einzelnen Wahlperioden unerwartete Ereignissen nötig werden. So hat z. B. das Jahr 1911 in wenigen Monaten und drei Wahlperioden zur Stadtverordnetenversammlung gebracht, weil der Tod unsere Genossen Voigt, Singer, Vorkmann weggerafft hatte. Doch in der Regel wird nur in denjenigen Jahren, wo allgemeine Stadtverordnetenwahlen zu vollziehen sind und ein Drittel aller Stadtverordnetenmandate wieder neu vergeben wird, von einer erheblichen Anzahl Wahlberechtigter die Listenprüfung vorgenommen. In neuerer Zeit hat allerdings in immer weiteren Kreisen der Wählerchaft die Erkenntnis sich Bahn gebrochen, daß die Wahlberechtigten sich heizigen um die Wählerliste zu kümmern haben, um sich zu vergewissern, ob sie darin verzeichnet sind. In den Jahren 1905, 1907, 1909, wo wir in Berlin allgemeine Stadtverordnetenwahlen hatten, wurde für 21 814, 56 074, 75 247 Personen die Gemeindegewählerliste kontrolliert. Die Mehrzahl ist ganz außerordentlich stark, aber wahrlich nicht in diesem Jahre, das uns im Herbst wieder allgemeine Stadtverordnetenwahlen bringt, die Ziffer sich noch weiter beträchtlich erhöhen.

Das Interesse für die neue Gemeindegewählerliste muß sich diesmal noch steigern im Hinblick auf die Neueinteilung der Kommunalwahlbezirke dritter Klasse, die bei den diesjährigen Wahlen in Kraft tritt. Diese hat die bisherigen Zusammenhänge der Wählerchaft größtenteils zerstört und ganz neue Zusammenhänge geschaffen, zahlreiche Stadtbezirke sind von ihren bisherigen Wahlbezirken losgerissen und mit Stadtbezirken angrenzender Wahlbezirke zusammengefaßt worden. Hierbei ist noch ein besonderer Umstand zu beachten, der allen Kommunalwählern aufs eindringlichste die Pflicht der Listenprüfung predigt. In der dritten Wählerklasse nimmt jeder Wahlbezirk nur alle sechs Jahre einmal an der Wahl teil, aber die Neueinteilung der Wahlbezirke nötigt für die Uebergangszeit zu einer Durchbrechung dieses Grundgesetzes. Eine nicht geringe Anzahl Stadtbezirke, die mit ihren bisherigen Wahlbezirken erst wieder nach zwei oder erst nach vier Jahren zu wählen gehabt hätten, sind durch die Neueinteilung an Wahlbezirke gelangt, mit denen sie schon in diesem Jahre wieder zu wählen haben. Ihnen stehen andere Stadtbezirke gegenüber, denen durch die Neueinteilung die Beteiligung an der Wahl um zwei oder vier Jahre hinausgeschoben wird, weil sie an Wahlbezirke gelangt sind, die um soviel später wählen. Solche Bevorzugungen oder Benachteiligungen einzelner Stadtbezirke und ihrer Wähler wären zu vermeiden gewesen, wenn für die dritte Wählerklasse — ebenso, wie das für die zweite und die erste Wählerklasse längst besteht — das ganze Stadtgebiet statt in 48 Wahlbezirke in nur 16 zerlegt wäre, deren jeder durch drei Stadtverordnete vertreten würde. Dann hätte alle zwei Jahre die gesamte Wählerchaft dritter Klasse in ihren sämtlichen 16 Bezirken zur Wahl zu schreiten, um von ihren 48 Stadtverordnetenmandaten das fällige Drittel neu zu vergeben. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben schon vor einer Reihe von Jahren für die dritte Klasse die Einteilung in nur 16 Wahlbezirke gefordert, weil von einer häufigeren, alle zwei Jahre wiederkehrenden Teilnahme an den Kommunalwahlen auch eine Belebung des Interesses an der Gemeindeverwaltung zu erwarten ist. Aber der Berliner Stadtfreistimm hält mit unentwegter Hartnäckigkeit an der Einteilung in 48 Wahlbezirke fest, bei der infolge der geringeren Größe der einzelnen Bezirke die Zusammenfassung der Wählerchaft in manchen Bezirken durch den Zufall zugunsten des Freistimm beeinflusst werden kann.

Die Gemeindegewähler dritter Klasse haben sich bis auf weiteres damit abzufinden, daß die Einteilung in 48 Wahlbezirke leider fort-dauert und mindestens bis zur nächsten Neueinteilung dem Freistimm erhalten bleibt. Aber der Umstand, daß infolge dieses widersinnigen Einteilungsverfahrens die jetzige Neueinteilung der Wahlbezirke vielen Wählern die schon oben erwähnte Verschlebung des Wahljahres bringt, muß diesmal mehr als je es allen Wählern zur Pflicht machen, sich um die neue Wählerliste zu kümmern. Wer nicht in der Liste steht und die nachträgliche Aufnahme nicht rechtzeitig beantragt (bis spätestens 30. Juli), der darf nicht mitwählen. Die Liste liegt aus vom 15. Juli bis einschließlich 30. Juli, wochentags von 3—8 Uhr, Sonntags von 10—4 Uhr. Die Auslagenstellen sind im „Vorwärts“ bekanntgegeben worden.

Die südliche Umgehungsbahn, die über Rickendorf (an der Eisenbahnlinie Berlin-Büsten) nach Rehfelde (an der Ostbahn) geplant war, soll in ihrer Linienführung geändert und erheblich abgeändert werden. Es war für diese Strecke bereits ein Teilbetrag von 26 Millionen Mark bewilligt worden. In dem soeben veröffentlichten Eisenbahn-Anleihe-Gesetz vom 30. v. M. wird nun die Staatsregierung ermächtigt, diese Summe zum Bau einer Hauptstammbahn von Rickendorf nach Biesdorf (Stadtbahnstation vor Kaulsdorf) zu verwenden. Es wird dies wie folgt begründet: Bei der genaueren Bearbeitung der genehmigten südlichen Umgehungsbahn von Rickendorf nach Rehfelde habe sich gezeigt, daß es im Betriebs- und Verkehrsinteresse sehr erwünscht sei, diese Bahn in ihrem östlichen Verlauf näher an Berlin heranzuführen und nicht in Rehfelde, sondern in Biesdorf an die Ostbahn anzuschließen. Die Bahn werde dadurch um 20 Kilometer kürzer. Die Veranschlagung an die Stadt erfordere zwar erheblich höhere Grunderwerbskosten, aber die Abführung führe Ersparnisse an Ausführungskosten mit sich, so daß die ursprüngliche Anschlagssumme von 53 620 000 M. auch für die neue Linienführung ausreichen werde. Von Rickendorf bis Blankenfelde (südlich Mahlow, an der Pottsdamer Vorortbahn) wird die alte Trasse beibehalten, hier zweigt die neue Linie von der ursprünglich geplanten nach Nordosten ab, wobei sie die umfangreichen Gleisanlagen der Station Niederschöneweide-Johannisthal kreuzt. Die 20 Millionen Mark sollen nun zur Bauausführung der letztgenannten Strecke Blankenfelde-Biesdorf verwendet werden.

Mit der Verbreiterung der Bürgersteige im Engpaß der Friedrichstraße ist jetzt begonnen worden und zwar zunächst zwischen Dorotheen- und Mittelstraße. Auf beiden Seiten ist hier der Bürgersteig durch je zwei starke, an der Außenseite mit Eisen beschlagene Planken verbreitert worden, die an den Enden abgeschragt sind, um den Fahrwerken beim Umfahren keine Hindernisse zu bereiten. Dem Jahrdamm ist auf diese Weise rechts und links ein Streifen von schätzungsweise je zwanzig Zentimeter abgenommen worden.

Unter Hinterlassung einer bedeutenden Schuldenlast ist der Inhaber der Steglitzer Baufirma Paul Jeske u. Co. verschwunden. J. war u. a. auch Eigentümer des Hauses Hallesstr. 45 zu Südende, wo er und seine Frau wohnten. In der Nacht zum Sonntag verließ das Ehepaar seine Wohnung unter Mitnahme der meisten Möbelstücke; dem Portier sagte Jeske, er ziehe aus, wisse aber noch nicht, wohin er sich begeben werde. Am Tage darauf meldeten sich eine Reihe von Gläubigern, meist Lieferanten für Bauten, die J. für eigene Rechnung ausgeführt hatte. Nach Mitteilungen beträgt die Schuldenlast etwa 150 000 M. Die Gläubiger des J. haben den Verzicht gefordert, die Staatsanwaltschaft zu ersuchen, gegen Jeske einen Haftbefehl zu erlassen. Sie behaupten, daß der Verschwindende sich eines Betruges dadurch schuldig gemacht habe, indem er Mietern, die verpfändet und bereits gebietet waren, einlassierte und für sich verwandte.

Zu dem Kindesmord der Schutzmannsfrau, über den wir berichtet haben, wird uns noch folgendes gemeldet: Die 24 Jahre alte, aus Pst. i. Dstpr. gebürtige Frau Ella Hüner geb. Schult ist erst seit zwei Jahren verheiratet. Sie befand sich seit einigen Monaten in anderen Umständen und trug seit dieser Zeit ein aufgeregtes Wesen zur Schau. Den Kord an ihrem einzigen 1 1/2 Jahre alten Kinde hat die Frau zweifellos mit Vorbedacht ausgeführt und zwar in der Zeit von 1 bis 2 Uhr nachmittags. Auf einem hinterlassenen Zettel gab sie ihre Absicht kund, sich gleichfalls das Leben zu nehmen. Am Abend gegen 6 Uhr verließ sie ihre Wohnung und erludte ihren Mann telefonisch, recht bald nach Hause kommen zu wollen. Seitdem ist sie verschwunden. Sie hat sich etwa 60 M. Bargeld eingestekt.

Wie aus einer uns Mittwochnacht noch zugegangenen Meldung hervorgeht, verfuhr die Frau ihren Plan, sich selbst das Leben zu nehmen, auch auszuführen. Nachdem sie die ganze Nacht hindurch planlos umhergeirrt war, begab sie sich gestern vormittag nach dem Grunewald. Sie hatte sich ein scharfes Messer besorgt und schnitt sich die Pulsadern auf. Die Tat wurde aber von Ausflüglern bemerkt, die sofort hinzueilten und sich der Lebensmühen annahmen. Man schaffte die Schwerverletzte nach dem Kreisstranckenhause Groß-Lichterfelde, wo sie Aufnahme fand.

Die Automobilisierung der Berliner Feuerwehr. Der Autoparl der Berliner Feuerwehr ist im letzten Jahre, wie aus dem soeben erschienenen Jahresbericht über die Verwaltung der Feuerwehr Berlin hervorgeht, um vierzehn Fahrzeuge vermehrt worden und besteht gegenwärtig aus 88 Automobilen. Es sind vorhanden sechs elektrisch betriebene Löschzüge zu je vier Fahrzeugen, neun Benzinmotorfahrzeugen, zwei Benzinmotorabwäger für den Branddirektor, ein Benzinmotorwagen mit Mundblaspumpe, ein Benzinmotorgerätemotorwagen und ein elektrisch betriebener Leuchtswagen. Der Pferdepark besteht zurzeit nur noch aus 118 Pferden; er würde, wenn Kraftfahrzeuge nicht zur Einführung gelangt wären, 174 betragen.

Durch Erschießen hat gestern die 26 jährige Frau J. im Schlafzimmer ihrer in der Königgräzerstr. 65 belegenen Wohnung ihrem Leben ein Ende gemacht. Als das Stubenmädchen gegen 9 Uhr abends von dem Ausgange zurückkehrte, fand sie ihre Herrin auf dem Sofa liegend, durch einen Schuß in die rechte Schläfe getötet, tot vor. Der Grund, warum Frau J. in den Tod gegangen ist, konnte noch nicht aufgeklärt werden.

Aus der Praxis eines Arztes

macht ein Arbeiter St. und Mitteilungen, die wir zu Ruh und Frommen unserer Leser weitergeben wollen.

St. S. Gattin hatte auf Empfehlung einer Masserin Frau Froede, die damals in der Dredener Straße wohnte und inzwischen nach der Wohlthaten verziehen ist, den ihr bis dahin unbekannt gewordenen Arzt Dr. Georg Joachim, Neue Winterfeldstr. 26, konsultiert. Dr. Joachim stellte fest, daß Frau St. schwanger im dritten Monat war. Der Herr Doktor belehrte sie, daß sie nicht fähig sei, das Kind auszutragen, und ihrem Mann sagte er, daß geradezu Lebensgefahr vorliege. Infolgedessen kam das Ehepaar mit dem Arzt überein, daß bei Frau St. ein Eingriff vorgenommen werden müsse.

Als Honorar hierfür vereinbarte Dr. Joachim mit St. den Betrag von 200 M.; für die Konsultation hatte er von der Frau 20 M. genommen, wobei diese die Abmachungen so aufsaßte, daß die 20 M. später in das Gesamthonorar eingerechnet werden sollten. Den Preis von 200 M. St. unangenehm hoch. Vor der Honorarzahlung hatte er dem Arzt auf Verlangen angegeben, daß er 36 M. Wochenverdienst habe. „Ja, unter 200 M. werde ich“, erklärte ihm Dr. Joachim, „es nicht machen können; ich nehme sonst bedeutend mehr“. St. mußte das also noch als ein besonderes Entgegenkommen hinnehmen, aber er hatte doch die Empfindung, daß dem Herrn Doktor wohl die rechte Vorstellung des Begriffs „36 M. Wochenverdienst“ fehlte. Andererseits hatte auch St. kein Verständnis dafür, welchen Preis für derartige Hilfeleistungen ein gewöhnlicher Arzt — denn Dr. Joachim ist ja nicht Spezialist für solche Eingriffe — von einem Arbeiter zu fordern pflegt. Von den 200 M. sollten 100 M. im voraus bezahlt und 100 M. später in Raten von 20 M. abgezahlt werden. Ehe Dr. Joachim in seinem Sprechzimmer den Eingriff vornahm, kam er zu der im Wartezimmer stehenden Frau St. und fragte: „Haben Sie das Geld mitgebracht?“ „Ja ja“, sagte er, als sie bejahte, „es ist besser, wenn wir das hier abmachen, dann brauchen Sie's nachher nicht.“ Er nahm seine ersten 100 M. und schrieb auf ein Rezeptformular folgende Mitteilung: „100 M. a Konto von Herrn St. empfangen. Rest 100. Dr. G. Joachim.“

In den 200 M. sollte, so hatte St. ihn verstanden, auch die Vergütung für Assistenz usw. und das Honorar für Nachbesuche eingegriffen sein. Assistenz säheuen zu haben ein zweiter Arzt sowie ein Heilgehilfe und eine Hebamme, doch kann Frau St., da sie narlosifiziert wurde, über die Art der Mitwirkung keine bestimmten Angaben machen. Der Heilgehilfe, der übrigens der Gatte jener Frau Froede ist, hatte Frau St. auch aus ihrer Wohnung abgeholt und brachte sie wieder dorthin zurück, als sie nach einer Ruhepause von einigen Stunden die Wohnung des Arztes verließ. Die Droschkenfahrten wurden, versteht sich, von Frau St. selber bezahlt. Dieser Heilgehilfe Froede kam etwa 14 Tage später zu St., um für eigene Vermählungen noch 15 M. zu fordern. St. lehnte die Zahlung ab, weil ihm das ein bißchen viel für die geleistete Hilfe vorkam und er diese auch schon mit den 200 M. abgegolten zu haben glaubte. Im Hinblick auf die Kosten hatte St. auch den Vorschlag des Arztes abgelehnt, Frau St. nach Ausführung jenes Eingriffes noch auf einige Zeit in die Pflege der Frau Froede zu geben. Diese Frau Froede nimmt zuweilen Frauen bei sich auf, die von Dr. Joachim operiert worden sind.

Die Abzahlung der zweiten 100 M. ging nun nicht mit der gewünschten Promptheit vorstatten, so daß Dr. Joachim in eine Herabsetzung der Raten auf je 10 M. willigen mußte. Als danach die zweite Rate nicht pünktlich gezahlt wurde, klagte der Herr Doktor auf sofortige Zahlung des ganzen Restes von noch 90 M. In der Klageschrift fanden St. und seine Gattin zu ihrer großen Überraschung die Angabe, daß Kläger die Ehefrau „operativ“ behandelt habe und ihm hierfür laut Vereinbarung der Betrag von 100 M. gezahlt werden sollte. Wohlgehehrt: 100 M. nicht etwa 200 M.! Daß 200 M. vereinbart und hieron 100 M. schon gezahlt waren, steht — gemäß infolge eines Verlesens — nirgends in der Klageschrift. Diese ist uns zur Einsichtnahme vorgelegt worden, ebenso wie die oben erwähnte Mitteilung Dr. Joachim's, wonach „100 M. a Konto“ empfangen waren und „Rest 100“ verblieb. Die Tatsache, daß Dr. Joachim 200 M. vereinbart hatte, wurde vor Gericht nicht zur Sprache gebracht. St. ging nämlich vor Eintritt in die Verhandlung auf einen privaten Vergleichsantrag ein, den der Rechtsbeistand Dr. Joachim's ihm gemacht hatte. Unter Einrechnung von 20 Mark für die Konsultation

wurde das Gesamthonorar auf 200 Mark festgesetzt, und St. verpflichtete sich zur Abzahlung in Raten sowie zur Uebernahme von 8 Mark Kosten.

Er ist durch Inanspruchnahme der Hilfe des Dr. Joachim um 208 Mark ärmer geworden — und um eine Erfahrung reicher.

Das Opfer eines Hitzschlages scheint ein Mann geworden zu sein, der gestern abend an der Veermännischen Fabrik vor dem Schließlichen Tore tot aufgefunden wurde. Die Unbekannte ist etwa 1,70 Meter groß. Er hat eine mittlere Gestalt, eine hohe Stirn, ein rundes Kinn und einen dunkelbraunen Wollbart und trug eine blau gestreifte Bluse, ein braunes Jackett, eine blaue Weste, eine gestreifte graue Hose, ein Bartenthemd, graue wollene Strümpfe und schwarze Schnürstiefel. Die Leiche wurde nach der Halle in Treptow gebracht.

Selbstmord eines Studenten. Gestern früh um 1/8 Uhr wurde gegenüber dem Restaurant „Krumme Lanke“ dicht am Wasser die Leiche eines jungen Mannes an einem Baum hängend aufgefunden. Es handelt sich um den etwa 20jährigen stud. ing. Gerhard Müller aus Posen, der vor kurzem in Berlin sein Examen bestand hatte. Was den jungen Menschen in den Tod getrieben hat, ist noch nicht festgestellt.

Mit einer Schußwunde im Kopf wurde gestern morgen gegen 5 Uhr in einer Allee im Tiergarten ein etwa 25 Jahre alter Mann von einem Schutzmann aufgefunden. Der Beamte schaffte den Schwerverletzten nach der Charité, wo er aber bald darauf an den Folgen der Schußverletzung starb. Die Personalien des Toten sind noch nicht bekannt. In seinen Taschen fand man eine Aufzeichnung mit dem Namen Albert Kretschmar.

Die Sperrung des alten Berliner wohlbekanntesten Mühlenweges im Gebiet des Gutsbezirks Tegel durch die Schloßherrin Frau v. Feinz, geborene v. Wilow, beschäftigte das Oberverwaltungsgericht. Dieser Weg ist seit unendlichen Zeiten von den Bewohnern von Heiligensee und von Berliner Ausflüglern benutzt worden. Wurde er auch in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts durch einen Schlagbaum gegen größere Fuhrwerke abgeperrt, so hörte doch der Postantenverkehr nicht auf. Fußgänger und Radfahrer benutzten ihn nach wie vor, bis im Jahre 1906, was damals viel böses Blut machte, eine weitergehende Sperrung vorgenommen wurde, die darauf berechnet ist, sein Betreten Fußgängern unmöglich zu machen.

Der Amtsvorsteher von Tegel hat nun vor einiger Zeit an Frau v. Feinz eine Verfügung erlassen, worin er ihr aufgibt, die Sperrung auszuheben und den Fußgängerverkehr zu dulden, weil es ein öffentlicher Weg sei. Frau v. Feinz forcht die Verfügung durch die Klage an. Der Bezirksausschuß als zweite Instanz erkannte zugunsten der Klägerin und hob die Verfügung des Amtsvorstehers auf. Jetzt hat nun das Oberverwaltungsgericht die Entscheidung des Bezirksausschusses bestätigt. Es führte aus: Allerdings spreche vieles dafür, daß der Weg ein öffentlicher Weg gewesen sei. Ebensoviel spreche aber dagegen. Bei dieser Sachlage könne nicht als nachgewiesen gelten, daß der Weg ein öffentlicher sei. Deshalb sei die Verfügung des Amtsvorstehers verfehlt. Er hätte sie nur erlassen dürfen, wenn der Weg ein öffentlicher wäre.

Das Opfer einer Gasvergiftung ist in der gestrigen Nacht das 17 Jahre alte Dienstmädchen Frida Schrape geworden, das bei dem Kaufmann Müller in der Jahnstr. 12 in Stellung war. Als Müller abends zuvor zur Ruhe ging, schloß er selbst den Hauptbahn der Gasleitung ab. In früher Morgenstunde bekam nun seine Frau das Bedürfnis, sich Wasser warm zu machen, und drehte den Hauptbahn auf, um den Gaslocher anzuschauen. Seitdem blieb der Hauptbahn auf, weil man annahm, daß alle Lebensadern geschlossen seien. Wie sich später ergab, war das nicht der Fall. Frida Schrape hatte den Bahn in ihrer Kammer offen gelassen und läßt ihre Unvorsichtigkeit mit dem Tode. Als man sich morgens nach ihr umjah, fand man sie in der mit Gas angefüllten Kammer regungslos im Bette liegen. Ein Arzt und Samariter der Feuerwehr bemühten sich längere Zeit, sie in das Leben zurückzurufen, aber alle Versuche blieben erfolglos.

Als Leiche gefandet wurde am Dienstagmorgen der 8 Jahre alte Schulknabe Stanislaus Sklowski aus der Reffelstraße Nr. 26. Am Sonnabend spielte er mit mehreren Altersgenossen und fiel im Eifer des Spiels in den Kanal. Ein Arbeiter zog am Dienstag die Leiche des Kleinen aus dem Wasser. — Die Leiche des am Sonntag im Müggelsee ertrunkenen Schneiders Alfred Feig ist am Mittwoch nachmittag bei Rahndorf gefandet worden.

Die selbige Unfälle, Dörferte und andere Abfälle achlos auf die Straße zu werfen, hat er Greifin das Leben gekostet. Als die 89 alte Almosenspendfängerin Witwe Johanne Höpfer geb. Badegas aus der Putbusser Str. 54/55 am Donnerstag voriger Woche mittags durch die Demminer Straße ging, trat sie so unglücklich auf eine hingeworfene Wurfbaut, daß sie ausglitt, hinfiel und sich eine schwere Schädelverletzung und einen Schenkelhalsbruch zuzog. Die Greifin wurde nach dem Lazarusstranckenhause gebracht. Dort ist sie jetzt an einer Gehirnblutung gestorben.

Der Selbstmord eines Schwindlers wird vom Schließlichen Bahnhof gemeldet. Ein 45 Jahre alter wohnungsloser Arbeiter Otto Kunge trieb seit einem halben Jahre Schwindel mit Arbeitsvermittlung. Er trat in der Maske eines Beauftragten des Vereins Volkswohl in der Linfststraße Nr. 13 auf, versprach allen Leuten, die er für geeignet hielt, Stellung und nahm ihnen auf gefälschte Quittungen bis fünf Mark Gehältern ab. Schon einmal wegen dieses Schwindels bestraft, nahm er ihn sofort wieder auf. Jetzt sollte er wieder fünf Monate verbüßen. Statt dessen nahm er vorgestern abend in einem entlegenen Raume auf dem Schließlichen Bahnhof Gift und war schon tot als man ihn auffand.

Vorort-Nachrichten.

Weißensee.

Das projektierte Ledigenheim wurde in der letzten Gemeindevorstellung nach einer langen Debatte erledigt. Das „Weißenseer Tageblatt“ hatte noch in seiner Sonntagsnummer durch einen Leitartikel das Projekt zu Halle bringen wollen, doch es hatte die Druckschwärze vergebens aufgefunden. Der Vorsitzende des Grundbesitzervereins 1884, Herr König, schloß bei der Beratung, er ahnte wohl, daß bei dieser Gelegenheit auch mit ihm abgerechnet werden würde. Nur die alte Fraktion erklärte sich als strenger Gegner des Projektes und ihr Redner, Herr Fechner, wandte seine ganze Lungenkraft an, die Hausbesitzer vor solchem „Selbstmord“ zu schützen. Während sonst in den Mietsverträgen die Schlafzürchen sehr schlecht wegkommen, wurden dieselben bei dieser Beratung in den Himmel gehoben. Herr Alex erklärte, daß er in seinem Hause in der Ledigerstraße 24 Mieter habe, die alle einen oder zwei Schlafzürchen besitzen; durch den Bau eines Ledigenheims würden nicht nur seine Mieter, sondern auch er selbst geschädigt; denn die Mieter würden wieder sein Haus verlassen. Das waren die Argumente der alten Fraktionsmitglieder. Der eine hatte ein ganzes Jahr lang eine Bierzimmerwohnung leer stehen, eine zweite sei ihm gekündigt. Wenn er keinen Mieter beläme, der wieder vermieten könne, dann müßte er zu Grunde gehen. So verteidigten bürgerliche Gemeindevorsteher vor den Toren Berlins ihre Interessen; sie witterten Verrat, wenn dem Allgemeininteresse dienende soziale Einrichtungen getroffen werden sollen. Genosse Fuhrmann rechnete dem

auch in ausführlicher und gründlicher Weise mit den Herren ab und geistete vor allem das Verhalten der Herren in den Kommissionsitzungen bei Besprechung des Ledigenheims. Anstatt doch ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen, hätten es die Herren vorgezogen zu kneifen. Insbesondere habe der Vorsitzende der alten Fraktion, Herr König, bei solchen Gelegenheiten ganz ostentativ die Sitzung verlassen. Versichert ließ unser Redner auch nicht das Organ der Grundbesitzer G. m. b. H., das den bürgerlichen Wählern aussteht, zwei sozialdemokratische Mitglieder der Kommission hätten das Projekt angenommen, um es der Gemeindevertretung vorzulegen; das Blatt habe aber versprochen, daß drei Mitglieder der alten Fraktion ausgeschieden seien. Herr Fechner betonte, man soll doch für die Dummheiten des Vorsitzenden nicht den ganzen Verein und die Fraktion verantwortlich machen. Er wüßte sich schon lange an dessen Stelle eine andere Person. Der Sprecher der neuen Fraktion, Herr Rones, zeigte in längerer Rede großes Verständnis für das soziale Werk, gestützt auf Zahlenmaterial zeigte er, daß eine Schädigung des Hausbesitzers garnicht eintreten könne. Nach circa vierstündiger Debatte wurde der Bau eines Ledigenheims in namentlicher Abstimmung gegen fünf Stimmen (alte Fraktion) angenommen. Das Gebäude erhält seinen Platz in der Viktorius-Ecke der Neuen Schulstraße. Die Front in der Viktoriusstraße bezieht die Ostkrankeklasse, das eigentliche Ledigenheim liegt in der Schulstraße. Im ersten Geschos werden 16 Zimmer mit einem Bett für Frauen eingerichtet, im zweiten und dritten Geschos 15 Zimmer mit einem Bett und 2 Zimmer mit zwei Betten für Männer. Der Eingang ist für beide Geschlechter getrennt. Im Parterregeschos sind Restaurationsräume und die Portierwohnung untergebracht. Die Kosten des Gebäudes inkl. Grundstück belaufen sich auf 210 000 Mark. Die Rentabilität ist gesichert; außerdem hat der Bürgermeister aus privaten Sammlungen 10 000 Mark zur Verfügung gestellt, um ein eventuelles Defizit zu decken, so daß Gemeindemittel durchaus nicht beansprucht werden. Im Anschluß hieran wurde dann mit der Ostkrankeklasse ein Mietvertrag auf 15 Jahre geschlossen.

Charlottenburg.

Wegen eines größeren Kellerbrandes wurde gestern vormittag die Charlottenburger Feuerwehr nach der Kantstraße 81 alarmiert. Dort war gegen 10 Uhr in einem Erdkeller von Gebrüder Manns Feuer ausgebrochen. Beim Durchleuchten mit einem Licht war die Petroleumlampe umgefallen worden und dann explodiert. Die Mannen griffen so schnell um sich, daß der Hausdiener und ein Bekannter sich nur mit Mühe durch einige Rauch in Sicherheit bringen konnten. Als die Feuerwehr an der Brandstelle ankam, war der Keller und die darüber liegenden Räume schon total verqualmt. Leider erkrankte ein Feuerwehrmann so schwer, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte. Um 11 Uhr war die Gefahr für die Drogerie und die Hausbewohner beseitigt.

Ein weiblicher Eindrehler wurde vorgestern in der Person einer Frau Jung im Hause Kantstraße 114 festgenommen. Die 3. hatte in der Nacht eine in dem Hause im dritten Stockwerk belegene Wohnung gewaltsam geöffnet und war in das Zimmer eines Schlafburschen gedrungen. Auf die von diesem ausgestoßenen Pückerie entflohen sie und verborg sich auf dem Boden, wo man sie später vorfand. In ihren Taschen fand man ein ganzes Bündel von Dietrichen und Eindrehwerkzeugen.

Eternverein für freie Erziehung. Sonntag, den 16. Juli, findet ein Familienausflug nach Wickelswerder statt. Treffpunkt vormittags 10 Uhr pünktlich auf dem Reichsfanzlerplatz, für Radfahrer zur Kassepause beim Alten Freund.

Ober-Schönheide.

Freizeitspiele im Walde. Wie alljährlich finden auch in diesem Jahre an den Sonntagen, Dienstagen und Donnerstagen jeder Woche unter Leitung von mehreren Frauen die Freizeitspiele im Walde statt. Hierzu treffen sich die Kinder um 3 Uhr am Marktplatz in der Edisonstraße und an der evangelischen Kirche (Friedenstraße), um dann gemeinsam zum Spielen zu gehen. Die Spielzeit ist von 3-7 Uhr festgesetzt. Die Eltern werden ersucht, ihre Kinder recht zahlreich mitzubringen zu lassen. Erster Spieltag heute Donnerstag, den 15. Juli.

Hersdorf.

In der Generalversammlung des Wahlvereins wurde der gesamte Vorstand neu gewählt. Als 1. Vorsitzender fungiert fortan Wilhelm Rosenberger, als 2. Paul Wienege, als Kassierer Fritz Dießing und als Schriftführer Wilhelm Wienege. Revisoren sind Lohme, Berg und Hertz. Mitglieder der Lokalkommission Fritz Wienege, Deime und Helig. Agitationsleiter ist Fritz Gehner und Bezirksführer für Gabelow Ernst Wfe.

Nieder-Schönhausen.

Auf Beschwerde des Dr. Dosquet-Konasse war an den Gastwirt Landa, der auf einem Nachbargrundstück ein Restaurant mit Saalgeschloß hat, seinerzeit eine polizeiliche Verfügung ergangen, durch die im Interesse des Krankenhausbetriebes des Nachbarn verschiedene Auflagen gemacht wurden. Namentlich sollten eine Anzahl Fenster und eine Tür zugemauert werden. Auf Beschwerde wurde die Verfügung etwas abgeändert, indem nur noch die Zuminierung einiger Fenster und mehrere schalldämpfende Einrichtungen gefordert wurden. Der Landrat betonte, daß die Verfügung im allgemeinen gesundheitslichen Interesse der in dem Krankenhaus des Dr. Dosquet untergebrachten Kranken erlassen sei. Ein Krankenhaus müsse gegen äußere Störungen, wie sie der Schall von Tanzmusik u. a. seien, auf das Entschiedenste geschützt werden. Aufschlagend sei § 10 Teil 2 Titel 17 des Allgemeinen Landrechts. Wenn auch ein kleiner Saal schon längere Zeit bestanden hätte, so komme doch in Betracht, daß der größere Saal erst nach Errichtung der Krankenanstalt errichtet sei.

Auf weitere Beschwerde entschied der Regierungspräsident: Die Beschwerde werde insoweit zurückgewiesen, als die Forderung zur Herstellung schalldämpfender Einrichtungen gegen das Überdringen der Tanzmusik nach der Dosquet'schen Privatsanktenanstalt berechtigt ist. Behufs Erreichung dieses Zweckes will ich jedoch nachlassen, daß von dem Zuminieren der Fenster zunächst versuchsweise Abstand genommen wird. Es müssen jedoch als Ersatz außerhalb der Fenster vor diesen Vorhänge aus schalldämpfenden Frieseffekten oder Doppelstufen angebracht werden und den beiden Ausgangstüren an ihren Oberteilen innen gleiche Vorhänge vorgehängt werden. Auch müssen diese Fenster und Türen während der Tanzmusik geschlossen gehalten werden. Von einer Verkürzung der Polizeistunde wird bis auf weiteres Abstand genommen.

Das Oberverwaltungsgericht erkannte auf die nunmehr von Landa erhobene und von Justizrat Dr. Schöps vertretene Klage nach einer Beweiserhebung dahin, daß die Verfügung auch noch so weit, wie es der Regierungspräsident noch nicht getan habe, außer Kraft zu setzen sei. Auf Grund des § 10 Teil 2 Titel 17 dürfen auch Anforderungen mit Bezug auf sanzionierte Schallstufen gestellt werden. Natürlich müßten sie sich im dem Rahmen des genannten Paragraphen halten, d. h. sie müßten ergeben, um einer nahe liegenden Gefahr, hier der einer Gesundheitsgefährdung, vorzubeugen. Die Frage sei die, ob die Geräusche, die zu den Kranken drängen, gesundheitschädlich seien. Nach dem Ergebnis der Beweiserhebung müßte das vorliegende verneint werden, da die Jungen besunden hätten, daß es nicht so schlimm sei.

Bernau.

Die letzte Stadtratsversammlung stimmte der Magistratsvorlage betreffend die Glasbedeckung der Veranda des Kleinplatz-Restaurants zu. Für die Herstellung der Eisenkonstruktion wurde von der Firma Goffen 1150 M. für die Verglasung vom Glaser-

meister Schulse 610,60 M. gefordert. Beiden Firmen wurde der Zuschlag erteilt. Die Kosten des Mümannschen Fingerringes, welches die Stadt zur Regenerierung des Lohmühlensweges benötigt, hatten für dasselbe 20 000 M. gefordert. Die Versammlung verwies aber die Vorlage zur nochmaligen Verhandlung und Erzielung eines niedrigeren Kaufpreises an den Magistrat zurück. Der von dem Unternehmer John mit der Weinbergstraße parallel laufenden neu angelegten Straße wurde der Name Eismarktstraße gegeben. Die Versammlung erklärte sich mit der Weiterführung der in der Kaiserstraße gelegenen Pflanzanlage für unbedenklich, weil die Geisteskräfte, durch die jetzige Besitzerin einverstanden.

Notwendes.

Schwarze Listen zum Schutz gegen faule Mietzahler will der Hausbesitzerverein einführen, und zwar nach dem Muster der vom Verein für Handel und Gewerbe geführten Listen. Die Notwendigkeit wurde in der letzten Sitzung des Vereins damit begründet, daß die Hauswirte durch Mieter, die Armenunterstützung beziehen, und sogenannte böswillige Zahler oder Nichtzahler empfindlich geschädigt werden und daher eines Abwehrmittels bedürfen. Die Listen, die vom Vorstand aufgestellt und von den Mitgliedern streng geheimgehalten werden sollen, werden die Namen der schlechten Zahler gedruckt enthalten.

Gerichts-Zeitung.

Die Gerichtsferien, welche am kommenden Sonnabend beginnen und bis zum 15. September dauern, haben auch in diesem Jahre eine große Umwälzung in der Verlegung der einzelnen Sitzsammlungen zur Folge. Aus je zwei Sitzsammlungen der Landgerichte I, II und III wird eine Ferienkammer gebildet, von welcher nur die sogenannten Einfachen, d. h. Sachen, in denen die Angeklagten in Untersuchungshaft sitzen, zur Verhandlung gelangen. In den Zivilabteilungen der drei Landgerichte ruht dagegen, mit Ausnahme einiger Abteilungen, die einstweilige Verfügungen usw. zu erledigen haben, der Betrieb gänzlich.

Schadenersatz gegen Kerze.

Die Jrenhausaffäre des Rechtsanwalts Dr. Ehrenfried, die durch die Verurteilung des Oberarztes Dr. Juliusburger von der Privatirrenanstalt in Landsberg wegen Verleumdung auf 100 M. Geldstrafe in den weitesten Kreisen Aufsehen erregt hatte, hat durch ein soeben ergangenes Urteil des Amtsgerichts Groß-Lichterfelde eine neue Wendung genommen. Rechtsanwalt Dr. E. hatte wegen seiner widerrechtlichen Internierung gegen sämtliche beteiligten Personen eine Schadenersatzklage angedreht. Eine gegen den Leiter der Anstalt Berlinium, Sanitätsrat Dr. Franke, gerichtete Schadenersatzklage ist in erster Instanz zu einer dem Kläger günstigen Entscheidung gelangt. Der Klagenanspruch wird darauf gestützt, daß der Beklagte, um die Internierung ausreicht erhalten zu können, über den Geisteszustand des Rechtsanwalts Dr. E. ein Urteil ausgesprochen hat, welches den tatsächlichen Verhältnissen nicht entspricht, ferner auch darauf, daß der Beklagte den Rechtsanwalt E. 10 Wochen lang in der Irrenanstalt festgehalten hat, trotzdem ihm von Augzeugen mitgeteilt war, daß die Anrufung der Polizeibehörde und die Internierung im Anschluß an einen harmlosen Versöhnungsversuch mit der Familie erfolgt ist. — Der Vertreter des klagenden Anwaltsleiters berief sich u. a. auf ein Urteil des bekannten Psychiaters Forst, durch welches derselbe sein früheres, die Geschäftsfähigkeit des Dr. E. in vollem Umfange bestehendes Gutachten in der Begründung zurückzog, daß er ihn insoweit seiner Schadenersatzansprüche als geisteskranken Querulanten bezeichnen müsse. Professor Forst schreibt u. a. wörtlich: „Geradezu verrückt ist es, wenn Dr. Ehrenfried, wie mir Dr. Juliusburger angibt, eine große Anzahl Kerze auf Schadenersatz verklagt. Die psychiatrische Wissenschaft fordert gebieterisch, daß berartige Leute unschädlich gemacht werden. Die Hoffnungen, daß die gemachten schätzenswerten Erfahrungen genügen würden, um Dr. Ehrenfried zur Ruhe zu bringen, seien gründlich getäuscht worden.“ — Rechtsanwalt Dr. E. erklärte nach Verlesung dieses Gutachtens, daß Professor Forst nur unter dem Schutze der schweizerischen Geheimsprache sich derartige Äußerungen leisten könne. — Das Gericht fällt auf Grund der Verhandlungen folgendes Urteil: Der Anspruch des Klägers auf Schadenersatz ist dem Grunde nach gerechtfertigt. Die Höhe des Schadens wird erst nach Rechtskraft dieses Urteils festgestellt.

Die Auffassung des Professor Forst, jemand, der gegen einen Kerz eine Schadenersatzklage wegen Fahrlässigkeit erhebt, sei verrückt, grenzt an Gemeingefährlichkeit. Eine von Forst verlangte Ausnahmefeststellung des Arztes würde eine dem Rechtsempfinden unschickliche Festlegung der Verantwortlichkeit der Freiheit, des Lebens und der Gesundheit der Staatsbürger nach sich ziehen. Das ist auch in der Theorie und in der Rechtsprechung auch des Reichsgerichts ständig anerkannt. Schwierigkeiten bereitet nur oft die Frage, ob eine Fahrlässigkeit vorliegt. Würden bei Verantwortung dieser Frage in der Praxis durchweg die Grundzüge für richtig erachtet, die gegenüber Kurpulschern wiederholt die Billigung des Reichsgerichts gefunden haben, und würden die Klagen durchgeführt werden, so würde nicht nur auf dem Gebiet des Irrenwesens vielleicht eine kleine Besserung erreicht werden. Es würden auch auf manchem anderen Gebiet, z. B. auf dem der Sozialversicherung, — wir erinnern an die Rentenversicherung Unfallversicherung, und Invalidität — sorgfältiger, der Wahrheit entsprechender Gutachten abgegeben werden, als heute oft geschieht. Selbstverständlich kann nicht jeder Irrtum auf das Konto des Arztes gesetzt werden, wohl aber jeder durch fahrlässige Beobachtung oder fahrlässige Unkenntnis herbeigeführter.

Vollschulanterhaltungsgesetz und Ansbeldungsgesetz.

Für Gemeinden ist von großer Bedeutung eine Entscheidung, welche am 11. Juli das preussische Oberverwaltungsgericht gefällt hat. Vor dem Inkrafttreten des Vollschulanterhaltungsgesetzes von 1906 bildeten die Gemeinde Odwig und der Gutsbezirk Odwig eine Schulsozialität. In dieser Zeit erhielt die Breslauer chemische Fabrik, Aktiengesellschaft, vormals Demmann in Breslau, welche im Gutsbezirk eine Fabrik hat, die Ansbeldungsgenehmigung für ein Arbeiterwohnhaus im Gutsbezirk Odwig unter der gemäß den Vorschriften des Ansbeldungsgesetzes gestellten Bedingung, für jedes darin wohnende schulpflichtige Kind ein Kopfschulgeld von 20 M. jährlich zu zahlen. Das Familienhaus wurde erteilt, womit die Verpflichtung aus der Bedingung fällig wurde. Nach dem Inkrafttreten des Vollschulanterhaltungsgesetzes wurde ohne weiteres (von Gesetzeswegen) der Rechtsnachfolger der konfessionellen Schulsozialitäten der Gesamtschulverband Odwig, bestehend aus Gemeinde und Gutsbezirk. Dieser erhob die Kopfschulbeiträge weiter. Außerdem mußte jetzt nach dem neuen Gesetz die Fabrik noch ordentliche Schulbeiträge aus der Unterberechtigung zahlen. Sie war der Meinung, daß sie unter der neuen Ordnung nur diese letzteren Lasten tragen brauche und daß die Verpflichtung aus der Ansbeldungsgenehmigung jetzt erloschen sei. Als der Vorstand des Gesamtschulverbandes sie für 1909 wieder zu dem Kopfschulgeld heranzog, klagte die Fabrik auf Freistellung davon. Sie berief sich auf Absatz 1 des § 32 des Vollschulanterhaltungsgesetzes, worin bestimmt ist: Die bisher auf allgemeiner Rechtsnorm beruhende Verpflichtung für Zwecke der Volksschule, soweit sie nicht durch dieses Gesetz aufrecht erhalten werden, kommen in Fortfall.

Der Rechtsauskunft wies die Klage ab und der Bezirksauskunft in Breslau bestätigte das Urteil. Das Oberverwaltungsgericht, vor dem der Gesamtschulverband durch den Hauptkassierer vertreten war, bestätigte die Vorentscheidung und führte aus: Der Gesamtschulverband sei gesetzlich an Stelle der früheren Schulsozialität getreten. Es frage sich nun, welche Bedeutung die Bedingung der Ansbeldungsgenehmigung hatte. Der Senat sei nur der Meinung, daß sich die Fabrik nicht auf den älteren Absatz 1 des § 32 des neuen Gesetzes stützen könne. Es komme vielmehr hier § 32 Absatz 2 in Betracht. Danach bleiben die auf besonderen Rechtsstiteln beruhenden Verpflichtungen Dritter für die Zwecke der Volksschule bestehen. Es sei anzunehmen, daß

es sich bei dem Kopfschulgeld aus der Bedingung der Ansbeldungsgenehmigung nicht um eine auf allgemeiner Rechtsnorm beruhende Verpflichtung (§ 32 Absatz 1 des Vollschulanterhaltungsgesetzes) handele. Denn die Fabrik habe der damaligen Schulsozialität als Mitglied angehört und das Kopfschulgeld auf Grund einer besonderen Bestimmung (der Bedingung aus der Ansbeldungsgenehmigung) zahlen müssen. Es handele sich hierbei deshalb um eine auf einem besonderen Rechtsstitel im Sinne des Absatz 2 des § 32 beruhende Verpflichtung, die fortbestehen bleibe, und zwar auch gegenüber dem jetzigen Gesamtschulverbande als dem Rechtsnachfolger der ehemaligen Schulsozialität. Die Fabrik müsse demnach auch das Kopfschulgeld weiter zahlen trotz der neuen Bestimmung gemäß dem Vollschulanterhaltungsgesetz.

Verfassungen.

Nachversammlung der Ainooperanten.

Vom Deutschen Metallarbeiterverband war in der Nacht vom Sonntag auf den Sonntag eine Versammlung der im Ainobetrieb beschäftigten Operanten einberufen. Es bestanden zurzeit noch zwei Vereine der Ainooperanten, wovon der eine die Form einer „Loge“ angenommen hat, in der noch längst veraltete Zeremonien gepflegt werden. Beide Vereine tragen den Charakter von Unterhaltungsvereinen und haben abseits von der modernen Arbeiterbewegung. Immerhin besteht die Tatsache, daß eine Anzahl dieser Mitglieder aus dem agitatorischen Antriebe heraus, um sie dem Metallarbeiterverband zuzuführen. Ein Anwesender gab eine ergötzliche und charakteristische Schilderung von den genannten Vereinen. In der weiteren Debatte wurden diese Ausführungen bekräftigt bzw. ergänzt. Des weiteren zeigte es sich, daß die Lage der im Ainobetrieb Angestellten nicht weniger als rosig ist. Lange Arbeitszeit, ungesunde Arbeitsräume, niedrige Löhne usw. sind das Stigma dieser Branche. Einmütig kam es denn auch zum Ausdruck, daß diese Verhältnisse nur gebessert werden können, wenn die Betroffenen geschlossen einer festhandelt, kampfbereiten und kampfsfähigen Organisation angehören, als welche in diesem Falle nur der Deutsche Metallarbeiterverband in Betracht komme. Ein Mitglied der „Freien Vereinigung“ (der eine der beiden erwähnten Vereine) erklärte, daß, wenn es einmal zu Differenzen im Beruf komme, er und seine Gefinnungsfreunde selbstverständlich auf Seiten der Arbeiterklasse stehen würden. Einen bemerkenswerten Artikel aus der 2. Beilage der „Ersten internationalen Arbeiterzeitung“, dem „Kinematographen-Operateur“, der ebenso wunderbar wie ungeschickt verfaßt ist, lehnte der Redner für seine Person ab und ebenso läst es auch die andern Mitglieder der „Freien Vereinigung“. Sie hätten keinen Einfluß auf die Leitung dieses Organs. Schließlich brachte die Versammlung den praktischen Erfolg, daß einige Mitglieder aus der „Loge“ und der „Freien Vereinigung“ ihren Eintritt in den Deutschen Metallarbeiterverband vollzogen.

Aus aller Welt.

Schwere Dynamitexplosion.

Gestern mittag ereignete sich in Bürgendorf (Westfalen) ein schreckliches Unglück. Die Dynamitfabrik Bürgendorf ist durch eine Explosion vollständig in die Luft geflogen.

Zehn Personen sind tot.

Zwanzig wurden schwer verletzt. Von den zehn Todesopfern waren nachmittags zwei Uhr acht geborgen. Im naheliegenden Walde fand man zahlreiche Teile von menschlichen Gliedmaßen, so daß man annimmt, daß die zwei noch fehlenden Leichen vollständig zerstückelt wurden. Von den Fabrikgebäuden steht nichts mehr, als zwei Mauerreste. Die Explosion entstand im Maschinenraum. Die genaue Ursache ist noch nicht festgestellt, man vermutet aber, daß sie in einem Fehler bei der Mischung des explosiven Stoffes zu suchen ist.

Ein Berliner Motorboot im Sturm.

Die Motorboote, die an der Fahrt Venedig — Rom teilnehmen, suchen gestern früh von Venedig ab, mühen aber wegen der schweren See nach kurzer Fahrt in der Bucht von Chioggia eine Zwischenlandung. Da von dem Boot „Paz“ des Dr. med. Bendischer-Berlin, das infolge Vabarie verspätet und ohne Begleitung ausgelaufen war, mehrere Stunden hindurch keine Nachricht kam, wurde der Torpedobootsgefehrer „Ostro“ ausgesandt, um es zu suchen. Lange blieb man ohne jedes Lebenszeichen und man hielt schon das Boot für verloren, als von Ancona die Nachricht eintraf, daß der „Ostro“ in Ancona eingetroffen wäre und das Boot gefunden hätte. Der Kommandant der „Paz“ erzählte, die Fahrt wäre wegen des heftigen Windes und der bewegten See sehr schwer gewesen. Der „Paz“ hätte eine Panne gehabt und deshalb einen Teil der Fahrt unter Segel ausführen müssen, während die Panne repariert wurde. — Wie uns noch mitgeteilt wird, handelt es sich um ein Berliner Boot von 12 Meter Länge und 2,50 Meter Breite, das auf der Werft von Engelbrecht in Zeuthen erbaut wurde.

Die Eisenbahnkatastrophe in Amerika.

Von der furchtbaren Eisenbahnkatastrophe in Bridgeport im Staat Connecticut, über die wir in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ kurz berichtet, werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Es handelt sich um einen sogenannten Federal-Express, der mit 60 Meilen Geschwindigkeit von Washington nach Boston durch die Station Bridgeport fuhr. Der Zug, der eigentlich um 2,19 Uhr durch die Station fahren sollte, hatte sich verspätet und verminderte deshalb beim Überfahren einer Weiche seine Geschwindigkeit nicht. Die Lokomotive stürzte dreißig Fuß tief auf die Straße und rief sechs von dem aus neun Wagen bestehenden Zuge mit in die Tiefe. Ein Wagen blieb in der Luft hängen und zwei blieben auf dem Gleise stehen. Die Lokomotive ist 300 Fuß weit fortgeschleudert worden.

Der Lokomotivführer wurde vollständig zermalmt unter der Lokomotive hervorgezogen. Die offiziellen Zeitschriften haben ergeben, daß bei dem Unglück 14 Tote und 64 Schwerverletzte zu verzeichnen sind. Die meisten Leute schliefen, als sich das Unglück ereignete. Sie wurden in Nachtliefern getötet oder verletzt geborgen.

Nach den letzten Telegrammen soll die Zahl der Toten 20 und die der Verletzten gegen hundert stiegen.

Aus New York wird einem Berliner Blatt noch gemeldet:

Die Witwe des getöteten Lokomotivführers behauptet, ihr Mann sei stark überarbeitet gewesen und habe unter der Hitze gelitten. Trotzdem habe man ihn zu Ueberstunden herangezogen.

Die Behauptung der Gattin des getöteten Lokomotivführers läßt sich zurzeit nicht nachprüfen. Die über die furchtbare Katastrophe bekanntgewordenen Einzelheiten sprechen jedoch zur Genüge dafür, daß der überarbeitete Lokomotivführer die Verschärfung unter allen Umständen einholen wollte, weil er sonst befürchtete, aus dem Dienste entlassen zu werden. — So hat auch der raffigierliche Kapitalismus, der sich nicht scheut, die Angestellten und Arbeiter bis aufs Äußerste auszunutzen und ihre berechtigten Wünsche und Forderungen mit Gewalt niederzudrücken, dieses furchtbare Unglück auf dem Gewissen. Ueber Leichen zahlreicher Männer, Frauen und Kinder schreitet der Kapitalismus dahin, nur das eine Ziel im Auge: die Taschen seiner Klasse zu füllen.

An der russischen Grenze.

Ein Hoener Bergungsdampfer unternahm am Sonntag einen Ausflug nach dem russischen Vadeort Siehocznez und blieb in der Nähe der russischen Grenze auf einer Sandbank liegen. Als die Fahrgäste das Land betreten wollten, wurden von den russischen Grenzsoldaten mehrere Schüsse abgegeben. Der Leiter des Ausfluges, ein Pfarrer, ließ sich an das Land bringen, um mit dem Offizier der Grenzwaache zu verhandeln. Die Weiterfahrt des Dampfers und auch das Weiterfahren der Grenze zu Fuß wurden jedoch untersagt, weil der Dampfer nicht gemeldet sei und um 3 Uhr die Grenze geschlossen werde. Als trotzdem ein Versuch gemacht wurde, die Grenze zu überschreiten, wurde etwa siebenmal scharf geschossen.

Schwasser in Rumänien.

Der an die Bukowina grenzende Teil der Poßtau ist von einer schweren Schwasserfatastrophe heimgesucht worden. Sämtliche Flüsse sind aus den Ufern getreten und haben ein Gebiet von vielen Quadratmeilen überschwemmt. Die Ernte ist vollständig vernichtet. Am schwersten wurde die alte historische Stadt Jassy von der Katastrophe heimgesucht. Seit gestern stehen die von der ärmeren Bevölkerung bewohnten Stadtteile unter Wasser. Viele Menschenleben, zumeist Frauen und Kinder, sind dem verheerenden Element bereits zum Opfer gefallen. In einer kleinen Stadt Rumaniens im Ueber-schwemmungsgebiet ist eine Witwe mit fünf Kindern ertrunken. Die schwere Katastrophe hat im Laufe der letzten Nacht nicht weniger als neun Menschenleben gefordert.

Gluthitze in America.

Eine schwere Gluthitze hat von neuem den Osten der Vereinigten Staaten heimgesucht. In New York und Chicago macht sich ein Zunehmen der Hitze bemerkbar. Das Thermometer steigt noch weiter. Wie das New Yorker Gesundheitsamt berichtet, waren bis gestern nachmittags 21 Tote sowie mehrere hundert Fälle von Fieberlag zu verzeichnen. Hunderte und aberhunderte Personen sind in schwerem Zustand ins Hospital eingeliefert worden. Die Eisgesellschaften können den ungeheuren Bedarf nicht decken. Das einzige Getränk, was die

Amerikaner zu sich nehmen, ist eisgekühltes Bier. Alkohol wird überhaupt nicht getrunken. In Chicago waren bis gestern abend 17 Todesfälle und mehr als hundert Fieberfälle zu verzeichnen. Man ist sehr beunruhigt über das neue Steigen der Hitze, da in verschiedenen Gegenden wegen des Getreides dringend Regen nothut.

Kleine Notizen.

Die Untertunnelung des Kermelkanals wurde in letzter Zeit lebhaft erörtert. Nach einer Londoner Meldung erklären jetzt verschiedene Persönlichkeiten, die an der Spitze des früheren Unternehmens standen, daß der Zeitpunkt nicht günstig sei, um die Frage im Parlamente aufzuwerfen. Das Parlament sei augenblicklich zu sehr beschäftigt, jedenfalls aber werde eine Kampagne zugunsten des Planes in die Wege geleitet werden. Dieser Feldzug würde beginnen, sobald Aussicht vorhanden wäre, daß ein günstiges Ergebnis erzielt würde.

Beim Spielen verunglückt. In einer Erdgrube im Kölner Vorort Pöhl wurden vier spielende Kinder durch nachstürzende Erdmassen verschüttet. Ein Kind wurde getödtet; drei sind schwer verletzt.

Die Tragödie einer Mutter. Vor kurzem starben kurz hintereinander einer Beamtenfrau in Leipzig zwei Kinder im Alter von 13 und 10 Jahren. Angeblich aus Gram über deren Tod verschied kurz darauf auch die Frau selbst. Nachdem festgestellt wurde, daß die Todesursache der Frau Vergiftung war, wurde von der Staatsanwaltschaft durch Untersuchung der Kinderleichen das Gerücht bestätigt, daß die Kinder vorher von der Mutter ebenfalls vergiftet worden sind.

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich Mittwochnachmittag im Maschinenraum der Bremer Baumwollbörse. Von dem Schwungrad einer Dynamomachine flog der Treibriemen ab und das Schwungrad ging auseinander. Die eisernen Speichen durchschlugen die Decke des Raumes und ritzten große Verletzungen an. Von den herumfliegenden Eisenteilen wurde der Metzger Schmidt getödtet, ein Arbeiter wurde verletzt.

Marktpreise von Berlin am 11. Juli 1911, nach Ermittelung des Königl. Preuss. Statist. Bureaus. Markthallenpreise. (Rheinhandel.) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 80,00—50,00. Speldebohnen,

weiße 80,00—50,00. Bohnen 20,00—60,00. Kartoffeln 12,00—15,00. 1 Kilogramm Mischfleisch, von der Sorte 1,00—2,30. Schlachtkühe, Schlachtkühe 1,20 bis 1,80. Schweinefleisch 1,10—1,80. Kalbfleisch 1,20—2,40. Hammelfleisch 1,20—2,20. Butter 2,20—2,50. 60 Stück Eier 3,00—4,80. 1 Kilogramm Kaffeebohnen 1,00—2,40. Rote 1,00—3,00. Jambor 1,50—3,00. Dichte 1,40 bis 2,60. Parade 1,00—2,00. Säfte 1,20—3,40. Wein 0,80—1,00. 60 Stück Strauß 2,00—40,00.

Witterungsbericht vom 12. Juli 1911.

Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer (hohes mm)	Windrichtung	Windstärke	Wetter
Schwetzingen	767,8	2	Wester	23	Darmstadt	764,8	4	halb W.	11
Frankfurt	770,8	2	Nebel	16	Bielefeld	757,8	2	Wester	19
Berlin	768,8	3	Wolken	22	Stettin	774,8	2	halb W.	19
Wien	768,8	1	Wolken	21	Magdeburg	777,8	1	Wolken	19
München	768,8	1	halb W.	21	Stuttgart	771,8	4	Wolken	16
Wien	768,8	2	Wester	19					

Wetterprognose für Donnerstag, den 13. Juli 1911. Vorwiegend heiter, am Tage sehr warm bei mäßigen nordwestlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

Wasserstand	am 11. 7.	am 10. 7.	Wasserstand	am 11. 7.	am 10. 7.
Remel, Mühl	79	-5	Saale, Gochsitz	59	+18
Bregel, Zusterburg	43	+2	Spree, Köpenick	30	+4
Reichel, Thom	24	+2	Spree, Köpenick	19	-4
Ober, Rathbor	114	+3	Spree, Köpenick	73	0
Krohn	75	+11	Spree, Köpenick	78	-3
Frankfurt	69	-1	Spree, Köpenick	-125	-7
Sartze, Schrimm	-10	-2	Spree, Köpenick	-14	-2
Sartze, Landsberg	-32	-2	Spree, Köpenick	468	-8
Rege, Borsama	-28	0	Spree, Köpenick	245	-6
Elbe, Zeitmerg	-68	+10	Spree, Köpenick	209	-5
Preben	-197	-5	Spree, Köpenick	42	-7
Borsb	24	-3	Spree, Köpenick	90	-1
Wagberg	47	-3	Spree, Köpenick	2	-9

+) bezeichnet Ebbe, -) Hoch, -) Unterdegel.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Adenauer Viertel, Bezirk 802 II.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Volkswirt **Robert Simon** (Niederbaumstr. 6) gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Juli, nachm. 6 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
85/16 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis.
Stralauer Viertel, Bezirk 802 I.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Dreiarbeiter **Rudolf Hüttmann** Friedrichshagen Str. 16 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Juli, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter **Robert Simon** am 11. Juli gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
85/16 Die Ortsverwaltung.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgruppen.
Ortsverwaltung Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Glasfensterarbeiter **Rudolf Hüttmann** (Löhndroverei) am 6. Juli infolge eines Betriebsunfalls verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Juli, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.
Die Kollegen werden hierdurch ersucht, bei den Bräueren Urlaub zu dieser Beerdigung zu erteilen, damit unsere auf so tragische Weise aus dem Leben geschiedenen Kollegen ein recht zahlreiches lehrtes Geleit gutteil wird.
Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser herzensguter Vater, Schwelger und Großvater, der Volkswirt **Paul Lerche** im 60. Lebensjahre nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist. — Dies zeigen hierdurch an **Marie Lerche geb. Schulz** und Kinder Glöcknerstr. 10.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 14. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Friedensgemeinde in Nordend aus statt. 29945

Dankagung.
Meiner geehrten Rundschaft, Bekannten und Aundkollegen der Pflanzberger Schmelze, welche an der Beerdigung meines Schwelgeraters, des Himmereis **Ernst Röhl** teilgenommen, sagen wir unseren innigsten Dank.
Im Namen der Hinterbliebenen **E. Röhl, F. Kersten**, Gärlestr. 37a. 27056

Hierdurch die traurige Nachricht, daß unser liebes Pflegenind **Hertha Burger** geb. den 12. November 1866, am Sonntag, den 9. Juli 1911, im Reichsad-Friedrichshagen erkrankt ist.
Die trauernden Pflegenind **Hermann Hahn und Frau**, Danziger Str. 21. 27065

Beerdigungs-Verein Berliner Zimmerleute.
Den Mitgliedern, welche an der Beerdigung unseres verstorbenen Kameraden **Ernst Röhl** teilgenommen haben, sagen wir auf diesem Wege unseren besten Dank. 27045 Der Vorstand.

8 Sonder-Preise

Sommer-Joppen

- Grünlischer Baumwollstoff 90 Pf. klein mit Zug, sonst Vorrat
- Dunkelgrauer Waschstoff klein mit Ort oder Zug 2.25
- Praktischer grauer Loden mit oder ohne Ort 3.00
- Blaugrauer Waschstoff Körperweite mit Ort 2.90

Lüster-Jacketts

- Schwarzer Lüster, sonst Vorrat 1.85
- Schwarzer Panama-Lüster, solide Qualität 3.00
- Grau gemusterter Lüster, gestreift und kariert 4.50
- Cremlüster für Strand und Sommerfrische (Ermög. für Reizeide) 7.50

- Moderne Strohüte neueste Form M. 1.50
- Panama-Hüte fert. garniert, hochfein M. 6.00
- Wasch-Westen neueste Dessins M. 1.95

Bast-Anzüge, Tennis-Anzüge, Weiße Anzüge, Westen-Gürtel, Staubmäntel, Reisemäntel, Leichte Ulster, Dünne Regenmäntel, Sommermützen, Stoffhüte, Sporthemden, Bunte Oberhemden etc.

BaerSohn

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog Nr. 42 (Letzte Moden) kostenfrei

MANOLI
Cigarettes

Beliebte Specialmarken
Abbas Dandy
Gibson Girl

Krankenkasse der Hutmacher-Gesellen zu Berlin.

(Eingetragene Hilfskasse Nr. 67.)
Dienstag, den 18. Juli 1911, abends 8 1/2 Uhr,
Große Hamburger Str. 18-19:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Kassenbericht. 2. Wahl der Revisoren. 3. Bericht vom Hilfskassen-Kongress. 4. Beschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht
Der Vorstand, L. Georgetowitz.

Freunden und Genossen die ergebene Anzeige, daß ich
Kommandantenstr. 88
(am Dönhofsplatz, nahe Spittelmarkt) eine Restauration mit Vereinszimmer (Telephon) neu eröffnet habe und bitte um geneigten Zuspruch.
Gustav Glauc.



Seht nur — die Köchin Hanna. — Wie sie die alte Platte als Spiegel garbenutzt. Seht sie mit solchem
Dr. Landmann's
Putz-Pulver
In Paketen à 5. 10. 20 Pf.

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden
Dr. Popke, Rosenhaller Str. 70
Spr. 9-2, 6-9, Sonnt. 9-3

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, nicht am Marktplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Steppdecken Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158
Höchste Leistungsfähigkeit
durch Selbstfabrikation aller besseren Qualitäten.
Steppd. à 2.50, 4, 6, bis 250 M.
Schlafdecken à 3, 4, 10 bis 50 „
Echt Kamelhaar à 10 bis 36 „
Spezialkatalog
mit ca. 650 Abbildung gratis u. franko.



An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.
Nestergütig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

2. Ziehung I. Kl. 225. Kgl. Preuss. Lotterle.

Ziehung vom 12. Juli 1911, nachmittags. Nur die Gewinne über 20 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Loose bei der Abtheilungen.

80000 97 83 785 88 587 83 973 873 698 61108
783 806 82108 235 302 622 983 93218 893 [100] 73
927 94293 808 616 798 919 95122 224 48 94 609
010 57 [100] 70 86000 119 365 [400] 754 574 946 83
97197 201 4 87 [300] 737 92348 469 670 714 835
89038 [200] 95 248 [200] 52 848 89 690
100157 258 377 513 21 101036 68 71 685 889
613 102018 105 498 103516 088 711 104015 49 103
80 249 315 630 80 804 105082 74 106117 309 332 93
107143 453 872 778 653 010 108117 309 332 93
600 63 99 93 71 109163 70 233 847 731 812
310000 360 704 111238 62 [100] 77 425 859
112019 464 809 74 624 68 113141 82 [200] 657 864
989 114168 392 547 734 89 887 115092 553 619
889 116217 67 637 705 815 47 117206 471 569
118122 34 41 291 673 709 [3000] 24 871 950 53
119048 448 85 625 84 647 [100] 732 48
120200 87 442 643 121158 702 15 87 070
122064 202 847 681 86 811 123441 963 124613 78
603 125809 126428 682 92 [100] 761 127 234 334
37 409 824 128006 91 977 129023 31 218 76 689
130101 103 830 [800] 640 46 131115 63 373
511 51 685 58 869 918 [100] 132012 541 649 903
27 133116 77 290 365 496 861 96 [100] 873 134225
705 135150 322 23 495 358 742 859 [100] 99 929
49 136203 306 671 137097 218 548 90 436 89
513 678 861 138151 54 660 61 989 139257 306 93
694 710 988 64 98 [100]
140048 [200] 82 215 627 667 [100] 73 141120
827 467 879 94 142738 892 143302 606 6 770 [300]
162 144104 212 572 899 145312 400 76 533 51
738 146067 903 504 65 147167 243 324 [100] 97
148250 562 771 149070 132 94 [300] 448 743 882
998 [100]
150063 760 151339 707 49 152126 373 457
801 994 153022 47 234 67 515 658 154277 329 460
631 613 93 155004 00 70 81 551 701 58 156030 354
940 936 89 157044 283 514 712 158171 321 859
[5000] 784 835 46 98 159008 [100] 161 394 483 94
748 883 643
160153 61 [100] 396 639 744 161782 859
162108 351 465 78 538 68 807 962 62 83 [100]
163118 72 409 [100] 647 164077 312 621 771 839
165097 291 8 44 361 68 511 814 699 166056 173
511 167115 467 168278 393 [100] 464 169099
267 682
170388 577 605 905 171001 110 331 37 624
778 930 172309 888 173112 289 331 174152 617
319 419 630 778 928 70 175037 373 97 704 68
176130 235 327 448 638 177069 331 178324 434
833 58 66 179139 71 180591 611 830 883
180006 573 615 181072 105 97 429 778 91 964
90 182127 183090 6 460 872 96 184015 49 [300]
79 104 412 40 72 939 77 787 185187 [400] 28 430
48 899 186006 133 98 284 357 838 827 83
188290 544 189146 89 296 325 43 87 436 37 640
734 833 968

2. Ziehung I. Kl. 225. Kgl. Preuss. Lotterle.

Ziehung vom 12. Juli 1911, nachmittags. Nur die Gewinne über 20 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Loose bei der Abtheilungen.

84209 301 82 424 818 68 82 85569 856 712 25 96109
386 656 695 719 856 63 81 87073 162 392 526 03123
611 28 791 800 89197 298 481 948
180035 147 [300] 605 13 101259 74 340 429
552 749 853 901 102102 69 748 80 800 103736 409
627 751 894 016 104003 5 214 487 519 638 105379
75 408 608 90 725 39 901 41 106271 603 805 959
[100] 107112 203 65 418 108379 452 67 652 71 649
109141 278 308 445 703 936
110174 256 310 414 589 688 737 850 969
111029 115 [200] 201 448 615 92 017 81 112304 49
644 717 618 113276 305 89 [100] 760 691 114009
81 427 620 820 82 115126 [3000] 339 547 676 739
116012 355 [3000] 787 881 117048 298 803 95 778
854 901 118086 290 688 119295 24 359 483 97 804
71 120539 658 85 95 884 982 121400 88 501 609
71 732 64 950 [100] 122345 492 734 819 959
123031 68 187 219 78 672 124076 438 524 31 51
819 31 48 125075 474 956 126074 80 247 332 [100]
127110 41 68 81 473 843 [100] 128210 368 554 789
952 129060 413 506 31 649 76 94 794 961 82
130246 53 74 397 742 93 909 131097 387 359
494 503 61 633 768 [300] 899 995 132194 381 409
708 133069 282 502 754 134010 43 149 [100] 323
699 [200] 615 877 135032 306 26 408 30 617 809
136043 483 676 731 900 [100] 137029 406 613
138043 163 689 856 904 138199 208 641 767 809 93
140230 317 467 619 641 61 798 807 141162 479
645 81 610 142165 94 850 143025 [100] 151 349
70 828 858 144283 378 429 894 912 30 145066 239
405 547 925 [100] 98 146400 876 147007 96 [100]
104 47 60 853 805 148102 61 322 678 733 72 937
149012 25 691 826
150221 84 435 679 151163 69 605 926 152309
80 857 788 821 56 68 65 153076 332 445 [300] 609
620 910 84 154215 368 449 607 889 [100] 155013
76 130 259 301 81 591 784 848 156024 155 409
157177 278 479 560 648 716 958 85 158259 [100] 689
724 46 951 159040 118 254 [100] 362 445 559 819
160104 62 200 385 797 842 989 86 87 161448
85 518 642 704 12 87 996 162118 21 483 769 909
163182 239 306 456 164067 307 310 758 978 165000
153 166254 408 591 671 846 167038 182 434 81
82 710 168177 498 [100] 820 750 [300] 169071 290
170138 78 92 383 171093 888 468 172250 517
662 862 173019 234 320 717 889 174059 208 363
732 908 175212 445 506 176084 791 662 [100]
177399 [100] 678 899 909 46 178496 [100] 692 619
69 925 179438 703 [200] 866
180077 252 419 800 181139 539 793 990
182094 416 70 697 707 183022 40 482 557 184114
927 185016 314 409 84 [100] 98 702 85 186252
631 187019 213 80 355 188550 [200] 608 784 972
189095 103 285 300 75 [300] 498 603 89 782 935 43
Die Ziehung der I. Klasse des Königl. Preuss. Klassen-Lotterle findet statt am 11. und 12. August 1911.

Verkäufe.

Teppiche (Farbenschleier) Gelegenheitskauf. Teppiche (Farbenschleier) Gelegenheitskauf. Teppiche (Farbenschleier) Gelegenheitskauf.

Wohlmöbel ohne Geld!

Wohlmöbel ohne Geld! Bei ganz kleiner Anzahlung geben Wir Ihnen unter einzelne Etappe auf Kredit unter annehmlicher Verzinsung, auch Waren aller Art. Der ganze Laden läuft bei uns. Anrechnung u. Co., Kappelerstraße 4. (Schleier der Bahnhofs).

Ruhbaumwirtschaft verkauft umhändelbar Hausvermögen.

Ruhbaumwirtschaft verkauft umhändelbar Hausvermögen: hochwertiges Landbesitz, prachtvolle Räumlichkeiten, Küchengeräte, 2 Teppiche, 100 Säulenstühle billig, Weinmeisterstraße 1b-2.

Zwei tuchige Metalldrücker.

Zwei tuchige Metalldrücker. finden sofort dauernde Beschäftigung, 45 bis 50 W. Stundenlohn. Können mehr. Paul Wolff, Metallwarenfabrik, Jütten i. S. 271/15.